

Werner Müller



Corona, Gendern, der Klimawandel
und die Ukraine aus anderer Sicht

- I -

Werner Müller

Zeitenwende

Corona, Gendern, der Klimawandel
und die Ukraine aus anderer Sicht

Mainz 2022

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation nicht in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über dnb.d-nb.de nicht abrufbar.

© 2022 Werner Müller

<http://prof-mueller.net/person/deutsch/>
[https://de.wikipedia.org/wiki/Werner_Müller_\(Wirtschaftswissenschaftler\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Werner_Müller_(Wirtschaftswissenschaftler))

Alle Rechte, auch das des auszugsweisen Nachdrucks, der auszugsweisen oder vollständigen Wiedergabe, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen und der Übersetzung, vorbehalten. Die Zustimmung zur nichtkommerziellen Weitergabe und Speicherung für politische und private Zwecke wird hiermit erteilt.

Printed anywhere

ISBN - keine

Herstellung: jeder selbst!

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
Inhaltsverzeichnis.....	III
Abbildungsverzeichnis	VI
Thesen:.....	1
Wissen ist Macht.....	5
Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht	11
Misstrauensbildende Politik der USA	12
1983.....	16
Mauerfall	25
Wertebasierte Außenpolitik	28
Russland und die Ukraine	31
Die Wahrheit stirbt zuerst.....	32
Blöcke oder multipolare Weltordnung	34
Die USA und China.....	38
Geschichte	40
Völkerrecht.....	46
Kriegsziele.....	54
Frieden	56
America last!.....	63
Dollar-Hegemonie	64
Der EURO als Alternative	68
IWF, Weltbank und die Globalisierung	69
Klimawandel	71
Die BRICS-Staaten	72
Die Russland-Sanktionen	73
Verschwörungstheorien	75

Begriff	76
Wuhan	79
Menschen per Nano-Chips steuern?	82
Lobbyismus	84
NGOs, Stiftungen und internationale Organisationen	88
Machtstrateg(i)en	92
Recht des Stärkeren, oder Stärke des Rechts	95
Schwindender Rückhalt.....	96
Wie funktioniert Gesellschaft?	97
Westliches Demokratieverständnis.....	104
Demokratie als Parteienherrschaft.....	107
„Umgekehrter Totalitarismus“	109
Parteien neu erfinden.....	116
Die Wiederherstellung der Demokratie erfordert eine Rückkehr zur Gewaltenteilung!	119
Gender-Kauderwelsch.....	125
*innen und *außen	126
Gleichberechtigung statt Gleichstellung.....	128
Biologie und Gleichstellung	137
Ehe, Familie und die Menschenrechte.....	140
Sex und Macht (metoo)	145
Corona und die Pharma-Lobby	149
Kontrolle der Information	150
Event 201	151
Fehlalarm?	158
Impfung, Risiken und Nebenwirkungen.....	165
Leben oder Dahinvegetieren?	173
Klimaschutz	177

Die Schuld der Menschen.....	178
Feindbild Technik.....	179
Unterdrückung	183
Verfassungsschutz	184
Justiz.....	186
Antisemitismusvorwurf	195
Demonstrationsverbote.....	197
Mainstreammedien	198
Forderungen	203
zur Person.....	207

Abbildungsverzeichnis

	<u>Seite</u>
Handelsbilanzdefizite der USA	65
Haushaltsdefizit der USA	67
Verlauf der Pandemie zwischen März 2020 und Juni 2022	167
Entwicklung der Impfung-Todesfall-Korrelation, differenziert nach westlichen Ländern und dem Rest der Welt	170
Entwicklung der Impfung-Todesfall-Korrelation, differenziert nach Ländern mit einer Durchschnittstemperatur über und unter 16 °C.	171

	<u>Seite</u>
Entwicklung der Impfung-Todesfall-Korrelation, differenziert nach Ländern mit einem Durchschnittsalter über und unter 30 Jahren	171
Entwicklung der Impfung-Todesfall-Korrelation, differenziert nach Ländern mit einem Übergewichtigenanteil von über und unter 20 %	172
Abbildung auf der Website http://www.prof-mueller.net/	186

Dies ist die Abhandlung eines Wissenschaftlers, aber keine wissenschaftliche Abhandlung. Der Leser soll nicht mit Abwägungen von Theorien mit ellenlangen Fußnoten gelangweilt werden.

Um eine Zeitenwende hin zu den deutschen Interessen und weg von dem „Stiefellecken“ der USA zu fordern, werden die Kapitelüberschriften schwarz-rot-gold umrandet.

Thesen:

Der Begriff „Zeitenwende“ wurde im Mai 2022 von Olaf Scholz zur Beschreibung der internationalen Politik nach dem russischen Angriff auf die Ukraine verwendet. Es kommt aber immer darauf an, in welche Richtung sich die Zeit wendet.

Man kann den Begriff der Zeitenwende auch weiter fassen. Auch mit der Corona-Politik, der Gender-Thematik und der Klimapolitik wurden von den Politikern tiefgreifende Veränderungen in Angriff genommen, die auch die Beschreibung als Zeitenwende verdienen. Man kann sich die Frage stellen, ob die Gemeinsamkeiten von Klima, Gender, Corona und Russland nicht die Einseitigkeit der öffentlichen Behandlung der Themen und die Diffamierung Andersdenkender ist. Anders als früher findet eine öffentliche Diskussion über die Richtigkeit der Regierungspolitik nicht mehr statt. Hat diese Einseitigkeit vielleicht schon die Qualität einer Gehirnwäsche?

In den Kapiteln werden folgende Thesen vertreten:

Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht

Die Politik der USA nach den Zweiten Weltkrieg war alles andere als vertrauenswürdig!

Russland und die Ukraine

Wer fordert: „Russland muss den Krieg verlieren“, fordert in letzter Konsequenz einen Atomkrieg in Europa!

America last!

Die Vorherrschaft der USA und die Dominanz des US-Dollar muss gebrochen werden. Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende!

Verschwörungstheorien

Lobbyisten haben ihre Strippen schon aus dem Hintergrund gezogen!

Recht des Stärkeren, oder Stärke des Rechts

In der Natur gilt das Recht des Stärkeren. Die Demokratie als unnatürliche Gesellschaft muss immer wieder neu errungen werden.

Corona und die Pharma-Lobby

Das natürliche Immunsystem der Säugetiere hat die Erfahrungen von 65 Mio. Jahren Evolution verinnerlicht. In wenigen Monaten zusammengepfuschte Gentechnik-Präparate können nur schlechter sein als die Natur.

Leben statt Dahinvegetieren

Wer lebt wird sterben. Wer nicht mehr lebt, ist schon gestorben.

Gender-Kauderwelsch

Paarungsbereite Weibchen entscheiden sich immer für dominante Männchen. Der Gender-Irrsinn geht den normalen Menschen „am Arsch vorbei“! Das heißt: die LGBTQXYZ-Gemeinde ist nicht mehr normal.

Klimaschutz

Der Klimawandel kann nicht mehr aufgehalten werden. Es kommt darauf an, sich an ihn anzupassen.

Unterdrückung

Der Verfassungsschutz schützt nicht die Verfassung, sondern die Regierung.

Der Amtseid des deutschen Bundeskanzlers lautet:

Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Wer seine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmet, darf den USA nicht ständig die Stiefel lecken!

Wer Schaden vom deutschen Volk abwenden will, darf keinen Atomkrieg provozieren oder riskieren.

Wer das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahrt und verteidigt und Gerechtigkeit gegen jedermann übt, darf die Grundrechte der Corona-Maßnahmen-Gegner nicht verletzen.

Wer das Grundgesetz verteidigen will, muss die Gewaltenteilung als Voraussetzung einer funktionierenden Demokratie wiederherstellen.

Der Bundeskanzler hat bei seiner Amtsübernahme einen Meineid geleistet.

Wissen ist Macht

Der Aussage „Wissen ist Macht“ wird gern scherzhaft der Zusatz „nicht wissen macht nichts“ angefügt. Es müsste aber richtiger heißen: „Wer nichts weiß macht nichts!“ Wer Macht ausüben will, muss den Zugang zum Wissen monopolisieren, dem Volk also den Zugang zum Wissen versperren. Die Wissenden, die nicht zur herrschenden Klasse gehören, müssen diffamiert werden, damit das unwissende Volk ihnen nicht glaubt.

Information schafft Wissen, Wissen ermöglicht Denken, und Denken erzeugt Kritik. Mit zensierten Informationen steuern die Herrschenden das verfügbare Wissen, lenken das Denken in die gewünschte Richtung (geradeaus statt quer) und unterdrücken damit jede Kritik. Das Wissen der Querdenker, die ihre Kritikfähigkeit erhalten haben, muss deshalb als Lüge bezeichnet werden.

Frei nach Orwell – auch wenn dieses Zitat ihm offenbar nur zugeschrieben wird und nicht von ihm stammt: „Je weiter sich eine Gesellschaft von der Wahrheit und Freiheit entfernt, umso mehr wird sie diejenigen diffamieren und ausgrenzen, die diese Wahrheit aussprechen und Freiheit fordern.“ Man kann diese Entwicklung vor allem daran erkennen, dass sich ein Staat von seinen Rechtsgrundsätzen verabschiedet.

Die Länder Kontinentaleuropas stützen sich auf das Römische Recht, das auf das römische Weltreich zurückgeht und von der Katholischen Kirche bewahrt wurde. Es wurde 1794 mit dem Allgemeinen Landrecht in Preußen, 1804 mit dem Code Napoléon für Frankreich und 1812 mit dem ABGB für Österreich auf eine neue Grundlage gestellt. Das Römische Recht hat seinen Ausgangspunkt in abstrakten gesetzlichen Regelungen, die auf die konkreten Einzelfälle angewendet werden. Man bezeichnet dieses Rechtssystem deshalb auch als Code Law. Im Gegensatz dazu steht das angelsächsische Case Law, das ohne ausreichend konkrete Gesetze auf teilweise willkürlichen Einzelfallentscheidungen beruht und aus solchen Präzedenzfällen dann nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz die Pflicht ableitet, zukünftige gleichgelagerte Fälle genauso zu entscheiden.

Das Angelsächsische Recht ist eigentlich das System der Jungsteinzeit und auch des Alten Testaments, in dem König Salomon für seine weisen Entscheidungen gelobt wurde. Es hängt aber gerade von dieser Weisheit der Richter ab, und birgt ein hohes Risiko von Willkürentscheidungen. Aus dem römischen Rechtsverständnis stammt dagegen die zynische Aussage: „Vor Gericht gibt es kein Recht, es gibt ein Urteil!“ Wer hier Gerechtigkeit will,

braucht gerechte Gesetze, und dazu braucht es vertrauenswürdige und selbstlose Politiker, die diese Gesetze im Sinne des Volkes und nicht im Interesse der Lobbyisten ausformulieren müssen.

Zu den zentralen Grundsätzen des Römischen Rechts, die auch in das Angelsächsische Recht übernommen wurden (vergl. <https://india.lawi.asia/qui-aliquid-statuert-parte-inaudita-altera-aequum-licet-statuert-haud-equus-fuerit/>; 02.06.22), gehört der Satz „Audiatur et altera pars“ (Man höre auch die andere Seite), und damit zusammenhängend „Qui statuit aliquid parte inaudita altera, aequum licet statuert, haud aequus fuit.“ (Wer ein Urteil ohne Anhören der zweiten Seite fällt, ist ungerecht, wenn er auch ein gerechtes Urteil fällte.) als besondere Betonung eines fairen Verfahrens. Auch in der Bibel, und zwar in der Apostelgeschichte 25, Vers 16 wird dieses Rechtsverständnis beschrieben: „Es ist der Römer Weise nicht, daß ein Mensch übergeben werde, ihn umzubringen, ehe denn der Verklagte seine Kläger gegenwärtig habe und Raum empfangen, sich auf die Anklage zu verantworten.“ (Die Bibel oder Die ganze Heilige Schrift des Alten und Neuen Testaments, Revidierte Fassung der deutschen Übersetzung von Martin Luther von 1912, S. 2171). Zur Vertiefung zu den Grundsätzen des Römischen Rechts wird auf den Text von Detlef Liebs, „Römische Gerechtigkeit durch fairen Prozess, Juristen mit Autorität und allgemeingültige Maßstäbe“ auf <https://freidok.uni-freiburg.de/fedora/objects/freidok:12135/datastreams/FILE1/content> hingewiesen.

Seit Anfang 2020 hat sich die zivilisierte Welt vom Grundsatz „Audiatur et altera pars“ verabschiedet. Auch das war schon eine Zeitenwende. Vertreter abweichender Meinungen und Einschätzungen zum Corona-Virus wurden als

Querdenker, Verschwörungstheoretiker, Covidioten oder Schwurbler (neue Worte für „Ketzer“) auf einem virtuellen Scheiterhaufen verbrannt. Anerkannte Fachleute und Wissenschaftler wurden plötzlich zu Spinnern erklärt. Staatlich finanzierte Faktenchecker erklärten wissenschaftlich fundiert vorgetragene und nachprüfbar Positionen pauschal als Fake News, ohne dass deren Urteil nachprüfbar war. Youtube löschte willkürlich Videos und Google gestaltete seine Algorithmen so um, dass Corona-Maßnahmen-kritische Inhalte nur noch schwer gefunden wurden. Natürlich wurden die beschuldigten Ketzer zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen nicht angehört.

Dabei galt es früher besonders in der Wissenschaft als Tugend, in alle Richtungen zu denken, also kreuz und quer. Die Notwendigkeit, manchmal „um die Ecke zu denken“, war allgemein anerkannt, und „Geradeausdenken“ ist dafür nicht geeignet. Dem Querdenker-Vorwurf wird seit etwa Ende 2021 von den Massenmedien noch das Adjektiv „selbsternannt“ hinzugefügt, als ob es für die Berechtigung zum Denken einer staatlichen Genehmigung bedürfte. Ein „selbsternannter Querdenker“ denkt also aus eigener Initiative und ohne Ernennungsurkunde in eine selbstgewählte Richtung (quer statt geradeaus; aber auch nicht queer).

Seit dem Contergan-Skandal dachte man, dass Deutschland gegen den leichtfertigen Umgang mit unsorgfältig entwickelten Medikamenten geimpft wäre. Eigentlich braucht die Entwicklung eines Impfstoffs mehrere Jahre. Aber die monotonen Fragen der Medien, wann man mit einem Impfstoff rechnen könne, hat die alte Erkenntnis (= das kann gar nicht funktionieren) aus dem Bewusstsein der Bürger verdrängt.

Sprache beeinflusst das Bewusstsein. Mit dem Neusprech mit Genderstern-Schluckauf soll dem Normalbürger seine Muttersprache abgewöhnt und ihm ein neues Bewusstsein angewöhnt werden. Früher nannte man eine solche Absicht Gehirnwäsche. Aber dieses Thema wird von der freien Presse nicht mehr hinterfragt.

Wer sich als 60jähriger an die Winter in seiner Kindheit und Jugend erinnert, wird den Klimawandel nicht bestreiten. Aber auch hier wird der sonst übliche Weg zur Suche nach Problemlösungen nicht beschritten. Es gilt als alternativlos, sich dem Klimawandel mit aller Macht entgegenstellen zu wollen, statt sich mit pragmatischen Maßnahmen zum Hochwasserschutz und Bewässerungsmaßnahmen gegen die Dürre darauf einzustellen. Eine Diskussion über den richtigen Weg findet nicht statt.

Seit dem Vietnamkrieg wurde die Außenpolitik der USA von den Medien kritisch begleitet. Die Politik der NATO-Osterweiterung hätte man früher mit Hinweis auf die Kuba-Krise 1962 als selbstmörderisch kritisiert. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine fragte aber niemand in den Medien nach der Vorgeschichte und die Einschätzung, die NATO habe nun einmal mit dem Feuer gespielt, grenzt an Landesverrat - obwohl Deutschland offiziell keine Kriegspartei ist.

Es geht um die Kontrolle der Nachrichten, damit um die Kontrolle des Wissens und im nächsten Schritt um die Kontrolle des Denkens. In der dritten Strophe eines deutschen Volksliedes aus dem frühen 19. Jahrhundert heißt es:

Und sperrt man mich ein
im finsternen Kerker,
das alles sind rein
vergebliche Werke;
denn meine Gedanken
zerreißen die Schranken
und Mauern entzwei:
Die Gedanken sind frei.

„Um 1780 wurde der Text zum ersten Mal auf Flugblättern veröffentlicht. Im Zeitraum zwischen 1810 und 1820 entstand die Melodie dazu Im Jahr 1842 wurde das Lied in Schlesische Volkslieder von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben und Ernst Heinrich Leopold Richter veröffentlicht, diese letzte Version stammt von Hoffmann von Fallersleben.“ (https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Gedanken_sind_frei; 02.06.22) Gedanken, die Schranken zerreißen, sind eine Bedrohung für die herrschenden Klassen. Wer seine Machtposition sichern will, muss also die Gedanken des Volkes kontrollieren und steuern.

Die Gesellschaft ist nach dem Römischen Recht aktuell ungerecht, weil sie die andere Seite nicht anhören will, selbst wenn ihr Urteil in der Sache gerecht wäre. Aber ungerechte Gesellschaften stehen unter Verdacht auch in der Sache Unrecht zu haben. Wären sie im Recht, bräuchten sie die abweichenden Einschätzungen und Meinungen nicht fürchten. Die Klärung dieser Frage beginnt dann aber wieder damit, die andere Seite zunächst anzuhören.

Dieses Buch ist einseitig! Es soll aber trotzdem logisch korrekt argumentiert werden. Es soll zur Ausgewogenheit beitragen, indem es nach dem Grundsatz „Audiatur et altera pars“ den einseitigen Darstellungen der Mainstream-Medien die einseitige Gegenposition entgegenhält!

Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht

Ein Sprichwort sagt: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, auch wenn er dann die Wahrheit spricht.“ Es gab in der Vergangenheit viele Anlässe, den USA nicht zu trauen. Früher waren die Tatsachen offensichtlich. Wer sie aber heute aufzählt, wird öffentlich als Verschwörungstheoretiker gebrandmarkt.

Misstrauensbildende Politik der USA

Die Aufstellung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba, die zur Kuba-Krise von 1962 führte, war eine Reaktion auf die versuchte CIA-Invasion in der Schweinebucht. Kuba wollte die atomare Abschreckung nutzen, und die Sowjetunion hätte einen militärischen Vorposten in unmittelbarer Nähe der USA gehabt. Die US-Militärs waren zu einem atomaren Erstschlag gegen Kuba bereit, um die Mittelstreckenraketen vor ihrer Haustür zu beseitigen. Die USA forderten also einen militärischen Sicherheitsabstand von der Sowjetunion, den sie selbst in umgekehrter Richtung nicht einräumen wollten. Die Türkei war NATO-Mitglied und hier standen amerikanische Mittelstreckenraketen unmittelbar an der sowjetischen Grenze. Kennedy und Chruschtschow lösten das Problem, indem die Sowjetunion ihre Raketen aus Kuba abzog, und die USA ein paar Monate später ihre Raketen aus der Türkei. In der Sache kamen die USA der Sowjetunion entgegen, aber Kennedy wurde zugestanden, den Abzug der sowjetischen Raketen als seinen Erfolg und Ergebnis seiner Entschlossenheit zu verkaufen. Nach dem Rückzug der US-Raketen aus der Türkei konnte man erkennen, dass Kennedy mit der Feier seines Erfolgs gelogen hatte. Aber der zweite Teil der Vereinbarung, die die USA erfüllten, wurde in den Medien totgeschwiegen. Die Geschichte, die im Westen nach dem Ende der Kuba-Krise erzählt wurde, war also eine Lüge.

Wenige Jahre später eskalierte der Kennedy-Nachfolger Johnson eine Militärintervention in Vietnam, die bereits unter Kennedy begonnen wurde. Nach dem Abzug der französischen Kolonialmacht aus Indochina erhielt die vietnamesische Befreiungsarmee nur einen Teil Vietnams im Norden, im

Süden wurde eine USA-freundliche Regierung installiert. Ihre Truppen waren aber nicht motiviert, eine südvietnamesische Befreiungsbewegung, die aus dem Norden unterstützt wurde, wirksam zu bekämpfen. Diese Aufgabe übernahmen die US-Truppen, die ständig verstärkt wurden. In die Wohnzimmer der USA und Europas kamen per Fernsehen immer mehr schockierende Bilder, bei denen US-Soldaten Dörfer niederbrannten, weil ihre Bewohner die Rebellen unterstützt haben sollen. Das Bild der guten USA, die die Welt vor den bösen Kommunisten aus der Sowjetunion und China beschützten, bekam Risse.

Nach dem Ende des Vietnamkrieges kamen 1975 in Kambodscha die „Roten Khmer“ an die Macht, die übelste Massenmorde an der eigenen Bevölkerung begingen. Würde man erwähnen, dass der prozentuale Anteil der Todesopfer größer war als beim Massenmord der Nazis an den jüdischen Mitbürgern, würde diese Anmerkung als Relativierung des Holocaust wegen Volksverhetzung strafrechtlich verfolgt. 1978 setzte der Nachbar Vietnam diesem Treiben mit einem Einmarsch seiner Truppen ein Ende und installierte eine von ihm abhängige Regierung. Es lässt sich nicht mehr klären, welchen Anteil das Schicksal der Kambodschaner an der vietnamesischen Entscheidung hatte. Wichtig war sicher, dass Kambodschas einziger Verbündete die Volksrepublik China war und dass nach dem Tod von Mao Zedong und anschließenden Machtkämpfen eine weniger dogmatische Führung an die Macht kam. Die Hoffnung Vietnams, dass die neue chinesische Führung dem international geächteten Regime wohl nicht militärisch beistehen würde, erfüllt sich aber nicht. China griff Vietnam im Januar 1979 an, konnte

die vietnamesische Armee aber nicht überwinden. Die Schlappe Chinas war dann ein wesentlicher Auslöser für die großen Modernisierungen.

Mit dem Sturz der Roten Khmer wurde dieses Terrorregime von den USA mit einem Heiligenschein versehen. Mit ihrer Vermittlung erhielten sie in Thailand Stützpunkte, um die mit Vietnam und dadurch auch mit der Sowjetunion verbündete Regierung Kambodschas zu bekämpfen. Die Exilregierung der Roten Khmer vertrat das Land mit Unterstützung des Westens bis 1991 in den Vereinten Nationen.

Aber diese Ereignisse wurden schnell von der islamischen Revolution im Iran aus dem Bewusstsein der Menschen verdrängt. Aufmerksame Beobachter konnten erkennen, dass hier für die Sowjetunion eine schwierige Lage entstand. Ein Jahr zuvor hatten in Afghanistan linke Militärs mit einem Putsch die Macht übernommen. Das war nicht im Interesse der Führung in Moskau, denn mit der bürgerlichen Regierung des Landes hatte die Sowjetunion hervorragende Beziehungen. Die Kinder der Reichen studierten in den zentralasiatischen Republiken der Sowjetunion, weil es in Afghanistan keine Hochschulen gab. Hier lernten sie fortschrittliche Gesellschaften mit einem säkularen Islam kennen, und das war für die jungen Eliten des rückständigen Landes ein Vorbild.

Es dauerte Monate, bis die Sowjetunion die neue Regierung der „Genossen“ anerkannte, die den „Freund“ gestürzt hatten. Aber in den arabischen Ländern unterstützten die sozialistischen Länder im arabischen Raum Regierungen und Befreiungsbewegungen, die die alte Ordnung

überwinden wollten, für die Gleichberechtigung der Frauen eintraten und den Islam zurückdrängten. Anfang 1979 stürzte die islamische Revolution im Iran das von den USA unterstützte Shah-Regime, und obwohl die Islamisten das Gegenteil forderten, schlossen sich die iranischen Kommunisten von der Tudeh-Partei (die an der Regierung des von der CIA 1953 gestützten Ministerpräsidenten Mossadeq beteiligt war) der Revolution an. In Afghanistan wehrten sich die Stämme gegen die Modernisierung und ermordeten z.B. Lehrer, die in den Dörfern auch die Mädchen unterrichten wollen, und das Verbot der Vollverschleierung von Frauen war für die religiösen Führer Ausdruck der Gottlosigkeit, gegen die der Dschihad ausgerufen wurde. Schon Mitte 1979 unterstützten sowjetische Soldaten aus den zentralasiatischen Republiken in afghanischen Uniformen die afghanische Regierung im Kampf gegen die Islamisten.

Wer diesen Hintergrund kannte, konnte in dem Einsatz regulärer sowjetischer Truppen ab Dezember 1979 kein dramatisches Ereignis erkennen. Die Propaganda in den westlichen Medien, die diesen Militäreinsatz zu einem sowjetischen Überfall auf ein Nachbarland erklärte, musste man mit dem Vorwissen als blanken Unsinn bezeichnen, denn die kommunistische Machtübernahme fand ja schon 20 Monate früher statt. Das Unwissen der Menschen in Europa und den USA, die sich natürlich nicht für die Innenpolitik eines abgelegenen Landes am Hindukusch interessierten, und auch das Fehlen der Hintergrundinformation, ließen die antisowjetische Propaganda wie Unkraut aus dem Boden sprießen. Dass sich die USA mit der Unterstützung der Islamisten in Afghanistan trotz der Besetzung der US-Botschaft in Teheran

durch iranische Islamisten eine sehr lästige Laus in den Pelz setzten, ist eine Ironie der Geschichte.

Über die Ermordung des US-Botschafters Adolph Dubs 1979 in Afghanistan vor dem Hintergrund der Unterstützung der Islamisten durch die USA berichtet Jeremy Kuzmarov auf <https://covertactionmagazine.com/2021/10/29/1979-assassination-of-u-s-ambassador-to-afghanistan-adolph-dubs-set-groundwork-for-americas-longest-war/> am 29.10.21, und <https://free21.org/der-grundstein-fuer-amerikas-laengsten-krieg/> am 04.06.22.

1983

Die Überschrift erinnert an den Roman 1984, den George Orwell 1948 geschrieben hatte. 1983 erschien den Politikern ein Atomkrieg so weit von der Realität entfernt zu sein, wie der in „1984“ beschriebene totale Überwachungsstaat. Inzwischen wissen wir, dass ihm Europa näher war, als es die Normalbürger vermuten konnten. Das Jahr 1984 ist lange Vergangenheit, der Roman 1984 wird ab 2020 aber langsam Realität.

Nach Kuba, Kambodscha und Afghanistan war der NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979 - vor dem angeblichen Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan - der nächste Grund, der offiziellen Propaganda nicht zu trauen. Wieder wurde ein Problem herbeigeredet, das es vorher nicht gab. Die Sowjetunion hatte ihre atomaren Mittelstreckenraketen in Europa modernisiert und ihre Reichweite erhöht. Im Gegensatz zu den Vorgängern konnten sie nun

aus dem Westen der Sowjetunion und nicht aus der DDR oder Ungarn jeden Ort in Westeuropa erreichen. Im Fall eines Angriffs der NATO wäre es also nicht mehr möglich gewesen, die Raketenstellungen schnell zu erobern. Sie waren also typische Abschreckungswaffen, die einen NATO-Angriff sinnlos machen sollten. Hätte die NATO keine Angriffspläne gehabt, wäre die Aufregung überflüssig gewesen.

Die NATO forderte die Vernichtung dieser Raketen und drohte damit, selbst Mittelstreckenraketen in Europa aufzustellen, vergleichbar mit den sowjetischen Mittelstreckenraketen auf Kuba im Jahr 1962. Aber niemand in den westlichen Massenmedien stellte diesen Vergleich an. Stattdessen wurde die Botschaft verbreitet, die Aufrüstung ginge von der Sowjetunion aus, und die NATO würde das atomare Gleichgewicht lediglich wiederherstellen.

Die sowjetischen Raketen konnte die USA natürlich nicht erreichen. Die neuen amerikanischen Raketen brauchten bis zur sowjetischen Grenze aber nur 8 Minuten, und 15 Minuten bis Moskau. Diese Zeit wäre für die Sowjetunion zu kurz gewesen, um nach einem Alarm zu prüfen, ob es ein Fehlalarm gewesen sein könnte; die gab es gelegentlich. Hätte dann jeder Fehler einen Atomkrieg auslösen können? Natürlich unterstützte die DDR die westdeutsche Friedensbewegung. Der Ostblock konnte kein Interesse daran haben, unter solchem Druck zu stehen, und schwerwiegende Fehlentscheidungen zu riskieren.

Die Entstehung einer Friedensbewegung war ein zentraler Unterschied zu früheren Propaganda-Aktionen. Eine große Anzahl von Menschen konnte

selbstständig genug um die Ecke denken (= querdenken) um zu erkennen, dass die Standorte der Raketen in Westeuropa das Ziel sowjetischer Gegenschläge sein mussten. Dieser Angriff hätte wegen der kurzen Flugzeit erfolgen müssen, bevor sie abgeschossen wurden. Bei jeder politischen Zuspitzung musste sich die Sowjetunion also fragen, ob die NATO vielleicht einen Beschluss zu einem „Enthauptungsschlag“ gegen die Sowjetunion beschlossen hätte und der Einsatz dieser Mittelstreckenraketen unmittelbar bevorstünde. Hätte dann nicht jede Fehleinschätzung einen Atomkrieg auslösen können?

Trotz anfänglicher Diffamierung als Agenten Moskaus ist es der Friedensbewegung innerhalb von 3 Jahren gelungen, am 22. Oktober 1983 2 Mio. Menschen gleichzeitig zu vier Massendemonstrationen gegen die Aufrüstung zu mobilisieren. Die Deutsche Kommunistische Partei brachte sich mit ganzer Kraft in die Friedensbewegung ein, versuchte aber nicht, sie zu dominieren. Es war ihr wichtiger, die breite Masse der Bevölkerung anzusprechen und setzte dabei auch auf den Nebeneffekt, sie von ihren Politikern zu entfremden. Bei der Bundestagswahl 1976 erhielten SPD, FDP und Union zusammen 99,2 % der Stimmen, nur etwas weniger als die Einheitsliste der Nationalen Front bei den DDR-Volkstammerwahlen. 1983 gelang es den Grünen, die 5%-Hürde zu überspringen.

1982 gewann Nicole mit „Ein Bisschen Frieden“ mit großem Vorsprung erstmals für Deutschland den Grand Prix Eurovision de la Chanson (heute: Eurovision Song Contest). Es war nicht das Lied der Friedensbewegung, aber sein kommerzieller Erfolg wäre ohne die Friedensbewegung und das von ihr erzeugte breite Unbehagen auch der unpolitischen Menschen nicht möglich

gewesen. Das „Wackeln“ der SPD bei der Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses war ein Grund für den Regierungswechsel im Oktober 1982. Die Regierung von Helmut Kohl entwickelte den Politikstil des Aussitzens und die Raketenstationierung wurde durchgezogen. Im Volk verbreitete sich die Einschätzung, dass man gegen die Politiker doch nichts ausrichten könne, wenn sogar der massenhafte Widerstand gegen die Mittelstreckenraketen ihre Stationierung nicht verhindern konnte. Auf die politisierten nach-68er-Jahren folgten die unpolitischen nach-83er-Jahre.

Erst ca. 20 Jahre nach der Friedensbewegung wurde nach der Öffnung der sowjetischen Archive bewiesen, dass die Regierungskritiker Recht hatten. Am 10.11.1982 starb der langjährige sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew. Sein Nachfolger als Parteichef wurde Geheimdienstchef Juri Andropow, der bei seinem Amtsantritt bereits 68 Jahre alt war. Staatsoberhaupt wurde der langjährige Außenminister Andrej Gromyko. Breschnew hatte in den letzten Jahren seines Lebens sichtbar abgebaut; unter normalen Bedingungen hätte er mindestens 3 Jahre vor seinem Tod aus Gesundheitsgründen zurücktreten müssen. Wahrscheinlich gab es aber in der sowjetischen Führung Uneinigkeit über den zukünftigen Kurs. Die alte Garde sah sich von den USA bedroht und eine junge Funktionärsschicht, die in der Nach-Stalin-Zeit Karriere gemacht hatte, wollte die Modernisierung des Landes. Andropow war erkennbar ein Übergangskandidat, der als KGB-Chef die äußere Bedrohung nach Afghanistan und dem NATO-Doppelbeschluss, aber auch die Stimmung im Land kannte. Er brachte Michael Gorbatschow in eine Position, in der dieser als Andropow-Nachfolger in Betracht kam. Trotzdem war er im Amt des allmächtigen Parteivorsitzenden unerfahren und

er rechnete als nüchterner Geheimdienstler damit, dass US-Präsident Ronald Reagan, der als Hardliner bekannt war, diese Schwäche ausnutzen wollte. Der Zeitpunkt wäre für einen Überraschungsangriff der USA günstig gewesen, und ein Geheimdienstler reagiert darauf mit erhöhter Wachsamkeit.

Am 18.04.83 wurden bei einem Bombenanschlag auf die US-Botschaft im Libanon 60 Menschen getötet. Darauf wurde die US-Army weltweit in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt, was die Sowjetunion über ihre Spione erfuhr. Andropow sah darin vermutlich die Möglichkeit, dass mit der plausiblen Begründung für die Alarmbereitschaft auch die Vorbereitung eines Angriffskrieges getarnt werden konnte. Also wurde auch die sowjetische Aufmerksamkeit gesteigert. Agenten meldeten z.B., dass in den Verteidigungsministerien der NATO-Mitglieder bis spät abends gearbeitet würde und sie konnten dabei nicht erkennen, ob die Planer des Angriffskrieges an ihren Schreibtischen saßen, oder ob lediglich die Putzkolonnen dort tätig waren.

In der Nacht vom 31.08 zum 01.09.83 kam es bei der Insel Sachalin zu einem tragischen Zwischenfall. Seinerzeit hatte die NATO Jumbojets (Boeing 747) mit viel Aufklärungstechnik ausgestattet, um aus internationalem Luftraum sowjetische Militäreinrichtungen auszuspionieren. Diese AWACS-Flugzeuge waren auf vielen US-Stützpunkten rund um die Sowjetunion stationiert. In dieser Nacht verletzte ein Aufklärungsflugzeug immer wieder für kurze Zeit den sowjetischen Luftraum, um Aktivitäten der Radarstellungen und der Luftabwehr zu provozieren und ihre Standorte damit feststellen zu können. Danach kehrte das Spionageflugzeug aber immer wieder in den internationalen Luftraum zurück. Nach der letzten Schleife dieses Flugzeugs verletzte ein

südkoreanisches Passagierflugzeug vom Typ Boeing 747, das nach späteren Aussagen der Fluggesellschaft KAL vom Kurs abgekommen war, den sowjetischen Luftraum bei Sachalin. Die sowjetische Luftverteidigung musste davon ausgehen, dass es sich um das AWACS-Flugzeug gehandelt hat. Als der Pilot eines sowjetischen Abfangjägers meldete, dass es sich um eine Boeing 747 handelte; Hoheitszeichen konnte er aus seiner Position nicht erkennen, erhielt er aus der genervten Kommandozentrale den Befehl zum Abschuss. Die Reaktion des US-Präsidenten, der die Sowjetunion darauf als das „Reich des Bösen“ (Empire of Evil) bezeichnete und „massive Konsequenzen“ androhte, schaffte die endgültige Gewissheit im Kreml, dass die USA einen Überraschungsangriff auf die Sowjetunion planten. Man hielt es für möglich, dass die Navigation des KAL-Jumbos vom US-Militär absichtlich gestört wurde und dass die vorbereitenden Provokationen des AWACS-Flugzeugs in dem Wissen um die spätere Luftraumverletzung erfolgten. Unter normalen Bedingungen hätte die sowjetische Luftwaffe das Flugzeug einfach nur zur Landung gezwungen, die Passagiere zügig zurückgebracht und das Flugzeug nach gründlicher Untersuchung auf Spionagetechnik einige Tage später. So musste Andropow aber davon ausgehen, dass ihm eine Falle gestellt wurde.

Am 26.09.83 kam es zu einem Vorfall, den niemand planen konnte. Für seine Beschreibung soll hier www.free21.org zitiert werden: „In der Nacht vom 25. auf den 26. September, mitten im kältesten Kalten Krieg, schrillte um 0:15 Ortszeit im sowjetischen Raketenabwehrzentrum bei Moskau die Sirene. Das Frühwarnsystem meldete den Start einer amerikanischen Interkontinentalrakete. Dem diensthabenden Offizier Petrow blieben nur wenige Minuten zur Einschätzung der Lage. Im Sinne der damals geltenden

Abschreckungslogik – ‚Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter!‘ – hatte die Sowjetführung weniger als eine halbe Stunde Zeit, den alles vernichtenden Gegenschlag auszulösen. Petrow analysierte die Situation und meldete nach zwei Minuten der Militärführung Fehlalarm infolge eines Computerfehlers. Während er noch telefonierte, zeigte das System einen zweiten Raketenstart an, kurz darauf folgten ein dritter, vierter, fünfter Alarm. Stanislaw Petrow behielt trotz allem die Nerven und blieb bei seiner Entscheidung. Nach weiteren 18 Minuten extremster Anspannung passierte – nichts! Der diensthabende Offizier hatte recht behalten. Es hatte sich in der Tat um einen Fehlalarm gehandelt; wie sich ein halbes Jahr später herausstellte, infolge einer äußerst seltenen Konstellation von Sonne und Satellitensystem, noch dazu über einer US-Militärbasis. Das sowjetische Abwehrsystem hatte diese Konfiguration als Raketenstart fehlinterpretiert.

Was geschehen wäre, wenn Petrow zu einer anderen Einschätzung gelangt und dem als äußerst argwöhnisch geltenden Parteichef Andropow den Anflug mehrerer amerikanischer Interkontinentalraketen gemeldet hätte – und dies im Vorfeld der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa und drei Wochen nach dem Abschuss einer südkoreanischen Passagiermaschine über der russischen Insel Sachalin –, das kann sich jeder ausrechnen, der bereit ist, die notwendige Phantasie und den Mut aufzubringen, Eins und Eins zusammenzuzählen. Nie hat die Welt vermutlich so unmittelbar vor einem alles vernichtenden atomaren Weltkrieg gestanden.“ (<https://free21.org/der-einsame-tod-des-mannes-der-die-welt-gerettet-hatte/>; 19.05.22)

Am 25.10.83 eroberten die USA die Karibikinsel Grenada, um dort eine linksgerichtete Regierung zu beseitigen. Zuvor berichtete die US-Regierung über den Bau einer sowjetischen U-Boot-Basis im Süden Grenadas. Das Problem war nur, dass die Errichtung einer U-Boot-Basis an dieser Stelle aufgrund des flachen Wassers völlig unmöglich war. Wichtig für die US-Propaganda war auch die Behauptung, dass der im Bau befindliche Flughafen Point Salines auf Grenada wegen seiner Größe nur für kubanisches und sowjetisches Militär gedacht sein könne. Die Flughäfen mehrerer Nachbarstaaten waren aber teilweise größer als der Grenadas. Im Februar 1983 lancierte ein Sprecher des US-Verteidigungsministeriums Berichte über sowjetische Waffenlieferungen, unter anderem sollten Kampfhubschrauber, Tragflächen-Torpedoboote und MiG-Kampfflugzeuge an Grenada geliefert worden sein. Beweise für diese Behauptungen konnten nicht vorgelegt werden, und auch später wurden keine dieser Waffen je aufgefunden. Dieser Vorgang wiederholte sich 30 Jahre später im Irak, wo auch keine Massenvernichtungswaffen gefunden wurden, worüber die USA Geheimdienstinformationen gehabt haben wollten. Im Oktober 1983 war es aber noch keine Normalität, sondern der erstmalige Beweis, dass die USA unter Präsident Reagan die Souveränität anderer Staaten nicht achteten.

Ende Oktober fanden auch die traditionellen Herbstmanöver statt, für die in großem Umfang Truppen aus den USA und Großbritannien nach Deutschland verlegt wurden. Davon wurde die Sowjetunion im Rahmen der KSZE-Vereinbarungen informiert. In diesem Jahr wurde aber eine zusätzliche Kommandostabsübung zum Einsatz von Atomwaffen unter dem Namen „Able Archer“ angefügt. Davon wusste die Sowjetunion nur über ihren

Nachrichtendienst. Hinzu kam, dass die Übung für den 07.-11.11.83 angesetzt wurde, also während der Feierlichkeiten zum 66. Jahrestag der Oktoberrevolution. Am 6. Oktober 1973 griffen Ägypten und Syrien Israel am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur an, ein Überraschungsangriff aus dem Lehrbuch. Für die Sowjetunion was diese Terminierung am Nationalfeiertag ein weiteres Indiz für den beabsichtigten Angriff der NATO.

Am Ende waren es wohl zwei Spione, die den Atomkrieg vielleicht im letzten Moment verhinderten. Mit Rainer Rupp hatte die DDR eine hochkarätige Quelle im NATO-Hauptquartier. Er meldete völlige Normalität und keine Aktivitäten, die zu einem bevorstehenden Angriff passen könnten. Der britische MI6 hatte Oleg Gordijewski im KGB. Der meldete den Briten noch gerade rechtzeitig die Nervosität der sowjetischen Führung und deren Interpretation der Indizien. Darauf stellte die britische Militärmission in der DDR eine hohe Bereitschaft der sowjetischen Truppen fest. Zum einzigen Mal im Kalten Krieg wurden sowjetische Bomber mit Atomwaffen beladen. Es ist anzunehmen, dass auch die Raketen scharfgemacht wurden. Nach diesen Geheimdienstmeldungen wurde „Able Archer“ heruntergestuft, die Teilnahme der Politiker abgesagt und diese zeigten sich im Fernsehen. Sie wollten damit zeigen, dass sie sich nicht in ihren Befehlsständen aufhielten, um von dort den Angriff auf den Ostblock zu leiten.

Drei Monate später, am 09.02.1984, starb Juri Andropow. Der Stress der Zeit ab dem April 1983 wird ihm gesundheitlich geschadet haben. Vielleicht hätte er länger gelebt, wenn er nicht die Nachfolge von Leonid Breschnew angetreten hätte. Sein Nachfolger, Konstantin Tschernjenko, lebte auch nicht

mehr lange. Nach diesen Übergangskandidaten kam mit Michail Gorbatschow die Nachkriegsgeneration ans Ruder. Zusammenfassend kann man sagen, dass noch einmal alles gutgegangen war. Aber die NATO hatte mehr Glück als Verstand. Die Ereignisse in der Ukraine von 2022 zeigen, dass es der NATO 39 Jahre später noch immer an dem nötigen Verstand fehlt!

Mauerfall

In den Medien wird bei Gelegenheit mindestens mit der Aneinanderreihung von Bildern angedeutet, im November 1989 hätte die DDR die Mauer geöffnet, weil Ronald Reagan dies gut 2 Jahre zuvor bei einer Rede vor dem Brandenburger Tor gefordert hätte. Die Vertreter dieser These führen an, der Ostblock sei am Wettrüsten zerbrochen, und das martialische Auftreten eines Kalten Krieger habe dazugehört. Die Befürworter dieser These müssen dann auch meinen, dass dieses Spiel mit dem Feuer auch in Kenntnis der Ereignisse vom 26.09. und 07.11.1983 richtig war.

Wer aber nach Kuba, Vietnam, Kambodscha, Afghanistan, Iran, Grenada und den Mittelstreckenraketen eine differenziertere Sicht hatte und die Nachrichten nach den Meldungen zwischen den Zeilen durchsuchte, musste dies als öffentlich-rechtliche Märchenerzählung einschätzen. Wie auch sonst, müssen zunächst die Fakten sortiert werden.

Seit Anfang der 80er Jahre stand Egon Krenz als Nachfolger von Erich Honecker fest. Beiden war klar, dass sich die DDR-Führung keine ernsten

Meinungsverschiedenheiten mit der Sowjetunion erlauben konnte. Honecker sah den Reformkurs von Gorbatschow kritisch und befürchtete, dass die Machtposition der kommunistischen Parteien damit gefährdet würde; und damit hatte er wohl auch Recht. Er setzte darauf, dass Gorbatschow bald vom Geheimdienst oder dem Militär gestürzt würde. Er wusste aber auch, dass die DDR ohne diesen Umsturz auf die Gorbatschow-Linie einschwenken musste, und dass Honecker dafür nicht die geeignete Person wäre. Er wollte aber unbedingt noch den 40. Jahrestag der DDR feiern. Auf dem Anfang 1990 anstehenden Parteitag der SED hätte er aber wohl aus Altersgründen nicht wieder als Generalsekretär kandidiert. In der Zwischenzeit konnte Egon Krenz als Gorbatschow-Kandidat in Position gebracht werden. Wäre es aber doch noch zum Umsturz gekommen, wäre auch Krenz wieder zu der alten Linie der Partei zurückgekehrt.

In einer Rede am 13.10.1980 in Gera hatte Erich Honecker erklärt, dass es wichtigere Themen zwischen der DDR und der BRD zu verhandeln gäbe als Reiseerleichterungen. Neben der Verschärfung der internationalen Lage nach dem NATO-Doppelbeschluss und der sowjetischen Militärhilfe für die afghanische Regierung, die es zu überwinden gelte, formulierte er konkrete Forderungen an die Bundesregierung, über die vor einer Vereinbarung von Reiseerleichterungen eine Einigung erzielt werden müssten. In normalen Zeiten wäre auf diplomatischen Wegen geklärt worden, ob die DDR bei einer Einigung über die Forderungen auch eine vollständige Reisefreiheit gewährt hätte. Aber wohl wegen der Weltlage hat der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt die Forderungen pauschal abgelehnt.

Nach der Wahl Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU intensivierten SPD und SED ihre Beziehungen und vereinbarten die Erarbeitung einer gemeinsamen Erklärung zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Auf SPD-Seite wurde die Verhandlungskommission von Egon Bahr geleitet, der einst für Willy Brandt die Verhandlungen mit der Sowjetunion und der DDR geführt hat. Das Papier umfasste am Ende nur eine halbe DIN-A4-Seite mit wenig spektakulärem Inhalt. Die gemeinsame Erklärung kann also nur ein Vorwand gewesen sein, und Egon Bahr müsste in Berlin ein sehr viel größeres Thema verhandelt haben. War es die Maueröffnung und der Preis, den die BRD dafür zu zahlen hätte? Waren die Bedingungen der Geraer Rede die Verhandlungsgrundlage? Wollte der Honecker-Nachfolger ein fertiges Verhandlungsergebnis, mit dem er nach seinem Amtsantritt bei der Bevölkerung punkten könnte?

Müsste man diese Fragen mit „Ja“ beantworten, hätte der SPD-Vorsitzende den Kanzler über den Stand der Verhandlungen auf dem Laufenden gehalten. Ein erzielter Konsens hätte aber Helmut Kohl in eine schwierige Lage gebracht. Würde er das Ergebnis ablehnen, wäre die Öffnung der Mauer eine SPD-Forderung im 1990er Wahlkampf. Würde er es annehmen, wäre die SPD trotzdem die Partei der Maueröffnung gewesen, und der Wahlsieg wäre ihr wohl in beiden Varianten sicher gewesen. Kohl musste die Verhandlungen zwischen SPD und SED also stören, um einen erfolgreichen Abschluss zu verhindern. Die Rede von Ronald Reagan in Berlin war eine solche Störung. Natürlich konnte die DDR nicht nach dem Machtwort des US-Präsidenten die Mauer öffnen, auch wenn es zeitgleich Zugeständnisse des Westens gegeben hätte. Er brauchte aber wohl noch weitere Störmanöver, um eine Einigung zur

Maueröffnung zwischen SPD und SED zu verhindern. Mit der Machtübergabe an Egon Krenz wird Helmut Kohl aber kein Problem gehabt haben. Vielleicht hat auch Honecker den Preis für seinen Rückzug noch etwas in die Höhe getrieben, und neben dem 40. Jahrestag noch einen Staatsbesuch in Bonn gefordert, den er im November 1987 auch bekommen hat.

Die Störung der Verhandlungen von SPD und SED konnte auch mit einer Stärkung der DDR-Opposition durch CDU-nahe Organisationen erfolgt sein. Die SPD wollte die Wiederholung des 17. Juni verhindern, die CDU hat sie aber wohl riskiert. Wieder ist es nicht zur Katastrophe gekommen, was der Besonnenheit der damaligen DDR-Regierung zu verdanken ist.

Wertebasierte Außenpolitik

Eine neue Phase einer riskanten Außenpolitik der USA hat nach dem 11. September 2001 eingesetzt. Es wurde jetzt der Regierungswechsel in einem anderen Land zur möglichen offiziellen Außenpolitik der USA, nach dem traditionellen Völkerrechtsverständnis eigentlich eine verbotene Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Natürlich haben sich die USA noch nie für das Völkerrecht interessiert und einen Regierungswechsel hat die CIA schon 1953 in Iran, 1954 in Guatemala, 1973 in Chile, 1983 auf Grenada und zu vielen anderen Zeitpunkten in vielen anderen Ländern betrieben. Die neue Qualität ab 2001 war aber, dass der Regierungswechsel zu einem offiziellen Kriegsziel in einem Angriffskrieg wurde, der nach Art. 1 Abs. 1 der UN-Charta eigentlich

verboten ist. Aber die Kriege zum Zweck des Regimewechsels in Afghanistan, Syrien, Libyen oder im Irak waren nicht sonderlich erfolgreich. Die Gemeinsamkeit war, dass die staatliche Ordnung in stabilen, aber den USA nicht genehme Ländern, zerstört wurde. Ein Gewinn an demokratischen Freiheiten für die Bevölkerung war damit nicht verbunden.

Als theoretische Grundlage wird inzwischen, wenn auch recht unkonkret, eine „Wertebasierte Außenpolitik“ formuliert. Ihr Kern ist die Vorstellung, die gesamte Welt müsse die Vorstellungen „des Westens“, also der USA, Kanadas, Europas, Australiens, Neuseelands, Japans und Südkoreas von Freiheit, Demokratie, Marktwirtschaft und Menschenrechten teilen. Einst formulierte Wilhelm II: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!“ Länder, die diese Vorstellungen nicht oder nicht vollständig teilen, sind nach diesem Konzept Autokratien oder gar Diktaturen. Die Existenz eines Mehrparteiensystems, freier Wahlen, einer Gewaltenteilung und andere Elemente, die im Sinne der Politikwissenschaft nicht zum Charakter einer „Diktatur“ gehören, steht der Einstufung als Autokratie nicht entgegen. Alternative Systeme der Entscheidungsfindung auf Mehrheitsbasis und eines Checks and Balances werden von wertebasierten Außenpolitikern grundsätzlich nicht anerkannt. Ob die Regierungen in diesen Ländern beliebt sind oder ob das politische System von den Menschen mitgetragen wird, ob die Menschen die westlichen Werte übernehmen wollen, ist kein Kriterium. Im Zweifel sollen die westlichen Werte den Menschen der nicht-westlichen Länder also von der wertebasierten Außenpolitik aufgezwungen werden.

Radikale Vertreter dieser Politik fordern, den inflationär definierten Diktaturen keine Waren zu verkaufen und von ihnen keine Rohstoffe oder andere Waren zu kaufen. Das gilt natürlich nur für Staaten, die den USA nicht genehm sind. Sofern die Gewinne aus solchen Geschäften in die Kassen westlicher Konzerne, selbst in Steueroasen, fließen, haben die wertebasierten Außenpolitiker nichts gegen sie einzuwenden. Kinderarbeit, Niedriglöhne oder schlechte Umweltstandards sind selbst für Grüne keine Werte, die mit der Außenpolitik verfolgt werden sollten. Natürlich werden solche ökonomisch-masochistischen Forderungen nicht in den USA, sondern nur in Europa und besonders in Deutschland diskutiert.

Eine vergleichbare Wertebasierte Innenpolitik würde man dagegen als Diskriminierung bekämpfen. Ein Aufruf, bei Muslimen keine Döner zu kaufen, wenn ihre Frauen und Töchter ein Kopftuch tragen und damit den westlichen Werten von der Gleichstellung der Geschlechter nicht gerecht würden, wäre nach den Vertretern der wertorientierten Außenpolitik eine Volksverhetzung.

Die Wertebasierte Außenpolitik hat also in Wirklichkeit nichts mit Werten zu tun. Es geht um eine Unterwerfung unter den Machtanspruch der USA und um eine Bedrohung der Länder, die sich ihr widersetzen. Die schwersten Menschenrechtsverletzungen auf den US-Marinestützpunkt Guantanamo-Bay sind dafür ein treffendes Beispiel, denn wenige Kilometer weiter in der kubanischen Stadt Guantánamo in der vom Westen ausgegrenzten Republik Kuba werden die Menschenrechte geachtet.

Russland und die Ukraine

Seit Gustav Stresemann und Aristide Briand die Locarno-Verträge zwischen Deutschland und Frankreich 1925 ausgehandelt haben, galt in der Außenpolitik:

Man muss sich in die andere Seite hineinversetzen.

Diese Weisheit ist inzwischen verlorengegangen.

Aus russischer Sicht stehen der Angriff Napoleons (1812), der Überfall Hitlers (1941) und die von Joe Biden (2022) unterstützte Absicht der Ukraine, den Donbas und die Krim (zurück) zu erobern in einer Linie. Russland hat (aus seiner Sicht) aus der Geschichte gelernt und ist dem Überfall zuvorgekommen. Es wird auch auf eine Analyse von Swiss Policy Research (SPR) verwiesen. SPR ist ein unabhängiges Forschungs- und Informationsprojekt zu geopolitischer Propaganda in Schweizer und internationalen Medien. Eine deutsche Übersetzung ist auf <https://www.prof-mueller.net/ukraine/krieg/deutsch/> verfügbar. Die NATO verweigert sich diesen Erkenntnissen. Es stellt sich die Frage, ob sie das nicht verstehen kann, oder nicht verstehen will.

Die Wahrheit stirbt zuerst

Im Krieg stirbt die Wahrheit immer zuerst. Die Kriegsparteien filtern die Informationen und benutzen sie als Waffe. Nachrichten werden zu Propaganda. Die NATO-Länder haben beim Ukraine-Krieg Partei gegen Russland ergriffen, und auch in Deutschland wird eine strenge staatliche Informationspolitik ausgeführt. Dem Glaubensbekenntnis „Russland darf den Krieg nicht gewinnen“ darf nicht widersprochen werden. Im öffentlich-rechtlichen Fernsehen werden nur Politiker zu Talkshows zu diesem Thema eingeladen, die die offizielle Position vertreten. Nach einer Auswertung des Münchner Merkur verteilten sich 133 Politikerauftritte wie folgt:

Ukraine-	CDU	45
Krieg im TV:	SPD	29
Präsenz der	Grüne	24
Parteien in den	FDP	23
Talkshows	Linke	9
von ARD	CSU	3
und ZDF	AfD	0

Quelle: <https://reitschuster.de/post/afd-unerwuenscht-in-ard-und-zdf/>
vom 05.06.2022

Für die Talkshows zur Ukraine gilt folgende Beschreibung auf jeden Fall: **„Talkshows sind wie Pornos - es gibt zwar verschiedene Darsteller, aber es passiert immer das Gleiche!“** Es wird Kriegspropaganda verbreitet, die am Ende in einen Atomkrieg führen kann. Die Frage „Wollt ihr den totalen Krieg?“ muss aber noch ausreichend vorbereitet werden.

Der Rechtsgrundsatz Grundsatz „Audiatur et altera pars“ wird wieder nicht beachtet; die Sender könnten auch in öffentlich-unrechtlich umbenannt werden. In diesem Buch kommt es also auf den Vortrag der Argumente an, die in den Medien nicht zu hören sind.

Das sich aufdrängende Argument gegen die NATO-Politik, das von den herrschenden Politikern völlig ausgeblendet wird, ist: Was haben wir mit der Ukraine zu tun? Mit der Parteinahme schädigt sich Europa selbst, und nützt nur den USA. Sie schafft auch die Gefahr eines Atomkrieges, der hauptsächlich Europa und nicht die USA treffen würde.

Blöcke oder multipolare Weltordnung

Im Kapitel „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht“ wurde im Abschnitt „1983“ eine mögliche Eskalation bei gegnerischen Militärblöcken beschrieben. Und 1983 gab es keinen Anlass, mit dem man eigentlich einen Krieg hätte rechtfertigen konnte. Schon ein Fehllarm und ein Missverständnis hätten in die Katastrophe führen können.

Nach dem Ende des Kalten Krieges waren die USA die einzige Weltmacht. Eine aufgelöste Sowjetunion und ein Russland mit einem ständig betrunkenen Präsidenten, in dem sich mafiöse Machtstrukturen entwickelten, fiel als Gegengewicht aus. Die Welt hätte ohne Blockbildung leben können, wenn die USA wirklich, wie immer behauptet, ein friedliebendes Land gewesen wären.

Nach über 30 Jahren seit der Auflösung der Sowjetunion haben sich aber verschiedene Machtzentren auf der Welt entwickelt. Besonders der wirtschaftliche Aufstieg Chinas ist dabei zu erwähnen. Eine vertragliche Kooperationsstruktur dieser Länder entstand (z.B. aus den BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) und könnte ein Gegengewicht zu den USA bilden. Zur Rettung ihrer Machtposition müssen die USA versuchen, dies zu verhindern.

Um das Jahr 2000, nach der Machtübergabe von Boris Jelzin an Wladimir Putin, hatte Westeuropa die Chance auf eine Ablösung von den USA. Russland bot sich als zuverlässiger und preisgünstiger Rohstofflieferant an und konnte

auf ein Potential an gut ausgebildeten Fachkräften verweisen. Benötigt wurden Investitionen und ein Technologietransfer. Es wäre zwischen Briten, Franzosen, Deutschen und Russen eine Partnerschaft auf Augenhöhe gewesen. Russland hätte die Geschäfte auf Euro-Basis abgewickelt, was der neuen Währung ein größeres internationales Gewicht gegeben hätte. Die asiatische Orientierung auf die ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken, die Mongolei und Indien hätte daneben weiterbestanden, und wäre die auch Europa nützlich gewesen.

Man kann vermuten, dass die USA nach dem 11.09.2001 ihre Verbündeten unter Druck gesetzt haben, keine neuen Allianzen zu bilden. Die erste NATO-Osterweiterung 1999 vom 12. März 1999 war mit der Aufnahme Polens, Tschechiens und Ungarns bereits vollzogen. Vier weitere Osterweiterungen sollten bis 2020 folgen. Dabei macht die Ausdehnung der NATO für die USA militärisch wenig Sinn. Eine Eroberung Russlands wäre wegen der Weite des Landes unrealistisch, zudem braucht der Westen keinen Lebensraum im Osten. Es konnte nur um die Verhinderung einer wirtschaftlichen Verflechtung zwischen EU und Russland mit der Entstehung eines starken Wirtschaftsraumes gehen.

Im Interesse der Völker wäre eine multipolare Weltordnung mit mehreren wirtschaftlich kooperierenden Ländergruppen, vielleicht um ein größeres Land gruppiert. Diese Wirtschaftsräume würden sich dann international vernetzen und die Dominanz der USA mit dem Dollar als Leitwährung nicht mehr lange akzeptieren. Die aktuelle Weltwirtschaftsordnung dient hauptsächlich den multinationalen Konzernen, die über ihre Lobbyisten einen bestimmenden

Einfluss auf die Politik der USA und ihrer Vasallen ausüben. Eine multipolare Ordnung, die China trotz seines Gewichts bei einer breiten Beteiligung von vielleicht 100 Ländern nicht dominieren könnte, würde die Konzerne dagegen in ihre Schranken weisen. Mit einer Verdrängung des Dollar und des Euro aus dem Welthandel würde es dort zu einer Beschleunigung der Inflation kommen; die lässt sich wegen der enormen Ausweitung der Geldmenge nach Lehman und Corona wohl sowieso nicht mehr aufhalten. (<https://www.prof-mueller.net/inflation/>) Europa bräuchte für eine revolutionäre Stimmung keine Verelendung der Massen; ein Misserfolg der westlichen Politik auf ganzer Breite würde vielleicht genügen, damit sich die Europäer von den USA abwenden und ihren eigenen Platz in der neuen Weltordnung suchen könnten.

China, Indien, Indonesien, Pakistan, Brasilien, Nigeria, Bangladesh, Russland und Mexiko (Top 10 ohne USA) sind sicher nicht die Garanten persönlicher Freiheit, Google, Facebook & Co. sind es aber auch nicht, und die Corona-Politik hat sie ohnehin durchlöchert. Das Prinzip der Nichteinmischung wäre für eine multipolare Weltordnung unverzichtbar, um schon so unterschiedliche Länder wie Iran und Venezuela an einen Tisch zu bringen. Dann könnten auch keine Menschenrechts-Missionare geduldet werden. Umgekehrt könnten die großen Teilnehmer den Europäern, die sich langsam anschließen müssten, die Beibehaltung ihrer demokratischen Traditionen nicht verbieten; sie hätten daran auch kein Interesse.

Die USA und ihre Vasallen vertreten 16 % der Weltbevölkerung, die BRICS-Staaten 41 %. Die TOP 10 würden es auf 58 % bringen, ohne die USA auf 54 %. Die USA stehen also auch mit dem Rücken zur Wand. Sie sehen aktuell

ihre Chance darin, in einem Wirtschafts- und Propagandakrieg Russland und China zu isolieren und den Rest der Welt unter der Führung der USA auf Linie zu bringen. Russland und China müssen jetzt reagieren und für den Rest der Welt eine alternative Wirtschaftsordnung einschl. einer Dollar-unabhängigen Weltwährung (nur als Recheneinheit) bei gleichzeitiger politischer Nichteinmischung anbieten, um im Gegenzug die USA und ihre Vasallen zu isolieren und die neue Blockbildung zu einem West-Rest-Konflikt zu machen, mit 16 % Westen gegen 84 % Rest der Welt. Für die meisten Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas könnte ein solches Alternativ-System attraktiver sein als eine Unterwerfung unter die Hegemonie der USA. 16 % : 84 % wären wohl unrealistisch, aber was ist mit 25 % : 75 % ?

Für die nächsten Jahre oder Jahrzehnte wird die Welt aber mit neuen gegnerischen Blöcken leben müssen. Russland, China und wahrscheinlich auch Indien (die Alternative wäre die Rolle eines US-Vasallen zweiter Klasse) dürften ein Zweckbündnis eingehen, um sich dem Einfluss der USA zu entziehen und wirtschaftliche Gegenmacht aufzubauen. Dem dürften sich mindestens die Länder anschließen, die schon jetzt den Unmut der USA auf sich gezogen haben. Sollte dieses Zweckbündnis einen leistungsfähigen Wirtschaftsraum bilden können, würden weitere Länder aus Asien, Afrika und Lateinamerika dem Beispiel folgen. Daraus kann sich dann ein West-Rest-Gegensatz (die USA und ihre Vasallen gegen den Rest der Welt) aufbauen. Besonders für die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas wäre die Mitgliedschaft in einem solchen Zweckbündnis ohne moralische Ansprüche oder „westliche Werte“ attraktiver als die Rolle eines „USA-Vasallen dritter Klasse“. Deutsche Politiker (männlich, weiblich, divers), die bei

Staatsbesuchen die Menschenrechte ansprechen wollen, werden dann nur noch ausgelacht.

Aber vielleicht ist ja die Eiszeit in den internationalen Beziehungen die Antwort der grünen Außenpolitik auf die globale Erwärmung!

Die USA und China

Zu Beginn der 20er Jahre besteht eine Konkurrenz zwischen den USA und China, wobei die USA ihre Weltmachtposition verteidigen und China sie erlangen will. Die USA verlangen eine Unterordnung der anderen Länder während China andere Länder mit gemeinsamen Wirtschaftsprojekten wie der „Neuen Seidenstraße“ umwirbt. Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine ist in diesem Kontext nur ein Stellvertreterkrieg.

Es handelt sich in der Ukraine um einen imperialistischen Krieg, weil die Akteure als globale Schachfiguren angesehen werden können. Die USA und China sind die Könige, Russland ist die Dame an der Seite Chinas, die NATO-Länder sind Läufer und Türme an der Seite der USA und die Ukraine ist nur ein Bauer der USA, den man leicht opfern kann. Mit der Bewaffnung der Ukraine gegen Russland soll China eingeschüchtert und vor einer Eroberung Taiwans abgeschreckt werden - ein klassischer imperialistischer Stellvertreterkrieg. Taiwan ist für die USA viel wichtiger; die totale Zerstörung der Ukraine ist eingepreist.

Die Politik der USA hat in diesem globalen Schachspiel auch eine defensive Komponente. Dass sich China und Russland den USA nicht unterwerfen würden, war akzeptiert. Mit der Einführung des Euros und seinem Potential als Weltreservewährung gab es mindestens eine potentielle Bedrohung für die wichtigste Machtbasis der USA, den US-Dollar. Daneben bildete sich mit den BRICS-Staaten eine Kooperation größerer Länder, die sich gemeinsam dem US-Einfluss entziehen konnten. Zur Verteidigung seiner globalen Führungsrolle musste der US-Imperialismus das Entstehen einer multipolaren Weltordnung verhindern und dabei die Europäer spalten, um die Entstehung eines eigenständigen EU-Imperialismus zu verhindern. Hätte der sich dann mit seinem Nachbarn Russland auf ein friedliches Miteinander zum gegenseitigen Vorteil verständigt (Projekte gab es genug), wäre die USA abgehängt worden. Für diese antieuropäische Politik der USA ließen sich besonders Polen und die Putsch-Regierung der Ukraine einspannen.

Auf dem ersten Eurasischen Wirtschaftsforum Ende Mai 2022 in Bischkek (Kirgisistan) wurde das Modell einer neuen globalen Verrechnungswährung erörtert, die an Körbe von nationalen Währungen und Rohstoffen gekoppelt ist. Die Einführung dieses Währungsinstruments in Eurasien könnte den Zusammenbruch des Dollarsystems und die endgültige Schwächung der militärischen und politischen Macht der USA zur Folge haben und in Zusammenarbeit mit China ein alternatives Währungs- und Finanzsystem - de facto ein Post-Bretton Woods III - entstehen lassen. Würde dies mit der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) verknüpft, wären die wichtigsten eurasischen Mächte China, Russland, Indien, Pakistan, Kasachstan und Iran daran beteiligt.

Laut dem brasilianischen Journalisten Pepe Escobar wurden die westlichen Eliten während des „Bilderberg-Treffens“ vom 02.-05.06.22 in Washington hochnervös: „Sie beginnen buchstäblich auszuflippen, weil sich langsam, aber sicher ein alternatives, ressourcenbasiertes Geld- und Finanzsystem herausbildet: genau das, was die Eurasische Wirtschaftsunion (EAEU) derzeit mit chinesischem Input diskutiert und entwirft.“ (They are starting to literally freak out with the slowly but surely emergence of an alternative, resource-based monetary/financial system: exactly what the Eurasia Economic Union (EAEU) is currently discussing and designing, with Chinese input. - Pepe Escobar, <https://www.globalresearch.ca/bilderberg-does-china/5782525>)

Die Außenpolitik von Donald Trump wurde von der Konkurrenz der USA zu China bestimmt. Die Außenpolitik von Joe Biden richtet sich zusätzlich gegen Russland und treibt China mit der amerikanischen Sanktionspolitik die Bündnispartner in die Arme.

Geschichte

Bis zur Ersten Polnischen Teilung gehörten weite Teile der heutigen Ukraine zum Königreich Polen-Litauen; die Krim und der Donbass waren aber russisch. Weil es damals keinen ukrainischen Staat gab, könnte es höchstens um die Wiederherstellung der historischen Grenzen Polens von 1772 gehen. Zu dieser Zeit reichte das „Heilige Römische Reich deutscher Nation“ noch „Von der

Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt.“ (vgl. erste Strophe des Deutschlandliedes) Diese Gebiete sind heute belgisch, litauisch, italienisch und dänisch. Man sollte sich daran erinnern, dass die Forderung nach der Wiederherstellung historischer Grenzen Europa schein einmal in eine Katastrophe geführt hat.

Das Zarenreich, in das die ukrainischen Gebiete mit Ausnahme des österreichisch gewordenen Ostgalizien eingegliedert wurde, war ein Vielvölkerstaat, aber kein Bundesstaat. Regionale Sprachen haben sich in den Dörfern gehalten, in den Städten wurden sie von Russisch überlagert. Im Gegensatz dazu stand die Nationalitätenpolitik Österreich-Ungarns. Hier wurden die Nationalsprachen respektiert. Ukrainischsprachige Bücher aus Österreich konnten auch auf der anderen Seite der Grenze gelesen werden. So blieb Ukrainisch auch nach 1795 als Schriftsprache erhalten. Ihr Gebrauch im Zarenreich dürfte sich aber eher auf die Dörfer beschränkt haben. 2018 war der Verfasser für 4 Wochen in Kiew und er hat - 27 Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung und 4 Jahre nach dem Majdan-Putsch auf den Straßen oder in der U-Bahn zu ca. 80 % Russisch gehört.

Nach der Oktoberrevolution änderte Russland seine Nationalitätenpolitik. Es wurde die Russische Föderative Sozialistische Sowjetrepublik geschaffen. Finnland und das Baltikum wurden unabhängig. Besonders in Zentralasien und im Kaukasus bildeten sich eigene Republiken, die sich aber 1922 zur Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken zusammenschlossen. Erst damit wurde die Ukraine zu einer eigenen Verwaltungseinheit, deren Grenzen von Lenin großzügig nach Osten verschoben wurde. Als Nebeneffekt wurde so auch ein

russisches Gegengewicht zu den Gebieten westlich des Dnjepr geschaffen, die aus Ostgalizien polnisch beeinflusst werden konnten. Nach dem deutschen Angriff auf Polen am 01.09.1939 besetzte die Sowjetunion nach den Vereinbarungen des Hitler-Stalin-Pakts Ostpolen und gliederte Ostgalizien der Ukraine an. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 21.06.1941 bildeten sich in der Westukraine rechtsgerichtete Milizen, die mit den Nazis zusammenarbeiteten und sich auch am Massenmord an der jüdischen Bevölkerung beteiligten. Dabei tat sich besonders Stephan Banderas hervor, der heute von der Selensky-Regierung als Nationalheld verehrt wird. Nach dem Krieg lebte er unbehelligt in München, wo er 1959 einem Attentat zum Opfer fiel.

1954 schenkte der damalige Parteichef Chruschtschow der Ukrainischen SSR die Krim als Zeichen einer unzerbrechlichen Freundschaft zwischen Russland und der Ukraine. Bei näherer Betrachtung war das eher eine propagandistisch verklärte Neuverteilung administrativer Zuständigkeiten. Die Krim war auf dem Landweg nur über ukrainisches Gebiet zu erreichen. Die gesamte Infrastruktur, Straßen, Bahnverbindungen und Stromtrassen, mussten aus der Ukraine aufgebaut werden. Dann war es konsequent, der zuständigen Unionsrepublik auch die Zuständigkeit für das Netz zu übertragen. Es war in der Sowjetunion nicht unüblich, dass über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden wurde.

Nach dem erfolglosen Putsch gegen Michail Gorbatschow im Sommer 1991 verstärkten sich die Auflösungserscheinungen der Sowjetunion. In der Ukraine wurde ein Referendum über den Austritt aus der Sowjetunion vorbereitet. Zur

Abstammung stand aber kein ukrainischer Nationalstaat, sondern ein Vielvölkerstaat mit den gleichberechtigten Amtssprachen Russisch und Ukrainisch sowie Slowakisch, Ungarisch und Rumänisch als dritte Amtssprache in den relevanten Grenzgebieten. Die Staatsangehörigkeit richtete sich nicht nach der Abstammung, sondern nach dem Ort der Geburt. Jeder, der zum Stichtag in der Ukraine wohnte, erhielt automatisch die ukrainische Staatsangehörigkeit. Wenn Ukrainer im Ausland wohnten bzw. dort später ein Kind bekamen, mussten sie oder das Kind eine Einbürgerung aufgrund der Abstammung beantragen. Aber schon 2001 wurde das Staatsangehörigkeitsrecht geändert und das Abstammungsprinzip eingeführt.

Die Ukraine war von Anfang an ein korruptes Land. Wie in Russland begann die Privatisierung des staatlichen Vermögens. Die einfachen Menschen konnten die von ihnen genutzten Wohnungen günstig erwerben, mussten dann viel in die Modernisierung der oft maroden Gebäude investieren. Die Betriebe wurden an undurchsichtige Seilschaften verschoben.

Die politischen Parteien konnten größtenteils nicht im westeuropäischen Links-Rechts-Schema eingeordnet werden. Teilweise waren sie an Personen ausgerichtet, wie der „Block Julia Timoschenko“ einer ehemaligen Ministerpräsidentin. Die „Partei der Regionen“, die den Ex-Präsidenten Wiktor Janukowytsch unterstützte, war in den russischsprachigen Regionen stark und vertrat die Achtung und Gleichberechtigung der verschiedenen Nationalitäten.

Der ersten Präsidenten Leonid Krawtschuk und Leonid Kutschma kamen aus dem sowjetischen Apparat und suchten das Einvernehmen mit dem russischen

Präsidenten Jelzin. Die Erwartungen der Bevölkerung nach einem höheren Lebensstandard ohne die Sowjetunion konnten sie nicht erfüllen. Kutschmas Nachfolger Janukowytsch setzte diese Politik fort. Er musste unrealistische, aber aus Polen geschürte Erwartungen auf einen EU-Beitritt und die Abhängigkeit von billigem russischen Gas ausbalancieren. Wegen der Korruption und des extremen wirtschaftlichen Gefälles zur EU wäre ein Beitritt unter normalen Bedingungen keine realistische Perspektive gewesen.

Sein Nachfolger Wiktor Juschtschenko, ein sog. Oligarch, schürte dagegen die Hoffnungen auf Milliarden aus Brüssel, die aber bei den einfachen Menschen ohnehin nicht angekommen wären. Er wurde 2007 nach einer Wahlwiederholung wegen Unregelmäßigkeiten und dank der Unterstützung seiner Konkurrentin Julia Timoschenko in der Stichwahl gewählt, verlor aber die darauffolgende Präsidentschaftswahl gegen seinen Vorgänger Janukowytsch. Unter der Präsidentschaft von Juschtschenko gewannen mit Hilfe der Ministerpräsidentin Timoschenko nationalistische Kräfte aus Ostgalizien an Einfluss, die sich in der Tradition von Stephan Banderas sehen und häufig mit Hakenkreuzen oder SS-Runen auftreten.

In seiner zweiten Amtszeit wollte Präsident Janukowitsch im Februar 2014 ein bereits ausgehandeltes Assoziierungsabkommen mit EU wegen russischer Vorbehalte und der Androhung, zukünftig Weltmarktpreise für das gelieferte Gas berechnen zu wollen sowie die Lieferungen wegen nichtbezahlter Rechnungen auch völlig einstellen zu können, vorläufig nicht unterschreiben, um zunächst mit dem russischen Präsidenten dessen Vorbehalte auszuräumen. Darauf wurden von den rechten Organisationen die Maidan-Proteste von 2014

organsiert und Gegendemonstranten, die den Präsidenten unterstützten, brutal angegriffen. Im Rahmen dieser Unruhen wurde der Präsident auf verfassungswidrige Weise gestützt; ein Misstrauensantrag hatte zuvor im Parlament nicht die nötige Mehrheit erhalten.

Nach dem Putsch in Kiew erklärte das Parlament der Krim die Unabhängigkeit der zuvor autonomen Republik. Dabei konnte es sich auf die auf einem russischen Stützpunkt in Sewastopol stationierte Soldaten der Schwarzmeerflotte stützen, die den Abzug der ukrainischen Truppen durchsetzten. In den Provinzen Lugansk und Donezk gab es kein Regionalparlament. Hier bildeten sich Milizen, die nur einen Teil des Landes kontrollierten, und die Unabhängigkeit ihrer Provinzen als Volksrepubliken erklärten. Die Krim wie auch die Provinzen Lugansk und Donezk waren Hochburgen der Partei der Regionen. Bei abgehaltenen Volksabstimmungen gab es große Mehrheiten für die Unabhängigkeit.

In einer nach dem Putsch abgehaltenen Präsidentschaftswahl wurde der Großunternehmer Petro Poroschenko gewählt, der die Nähe zur EU und den Konflikt mit Russland suchte. Er scheiterte aber beim Versuch seiner Wiederwahl und unterlag dem Schauspieler Selenskyi, der zuvor in einer Fernsehserie bereits den ukrainischen Präsidenten gespielt hatte, und in dieser Rolle die Korruption bekämpfte. Als echter Präsidenten scheiterte Wolodymyr Selenskyj aber wie seine Vorgänger an dieser Aufgabe.

Völkerrecht

Es wird vom „Westen“ behauptet, der Krieg in der Ukraine sei ein russischer Angriff und völkerrechtswidrig. Widerspruch gegen diese Aussage wird nicht geduldet und deshalb werden die Rechtsquellen auch nicht untersucht.

Hier sind Art. 2 Abs. 4 (Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.) und Art. 51 Satz 1 (Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat.) der UN-Charta von zentraler Bedeutung. Nicht vom „Westen“ erwähnt wird das Selbstbestimmungsrecht der Völker nach Art. 1 Abs. 1 des UN-Zivilpakt (Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.) und das sich daraus ergebende Recht auf Abspaltung eines Gebietes von einem Staat.

Man muss auch auf den Unterschied zwischen römischem und angelsächsischen Recht hinweisen. Das Römische Recht, das auch in Deutschland zur Anwendung kommt, hat seinen Ausgangspunkt in abstrakten

gesetzlichen Regelungen, die auf die konkreten Einzelfälle angewendet werden. Man bezeichnet dieses Rechtssystem deshalb auch als Code Law. Im Gegensatz dazu steht das angelsächsische Case Law, das auf teilweise willkürlichen Einzelfallentscheidungen beruht und aus solchen Präzedenzfällen dann nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz die Pflicht ableitet, zukünftige gleichgelagerte Fälle genauso zu entscheiden.

Im römischen wie im angelsächsischen Recht geht es nicht darum, Recht zu haben, sondern Recht zu bekommen! Im angelsächsischen System bekommt derjenige Recht, der sich die teuersten Anwälte leisten kann. Es kommt darauf an, den Richter mit Massen an Präzedenzfällen zu überschütten und daraus nur die Absätze zu zitieren, die die eigene Position stützen. Es ist dann nicht zu erwarten, dass der Richter alle Urteile vollständig liest und erkennen kann, dass die Zitate aus dem Zusammenhang gerissen wurden. Diese Taktik ist arbeitsintensiv, und deshalb teuer.

Daneben gibt es im Völkerrecht den von den westlichen Ländern eingeführten faktischen Rechtsgrundsatz: Die USA haben immer Recht!

Obwohl es mit der UN-Charta und anderen Dokumenten eigentlich auslegungsfähige Texte gibt, dominiert im Völkerrecht das Case Law. Bei der Anwendung des Römischen Rechts würde man in Art. 51 der UN-Charta kein Recht auf eine präventive Selbstverteidigung, also einen Angriff zur Verhinderung einer Aggression, finden. Es gibt aber Präzedenzfälle, in denen dieses Recht in Anspruch genommen wurde. Deshalb kann man ein solches Recht aus der angelsächsischen Herangehensweise ableiten.

Auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde von den USA als Grundgedanke des 14-Punkte-Plans von US-Präsident Wilson vom 08.01.1919 zur Beendigung des Ersten Weltkriegs geschaffen. Seine Umsetzung durch den Versailler Vertrag und die Zerschlagung Österreich-Ungarns kann auch als Präzedenzfall herangezogen werden. Z.B. wurden die mehrheitlich von Polen bewohnten Provinzen Posen und Westpreußen von Deutschland sowie Ost- und Westgalizien von Österreich abgetrennt und Polen zugeschlagen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist also nicht nur ein Recht auf Unabhängigkeit, sondern auch ein Anspruch auf Vereinigung mit einem Mutterland.

Völker werden nach Sprache, Kultur, Religion, Geschichte und Abstammung definiert. Die Grenzen sind nicht immer einfach zu definieren. Serben und Kroaten verwenden die gleiche Sprache; die Serben benutzen aber das kyrillische und die Kroaten das lateinische Alphabet. Weil Kroatien vor 1918 ungarisch war und die Kroaten mehrheitlich katholisch sind, werden sie aber gegenüber den orthodoxen und bis 1867 zum Osmanischen Reich gehörenden Serben als eigenes Volk angesehen. Das wurde 1991 im Kroatien-Krieg ein Problem, als sich die serbisch bewohnten Gebiete in der Krajina und Ostslawonien von Kroatien lösen und sich Serbien anschließen wollten. Die Vertreibung der Serben war im Westen nie ein Thema.

Die Ukraine war im Zarenreich nur eine geografische Bezeichnung; „u kraina“ bedeutet „am Rand“, also Grenzgebiet. Sie war das Gebiet an der Grenze zum Osmanischen Reich. Ein ukrainisches Volk kann auf die

Zugehörigkeit zu Polen-Litauen zwischen 1569 und 1772 zurückgeführt werden. Der Osten und Süden der heutigen Ukraine gehörte niemals dazu und auch der Rest war mit Ausnahme Ostgaliziens 219 Jahre lang russisch. Das Recht auf Abspaltung haben russischsprachige Gebiete der Ukraine (Krim und Donbas) für sich nach dem Maidan-Putsch vom 22.02.2014 gegen den damaligen Präsidenten Janukowytsch durch westukrainische Nationalisten, von denen die russische Bevölkerung des Ostens und Südens eine Unterdrückung ihrer russischen Identität befürchtete, in Anspruch genommen. Schon seit Mitte der 90er Jahre rückte die ukrainische Politik langsam vom Konzept des Vielvölkerstaats mit einer Gleichberechtigung der ukrainischen und russischen Sprache sowie der Achtung der rumänischen, ungarischen und slowakischen Minderheiten, das Grundlage der Volksabstimmung über die Unabhängigkeitserklärung von 1991 war, ab.

Die Haltung der USA zum Recht auf Sezession ist uneinheitlich und regelmäßig von ihren eigenen Interessen geleitet. 1776 erklärten sie einseitig ihre Unabhängigkeit von England, so wie sich die Autonome Republik der Krim im Februar 2014 einseitig für unabhängig erklärte. Die USA führten einen Unabhängigkeitskrieg gegen England; die Krim trat der Russischen Föderation bei. Nach ihrem Autonomiestatut hatte sie ein eigenes Parlament; die englischen Kolonien in Amerika hatten es nicht. 1861 beantworteten die USA die Austrittserklärung der Südstaaten und die Bildung der Konföderierten Staaten von Amerika mit einer Kriegserklärung. 1898 griffen die USA im amerikanisch-spanischen Krieg in einen kubanischen Unabhängigkeitskampf ein und zwangen Spanien zur Abtretung Kubas, Puerto Ricos, der Jungferninseln, der Philippinen und Guams. Kuba wurde nur formal

unabhängig und faktisch ein Protektorat der USA, ab 1933 ein Marionettenstaat. 1903 initiierte der damalige US-Präsident Roosevelt eine Abspaltung der kolumbianischen Provinz Panama und die Bildung eines Marionettenstaates für den Bau des Panama-Kanals zum Zweck einer schnelle und ungefährlichen Passage von US-Kriegsschiffen zwischen Atlantik und Pazifik.

2008 erkannten die USA die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo und damit die Abspaltung von Serbien an, 2011 die Abspaltung des Südsudan vom Sudan und schon 1993 die Eritreas von Äthiopien. Die Zustimmung der anderen Länder war nie freiwillig. Bei der Krim und dem Donbas wurde die Ukraine aber nicht zur Zustimmung gezwungen. Beide Gebiete konnten sich nach angelsächsischen Recht auf die Präzedenzfälle berufen. Nach dem Grundsatz „Die USA haben immer Recht!“ ist ihre Abspaltung aber trotzdem völkerrechtswidrig.

„Im Jahre 1837 traten britische Truppen einer Rebellion in der damaligen Kolonie Kanada entgegen. Die Vereinigten Staaten wollten zwar die Rebellen nicht direkt unterstützen, um sich nicht die Supermacht Großbritannien zum Feind zu machen, doch konnten sie nicht verhindern, dass Amerikaner eine Privatmiliz zur Unterstützung der Rebellen bildeten. Diese Freiwilligen brachten auf einem Flussdampfer namens ‚Caroline‘ Waffen und Männer zu einer Insel auf der kanadischen Seite des Niagarafusses. Die Briten revanchierten sich mit einem nächtlichen Überfall, eroberten den Dampfer, der vor dem Fort Schlosser im Bundesstaat New York, also auf US-Territorium angedockt lag, steckten die ‚Caroline‘ in Brand und schickten sie flussabwärts

über die Niagarafälle.“ (<https://monde-diplomatique.de/artikel/!1089207> vom 13.09.2002, wortgleich auf <https://taz.de/!1089207/> ohne Datum) Dieser Vorgang war formal ein britischer Angriff auf die USA, und nach den damaligen Ehrbegriffen hätten die USA mit einem Gegenangriff reagieren müssen. In diplomatischen Protestnoten und einem anschließenden Briefwechsel räumten die USA den militärisch überlegenen Briten aber ein Recht auf präventive Selbstverteidigung ein, nach der diese Militäroperation auf US-Territorium zur Verhinderung eines Angriffs der Privatmiliz gerechtfertigt war. Diese Argumentation mit dem Präzedenzfall hat die USA für eigene Präventivschläge, z.B. wegen der Bedrohung durch tatsächlich nicht existierende Massenvernichtungswaffen des Irak, immer wieder benutzt.

Andere Länder waren hier zurückhaltender. Israel rechtfertigte 1967 den Sechstagekrieg mit der ägyptischen Blockade des Hafens von Elat und dem Aufmarsch ägyptischer Truppen auf der Sinai-Halbinsel. Nach diesem Maßstab waren die seit 8 Jahren andauernden ukrainischen Luftangriffe auf die Donbas-Republiken und die konkreten Vorbereitungsmaßnahmen zu ihrer Rückeroberung ein viel stärkerer Kriegsgrund. Die Anerkennung der beiden Volksrepubliken durch Russland am 21.02.22 und die Vereinbarung militärischen Beistands waren nach Art. 51 der UN-Charta eine Rechtfertigung auch für einen russischen Entlastungsangriff auf Kiew, mit dem 3 Tage später begonnen wurde. Aus der zeitlichen Abfolge war zu erkennen, dass die völkerrechtliche Rechtfertigung künstlich war. Die moralische Rechtfertigung ergab sich aber aus den 8 Jahren der ständigen ukrainischen Luftangriffe auf die Zivilbevölkerung im Donbas und der ukrainischen Weigerung zur Durchführung der Minsker Friedensabkommen.

Den USA muss klar gewesen sein, dass sie mit der NATO-Osterweiterung und der militärischen Aufrüstung der Ukraine trotz der Konfliktlage mit der russischen Bevölkerung im Osten und Süden des Landes (nach den Grenzen von 2013) einen militärischen Konflikt mit Russland provozierte. Sie konnten nicht erwarten, dass der Nicht-Westen den Grundsatz „Die USA haben immer Recht!“ akzeptieren würde. Über die Gründe für dieses friedensgefährdende Verhalten kann nur spekuliert werden.

Den Schaden der amerikanischen Politik hat Europa, und insbesondere Deutschland. Eine deutsch-russische Freundschaft mit einer krisensicheren und preisgünstigen Gasversorgung durch Northstream 2 wäre ein Impuls für die weitere wirtschaftliche Entwicklung und eine Friedensgarantie für Westeuropa gewesen, die auch auf alle EU-Mitglieder ausgestrahlt hätte. Die Umsetzung der Minsker Friedensabkommen hätte das Ukraine-Problem gelöst. Der Inspekteur der deutschen Marine, Admiral Schönbach, musste am 23.01.22 auf Druck des ukrainischen Botschafters Melnyk (deutsch: Müller) zurücktreten, weil er eine politisch nicht genehme Wahrheit aussprach und bei einem Besuch in Indien eine realistische Friedensregelung für die Ukraine beschrieb. Schon einen Monat vor dem Krieg wedelte also der Schwanz (Melnyk) mit dem Hund (Scholz)!

Die USA können jetzt fünf Fliegen mit einer Klappe schlagen. Sie schwächen den wirtschaftlichen Rivalen Europa und stärken ihre eigene Wirtschaft. Sie schwächen den politischen Rivalen Russland militärisch und verheizen dabei die von der NATO aufgerüsteten Ukrainer als Kanonenfutter. Die Flüchtlinge

sichern den Europäern billige Arbeitskräfte, müssen aber zunächst von ihnen versorgt werden. Schließlich schüchtern sie noch China ein um es vor einer Eroberung Taiwans zu warnen. Und sie brechen den Widerstand der Bürger Europas gegen höhere Militärausgaben, was dann die Auftragsbücher der US-Rüstungsindustrie füllt. Wer Freunde wie die USA hat, braucht keine Feinde mehr!

In einer Rede beim Medienpolitischen Forum 2007 zum Thema „Wie frei ist die Meinungsfreiheit?“ stellte der ehem. Bundesminister für Forschung und Technologie, Andreas von Bülow, fest: „Wir als Deutsche müssen lernen, die Vereinigten Staaten - gerade auch im Ablauf ihrer Geschichte - nicht nur als das von den Verfassungsvätern erschaffene, politisch austarierte Gebilde einer gemäßigten, sich selbst verwaltenden Demokratie, das Jerusalem auf dem Berge, zu sehen, als das die Amerikaner sich selber gerne betrachten, sondern dass da nahezu von Beginn an stets eine knallharte, imperialistische Komponente zu beobachten war, die als öffentlich nicht erklärte und kaum diskutierte Politik die Interessen einiger Weniger mit den äußersten Machtmitteln des Staates durchzusetzen bereit war. Heute hat der Militärisch-Industriell-Intellektuelle Komplex den Kontinent oder auch den Erdball in weiten Teilen fest im Griff. Wir Westdeutsche haben das lange nicht glauben wollen, dann wenigstens minderheitlich nach und nach lernen müssen. Den Ostdeutschen ist das bei ihrem kommunistischen Geschichts- und Politunterricht zuweilen als Propaganda vermittelt worden.“ (<http://arbeiterfotografie.de/verband/erfurt-2007/vortrag-andreas-von-buelow.html>; abgerufen 08.06.22)

Wer vor diesem Hintergrund mit dem Völkerrecht argumentiert, ist naiv. Es geht auch international und besonders im Angelsächsischen Rechtssystem nicht darum, Recht zu haben, sondern Recht zu bekommen! Die kleinen Länder hätten nur in einer multipolaren Weltordnung, in der es keine übermächtigen Länder gibt, eine Chance auf Gerechtigkeit. In einer Welt mit wenigen Großmächten, vielen Mittelmächten und noch mehr Kleinen würden sich immer Koalitionen oder kurzzeitige Zweckbündnisse zusammenfinden, die ein Übergewicht einzelner Staaten verhindern wollen. Nur in einer solchen Weltordnung kann das Völkerrecht eine Chance haben. Daran können die Länder, die für sich ein Übergewicht anstreben, aber kein Interesse haben.

Natürlich kann man kontrovers diskutieren, ob diese Argumente einen militärischen Angriff rechtfertigen können. Alle, die Russland trotzdem verurteilen wollen, sollten an die Bibel, Johannes 8, Vers 7, erinnert werden: „Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein ...“ Unter den NATO-Mitgliedern sind solche Heiligen aber nicht zu finden!

Kriegsziele

Aus der Perspektive der USA erscheint der Krieg in der Ukraine als Selbstzweck. Russland soll international isoliert und geschwächt werden, um China von einer Eroberung Taiwans abzuschrecken. Einen langen Krieg, in dem die Waffen aus Europa geliefert und die Soldaten von der Ukraine gestellt

werden, können die USA lange durchhalten. An einem Frieden haben sie kein eigenes Interesse.

Ein guter Ausgangspunkt für das Verständnis der US-Politik ist ... „die Rede des US-Außenministers Antony Blinken vom 26. Mai 2022. Darin gab Blinken offen zu, dass die USA keine militärische Gleichberechtigung mit anderen Staaten anstreben, sondern eine militärische Vormachtstellung, insbesondere gegenüber China: ‚Präsident Biden hat das Verteidigungsministerium angewiesen, China als Schrittmacher zu betrachten, um sicherzustellen, dass unser Militär die Nase vorn hat.‘ Bei nuklear bewaffneten Staaten wie China oder Russland setzt eine militärische Vorherrschaft jedoch die Erlangung der nuklearen Vorherrschaft voraus - eine Eskalation, die über den aktuellen Krieg in der Ukraine hinausgeht.“ (Vijay Prashad, Die Tödliche Globale Monroe-Doktrin Washingtons, <https://ifddr.org>, zitiert nach <https://linkezeitung.de/2022/06/21/die-toedliche-globale-monroe-doktrin-washingtons/> am 21. Juni 2022)

Für Russland kann ein konkretes Kriegsziel ausgemacht werden. Der Donbass und die Schwarzmeerküste bis Transnistrien sollen russisch werden. Damit würde Russland im Schwarzen Meer präsent bleiben und die Ukraine auf das Gebiet von vor 1922 reduziert. Polnische Ambitionen zur Rückgewinnung der 1939 an die Ukraine verlorenen Gebiete in Ostgalizien könnte Russland akzeptieren. Der Rest der Ukraine sollte nach den Vorstellungen Moskaus neutral bleiben und damit nicht der NATO beitreten. Gegen einem EU-Beitritt könnte Russland nichts haben, der wäre nur für die EU-Länder sehr teuer.

Zudem würde ein Land aufgenommen, das hinsichtlich der Korruption und Rechtsstaatlichkeit meilenweit von den EU-Standards entfernt ist.

Die Ziele der ukrainischen Regierung, Polens und der baltischen Staaten dürften in einer Zurückdrängung Russlands auf seine Westgrenze von vor 1772, der faktischen Wiederherstellung von Polen-Litauen in neuer Form sowie der Verdrängung Russlands vom Schwarzen Meer und aus Europa liegen. Würden sich diese Länder zu einer Föderation zusammenschließen, wäre die Ukraine wie 1990 die DDR automatisch NATO- und EU-Mitglied. Danach würde man Belarus weiter destabilisieren um dort ebenfalls einen pro-westlichen Putsch zu organisieren. Wenn dann auch Belarus dieser Föderation beiträte, wäre Polen-Litauen wiederhergestellt. Natürlich würde Polen Pommern, Schlesien und Ostpreußen nicht an Deutschland zurückgeben.

Es ist klar, dass sich diese Ziele nicht vereinbaren lassen. Die russischen Ziele, sind eher defensiv. Der Istzustand soll aufrechterhalten und abgesichert werden. Obwohl Russland imperialistische Ziele vorgeworfen werden, besteht der eigentliche Imperialismus in den Aktivitäten zur Wiederherstellung Polen-Litauens mit der Ostgrenze von 1772 - nach 250 Jahren! Sollte man dann nicht auch die USA an England zurückgeben?

Frieden

„Bereits 1997 sagte Senator Joe Biden, ranghöchstes Mitglied des Ausschusses für auswärtige Beziehungen des Senats, voraus, dass die NATO-Erweiterung

um die baltischen Staaten eine ‚energische und feindselige‘ militärische Antwort Russlands hervorrufen würde. (<https://tkp.at/2022/06/29/das-vorprogrammierte-ukraine-desaster/>) Nach seiner Wahl zum Präsidenten haben ihm die US-Rüstungslobby und ihre Berater im Weißen Haus eine andere Botschaft eingeflüstert. Auch Donald Trump hat im Wahlkampf 2016 vertreten, dass der Wille der Menschen auf der Krim respektiert werden müsse und dass die NATO obsolet sei. Als Präsident handelte er entgegengesetzt. Diese Beispiele zeigen, dass im Hintergrund wohl andere die Strippen ziehen. Diese Feststellung ist natürlich eine Verschwörungstheorie.

Trotzdem muss jeder Krieg mit einem Frieden enden! Weil es einfach ist, einen Krieg zu beginnen aber schwierig, ihn zu beenden, sollte jeder Krieg von seinem Ende gedacht werden. Anschließend wäre zu prüfen, wie man von dem Ist-Zustand zum möglichen Kriegsende kommen kann, und ob das aus der eigenen Interessenlage ein wünschenswerter Weg wäre, oder nicht. Würde dieses Rezept beherzigt, wären viele Kriege nie begonnen worden.

Für ein Kriegsende in der Ukraine gibt es grundsätzlich 5 Möglichkeiten:

- a) totale Niederlage Russlands mit bedingungsloser Kapitulation
- b) Niederlage Russlands mit zähneknirschend akzeptiertem Frieden
- c) ein Kompromissfrieden, mit dem niemand zufrieden sein kann
- d) Niederlage der Ukraine mit zähneknirschend akzeptiertem Frieden
- e) totale Niederlage der Ukraine mit bedingungsloser Kapitulation

zu a)

Die totale Niederlage Russlands als Atommacht mit bedingungsloser Kapitulation setzt voraus, dass es seine Atomwaffen zur Verhinderung dieser Niederlage zuvor eingesetzt hätte. Würde die russische Armee vom US-amerikanischen Kanonenfutter (= ukrainische Armee + rechte Milizen) oder sogar von intervenierenden NATO-Truppen in ernste Bedrängnis gebracht, könnte Russland taktische Atomwaffen zur Erreichung seiner militärischen Ziele einsetzen. Ein anschließender atomarer Angriff der offiziell nicht am Krieg beteiligten NATO auf Russland, wahrscheinlich mit in Europa stationierten Mittelstreckenraketen, würde einen massiven russischen Gegenschlag auf Europa und wahrscheinlich auch auf die USA bewirken.

Mindestens die Ukraine wäre danach eine atomar verstrahlte Wüste, wahrscheinlich auch große Teile Polens und ggf. auch die Slowakei, Ungarn und der Norden Rumäniens. Bei einem weniger optimistischen Szenario wäre wohl ganz Europa, vielleicht ohne die iberische Halbinsel, ein atomares Schlachtfeld, und auch mit russischen Angriffen auf die USA und mit US-Angriffen auf russische Metropolen wäre zu rechnen. Das neue Polen-Litauen würde in einer verstrahlten Wüste errichtet. Der einzige Sieger in diesem Krieg wäre China!

zu b)

Eine Niederlage Russlands mit zähneknirschend akzeptiertem Frieden würde einen „Regimewechsel“ voraussetzen. In einer mittelamerikanischen Bananenrepublik wäre die CIA wohl in der Lage, das zu organisieren. Russland wäre dafür aber sicher ein paar Nummern zu groß. In den letzten Jahren waren

korrupte USA-gesteuerte Regime in Afghanistan, Irak oder Libyen aber nicht wirklich erfolgreich. 1953 konnte der gewählte Ministerpräsident in Iran zwar von der CIA gestürzt werden und der zuvor geflohene Schah kehrte zurück; die Opposition wurde dann aber den Religionsführern überlassen, was 26 Jahre später zur Entstehung des Islamismus führte, den die USA in Afghanistan in ihrer antikommunistischen Verblendung sogar zum islamistischen Terrorismus ausbildeten. Auch in Russland hätte der Sturz der jetzigen Regierung und die beabsichtigte Unterwerfung des Landes unter die USA - sollte dies wirklich gelingen - unberechenbare Folgewirkungen mit der Gefahr eines Atomkrieges. Die russische Niederlage wäre also kein Sieg der NATO, eher ein neues Afghanistan hoch drei.

zu d)

Eine Niederlage der Ukraine mit zähneknirschend akzeptiertem Frieden wäre möglich, wenn ihrer Regierung ihre Zukunftsaussichten bewusst würden. Die hat Stefan Korinth am 16.05.22 auf <https://multipolar-magazin.de/artikel/ukraine-zukunftsaussichten> wie folgt beschrieben: „Der Krieg in der Ukraine dauert wahrscheinlich noch Jahre. Die russische Armee wird danach mindestens die südlichen und östlichen Regionen des Landes kontrollieren. Noch zehntausende Menschen werden sterben und weite Teile der ukrainischen Infrastruktur zerstört. Viele Flüchtlinge - vor allem die jungen Menschen - werden unter diesen Bedingungen nicht zurückkehren. Die realistischen Optionen für die politische Zukunft des Staates haben sich nach den ersten Kriegswochen deutlich reduziert. Sicher ist: Die Ukraine, wie sie bis zum 24. Februar 2022 existierte, wird es nicht mehr geben.“

Die NATO schließt diese Option derzeit aus. Für eine Rest-Ukraine wäre sie aber eine Möglichkeit, in irgendeiner Weise weiter zu existieren. Bei einem Sieg der NATO bzw. der Selenskyj-Regierung hätten die Menschen in der Ukraine diese Möglichkeit nicht.

zu e)

Eine totale Niederlage der Ukraine mit bedingungsloser Kapitulation wäre nach einem Verlust der NATO-Unterstützung möglich. Die USA könnten die Ukraine zur Anerkennung des Beitritts der Krim und des Donbass zur Russischen Föderation und sie selbst zur Neutralität zwingen und sich aus ihr zurückziehen. Das wäre eine Möglichkeit, wenn der NATO die Konsequenz des unvermeidbaren Atomkrieges bewusst würde, und sie ihn verhindern wollten. Was die USA angeht, kann man an dieser Absicht Zweifel haben.

Dieses Kriegsende hätte auch einen Gesichtsverlust des Westens zur Folge, und wahrscheinlich Ablösungsbewegungen der europäischen Vasallen. Die Hinwendung Russlands zu China ließe sich wahrscheinlich auch damit nicht mehr umkehren. Die USA werden deshalb alles tun, um einen solchen Frieden, der im Interesse Europas liegt, zu verhindern. Sie könnten aber dazu gezwungen werden, wenn China mit dem Angriff auf Taiwan beginnen, die Insel überrennen und Europa im Angesicht eines globalen Atomkriegs den USA die Gefolgschaft versagen würde. Wenn sie es ohne die Unterstützung ihrer europäischen Vasallen mit beiden Ländern (Russland und China) beim Risiko der eigenen Zerstörung aufnehmen müssten, könnten die USA ausnahmsweise vernünftig reagieren und Taiwan sowie die Ukraine opfern.

Zwischenergebnis:

Die Alternativen a und b wären für Europa und Russland eine Katastrophe, für die USA und China aber vorteilhaft. Die Alternativen d und e wären für Europa und Russland akzeptabel und nur für die USA eine empfindliche Niederlage. Es festzustellen, dass Europa und die USA objektiv entgegengesetzte Interessen haben. Ein nordatlantisches Bündnis mit gleichberechtigten Partnern könnte unter diesen Bedingungen nicht lange halten. Für die Ukraine ist jede dieser Varianten schädlich.

zu c)

Ein Kompromissfrieden, mit dem niemand zufrieden sein kann, wäre theoretisch in mehreren Alternativen vorstellbar. Es soll an dieser Stelle aber nicht über die verschiedenen Möglichkeiten spekuliert werden, die damit vielleicht auch zerredet würden. In der aktuellen Situation könnte der Krieg ohne atomare Eskalation und ohne Gesichtsverlust des Westens in der wahrscheinlichsten Variante mit einer „koreanischen Lösung“ beendet werden. Sobald Russland ausreichende Geländegewinne für seine nationale Sicherheit erzielt hat, können die Kampfhandlungen dann mit einem bedingungslosen Waffenstillstand beendet werden. Die NATO würde diese Grenze nicht anerkennen, sich dann aber die Rest-Ukraine als NATO-Protectorat einverleiben und ihre Sanktionen gegen Russland aufrechterhalten, die von 84 % der Weltbevölkerung aber nicht unterstützt würden. Der Wirtschaftskrieg würde fortgesetzt. Ideal wäre eine zypriotische Lösung. Die Türkische Republik Nordzypern wird von der Welt nicht anerkannt, es gibt sie aber trotzdem. 9 Jahre nach der Besetzung Nordzypern durch die Türkei hat ihre Gründung 1983 Fakten geschaffen, und die Welt ist zur Tagesordnung

übergegangen. Den Menschen auf der Krim ist die Nichtanerkennung ihrer Zugehörigkeit zu Russland auch egal. Die westlichen Sanktionen waren lästig, man konnte sie aber umgehen.

Die markigen Sprüche der USA und ihrer Vasallen sind nicht geeignet, den Weg zu einer Beendigung des Krieges zu finden. Die USA scheinen an einem langen Krieg interessiert zu sein. Mit ihrer bedingungslosen Unterstützung für die Ukraine riskiert die NATO einen Atomkrieg, der aus europäischer Perspektive unbedingt verhindert werden muss. Sowohl die Beendigung des deutsch-französischen Krieges von 1871, als auch die des Ersten Weltkrieges von 1919 haben gezeigt, dass demütigende Friedensbedingungen keinen Frieden bringen, sondern neue Kriege provozieren. Und in einem Krieg gibt es nur Verlierer! Ein militärischer Sieg der Ukraine über Russland wäre wegen der atomaren Zerstörung Europas, mit der er erkaufte werden müsste, für den Westen (mit Ausnahme der USA) im Ergebnis ebenfalls eine Niederlage. Eine ukrainische Niederlage würde diese Gefahr dagegen bannen.

Das deutsche Hemd muss der Bundesregierung näher sein als der ukrainische Mantel!

Die Sanktionen wirken nicht, wie auch der Lockdown gegen COVID-19 nicht gewirkt hat. Aber Politiker wollen keine Fehler eingestehen. Lieber fahren sie die Karre an die Wand!

America last!

Die Zeit des Yankee-Dollar geht zu Ende!

Der Begriff stammt von den Andrews Sisters aus dem Refrain von „Rum And Coca-Cola“ (1944):

“Drinkin' rum and Coca-Cola
Go down Point Koomahnah
Both mother and daughter
Workin' for the Yankee Dollar“

= Andeutung von Prostitution in Trinidad
- deutlicher konnte es in den pruden
USA der 40er Jahre nicht formuliert
werden.

Dollar-Hegemonie

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die USA die größte Wirtschaftsmacht der Welt, weil sie nicht unter dem Krieg gelitten hatten und die intakte Wirtschaft ihre Waren in alle Welt exportieren konnte. Die Politik hat sich dagegen für den Isolationismus entschieden. Die eher kleinbürgerlichen Wähler wollten, dass sich die USA um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern und sie wählten 1920 den Republikaner Harding zum Präsidenten, der eine isolationistische Politik vertrat. Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Niedergang der früheren europäischen Führungsmächte nahmen die USA die Führungsrolle gegen die sozialistischen Länder ein.

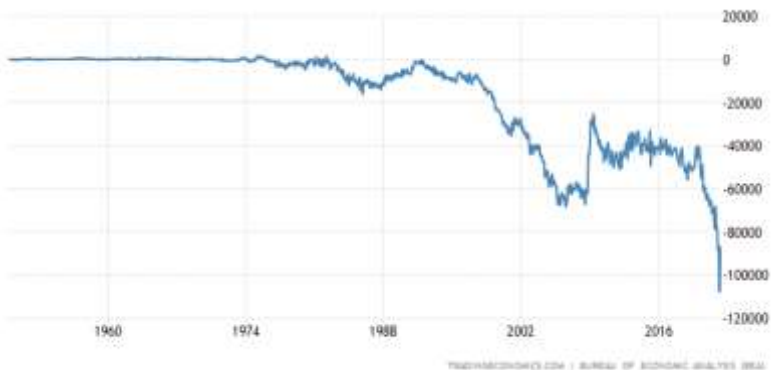
Die Andrews Sisters haben 1944 in dem Lied "Rum And Coca Cola" amerikanische GIs besungen, die Rum und Coca Cola trinken, dann nach Point Koomahnah gehen, wo Mutter und Tochter für den Yankee-Dollar arbeiten. Wie Mutter und Tochter im Lied prostituierten sich ganze Länder für den Yankee-Dollar. Die Andrews Sisters wollten nicht die Unmoral der US-Soldaten anprangern, sondern einen Party-Song verkaufen, mit dem sie ihre Ausschweifungen feiern konnten. Der Text enthielt die Aufforderung: „Lasst es krachen!“ Und es war erfolgreich. Es war normal, dass sich die USA auf der Welt bedienen konnten, und mit dem überbewerteten Dollar war das Leben billig.

In der Konferenz der Finanzminister und Notenbankgouverneure bzw. -präsidenten von 44 Staaten von Bretton Woods vom 1. bis zum 22. Juli 1944 wurde eine internationale Währungsordnung mit Wechselkursbandbreiten

vereinbart, die vom überbewerteten US-Dollar als Ankerwährung bestimmt war. Die US-Exporte waren konkurrenzlos, denn die Wirtschaft Europas und Japans war zerstört. Zur Kontrolle und Durchsetzung des Abkommens wurden in der Folge die Bretton-Woods-Organisationen bzw. -Institutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) geschaffen.

Zunächst hatten die USA eine ausgeglichene Handelsbilanz. Mit den Exporten konnten die Importe bezahlt werden. Weil bis 1971 eine Garantie bestand, jederzeit US-Dollar in Gold umtauschen zu können, waren die Goldverkäufe zum Ausgleich von Zahlungsbilanzdefiziten in der Statistik Exporte. Umgekehrt kaufte die Zentralbank der USA mit Zahlungsbilanzüberschüssen Gold auf. Ab den 80er Jahren bauten die USA ein extremes Handelsbilanzdefizit auf.

Handelsbilanzdefizite der USA



<https://de.tradingeconomics.com/united-states/balance-of-trade>

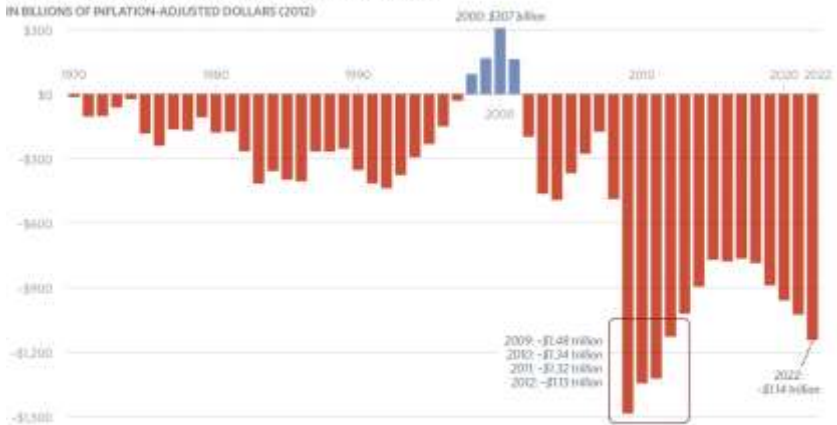
Die Militärausgaben im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg, die ein erhebliches Zahlungsbilanzdefizit verursachten, trieben die USA aus der Goldbindung. Sie wurden vom Gläubiger der Welt zu ihrem Schuldner. Weil die USA weiter in Dollar bezahlten und die ausländischen Zentralbanken dafür kein Gold mehr bekamen, mussten sie US-Staatsanleihen oder andere Dollar-Wertpapiere kaufen. So finanzierte die Welt nicht nur das Zahlungsbilanzdefizit, sondern auch das Haushaltsdefizit der USA.

Das System der Dollar-Hegemonie entstand, bei dem ausländische Zentralbanken ihre Währungs- und internationalen Sparreserven in Dollar halten mussten, und diese Dollar zur Finanzierung der fast achthundert US-Militärbasen in der ganzen Welt eingesetzt wurden.

Zum Handelsbilanzdefizit, das nach 2001 extreme Ausmaße annahm, kam ab der Bankenkrise 2008 ein enormes Haushaltsdefizit hinzu, das nie mehr zurückgezahlt werden kann. Sie können nur noch „weginflationiert“ werden. Mit der Zahlungsunfähigkeit der USA droht auch ein Totalverlust bei den Inhabern der US-Staatsanleihen und damit der weltweite Verlust der Sparguthaben. Was 1923 in Deutschland mit einer abgeschotteten Binnenwährung passierte, droht weltweit dem US-Dollar. Auf <https://www.prof-mueller.net/inflation/> wird verwiesen. Seit der Banken-Krise versucht die Politik nur noch, den drohenden Zusammenbruch mit kurzfristigen Maßnahmen hinauszuschieben.

Haushaltsdefizit der USA

The Federal Budget Is Recording Chronic Deficits



Sources: Office of Management and Budget, Budget of the U.S. Government, FY 2011 Historical Tables, Table 13, February 2012, <http://www.whitehouse.gov/omb/budget/fy2012> (accessed August 18, 2012), and Congressional Budget Office, An Update to the Budget and Economic Outlook: Fiscal Years 2012 to 2022, Alternative Fiscal Scenarios, August 22, 2012, [http://cbo.gov/publication/43543](http://.cbo.gov/publication/43543) (accessed August 23, 2012).

Federal Spending by the Numbers 2012 heritage.org

<https://www.heritage.org/budget-and-spending/report/federal-spending-the-numbers-2012>

Ein großer Teil des Wohlstands der USA beruhte darauf, dass sie die eigenen Militärausgaben, ausländische Rohstoffen und viele ausländischen Investitionen mit der Ausweitung der Geldmenge bezahlen konnten. All das wird durch die Ukraine-Politik von Präsident Biden beendet, die von den Republikanern genauso unterstützt wird wie von den Demokraten. Sie kann 99 % der Amerikaner verarmen lassen, während die Federal Reserve den Aktien- und Anleihenmarkt für die 1 % rettet. Dann wird es zu einem enormen Druck kommen, der die meisten amerikanischen Familien in die Verschuldung zwingen wird und zu einer Schließung vieler Unternehmen führt. Die steigenden Treibstoff- und Lebensmittelpreise werden die Familien in die

Zahlungsunfähigkeit zwingen und dazu führen, dass sie sich nicht mehr selbst versorgen können, ohne sich zu verschulden oder ihr Haus zu verkaufen. Und Russland wird dafür zum Sündenbock gemacht.

Der EURO als Alternative

Es war im Grunde eine vorausschauende Idee des damaligen französischen Präsidenten Mitterand, in Europa einen Währungsraum zu schaffen, der mit seiner Größe den drohenden Turbulenzen aus den USA standhalten könnte. Die Deutsche Mark hatte sich auf den Geldmärkten ohnehin schon als europäische Leitwährung herausgebildet. Langfristig bestand die Perspektive, dass die Welt ihre Ersparnisse langsam in EURO umschichten könnte und sich der Wertverfall des US-Dollar langsam ergeben würde, statt eines spektakulären Zusammenbruchs.

Es war aber ein Fehler, zu schnell einen zu großen Währungsraum aus zu unterschiedlichen Ländern aufbauen zu wollen. Die hochverschuldeten PIGS-Staaten (Portugal, Italien, Griechenland, Spanien) hätten zumindest nicht so schnell aufgenommen werden dürfen. Hinzu kam, dass die USA durch politischen Druck auf die Mitgliedsländer den EURO zu einer schlechten Kopie des Dollars machten, und die EZB ebenfalls für eine Überschuldung der EURO-Länder sorgte, damit keine vertrauenswürdige Alternative zum US-Dollar entstehen konnte.

IWF, Weltbank und die Globalisierung

IWF und Weltbank sollen bedürftigen Staaten durch die Vergabe von Krediten helfen. Für deren Ausgabe stellt der IWF aber die Bedingung, dass die Länder ihre Währung abwerten, ihre Lohnsätze senken und arbeitnehmerfeindliche Gesetze erlassen. Die Lebensmittelpreise werden international in Dollar festgelegt, ebenso die Rohstoffpreise und die Preise für Maschinen und viele andere Güter. Die Abwertung verteuert also die Importe und senkt die Kaufkraft. Der IWF hat diese Freihandelspolitik als Mittel eingesetzt, um die Lohnsätze im Globalen Süden niedrig zu halten.

Das zentrale Ziel von IWF und Weltbank ist es, andere Länder daran zu hindern, ihre eigenen Nahrungsmittel anzubauen. Sie vergibt nur Kredite an Länder, um Devisen zu verdienen. Und seit etwa 1950 besteht sie darauf, dass Länder, die sich Geld leihen, ihre Landwirtschaft auf Exportplantagen umstellen müssen, um tropische Pflanzen anzubauen, die in den Vereinigten Staaten aus Umwelt- und Wettergründen nicht angebaut werden können. Es wurde darauf bestanden, dass die Agrarindustrie in ausländischem Besitz große Plantagen anbauen, keine Landreform durchgeführt oder kleine Familienbetriebe gefördert werden dürfen. Das bedeutet, dass die Länder, die Agrarkredite aufgenommen haben, diese nicht erhielten, um ihre eigenen Nahrungsmittel zu produzieren. Es ging darum, sie gegenseitig in Konkurrenz zu bringen, indem sie tropische Exportpflanzen produzieren mussten, während sie bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Getreide zunehmend von den USA abhängig wurden.

Und diese Ecke, in die man sie geschoben hat, wird in 2022 zu einer weltweiten Hungersnot führen.

Die Biden-Regierung macht die Eroberung der fruchtbaren Böden der Ukraine durch die russische Armee für die explodierenden Lebensmittelpreise verantwortlich. Bereits 2019 exportierten Russland und die Ukraine mehr als 25 % des weltweiten Weizens. Die Kombination aus Pandemie und Invasion in der Ukraine sind zwar wichtige Faktoren der Nahrungsmittelkrise, in Wirklichkeit haben sie aber ein ihr zugrundeliegendes Problem nur verschärft. Das ABCD-Kartell (Archer Daniels Midland - ADM; Bunge/Born; Cargill und Dreyfus) kontrolliert nach einer 10 Jahre alten Oxfam-Untersuchung (The Secrets of Cereals: The Top Traders of Grains in the World and Global Agriculture - <https://www.oxfam.org/en/research/cereal-secrets-worlds-largest-grain-traders-and-global-agriculture>) 90 % des globalen Getreidehandels. Ihr spekulatives Geschäftsmodell der Finanzialisierung der landwirtschaftlichen Produktion und ihrer anschließenden Verbriefung verstärkt die Preisschwankungen auf den Märkten. Das ABCD-Kartell dehnt sich auch auf den Einkauf von Saatgut, Düngern, Verarbeitung, Verpackung, und Vertrieb aus. Der Ausfall der russischen und ukrainischen Lieferungen wegen der westlichen Sanktionen und der Verminung ukrainischer Häfen durch die Ukraine selbst, nicht durch die behauptete russische Blockade, die durch Finanzspekulationen verschärft werden, sind nicht die Ursache für die weltweite Hungersnot, sondern höchstens ihr Auslöser.

Der Internationale Währungsfonds hat stets als verlängerter Arm der USA agiert. Er rettet Diktaturen, rettet die Ukraine, leiht Geld an Länder, deren

Oligarchien Amerika unterstützen will, und leiht kein Geld an Länder, die Amerika nicht unterstützen wollen – wie Venezuela. Seine Aufgabe besteht also im Wesentlichen darin, neoliberale Politik zu fördern und darauf zu bestehen, dass andere Länder ihre Zahlungen ausgleichen, indem sie einen Klassenkampf gegen die Arbeiterschaft führen.

Klimawandel

Die amerikanische Politik basiert auf einer zunehmenden und beschleunigten globalen Erwärmung. Die Vereinigten Staaten widersetzen sich jedem Versuch, die globale Erwärmung zu verhindern, denn ein Umstieg anderer Länder auf Solarenergie und erneuerbare Energien würde ihre Abhängigkeit von der US-Ölindustrie verringern. Wenn man sich die amerikanische Politik anschaut, wird sie im Wesentlichen von der Ölindustrie getrieben. Das letzte, was die Vereinigten Staaten je tun werden, ist, die globale Erwärmung zu verhindern.

Man wird die globale Erwärmung nicht verhindern können, wenn man nicht die Dominanz der amerikanischen Außenpolitik durch die Ölindustrie stoppt. Weil damit auch die amerikanische Außenpolitik die verstärkte Nutzung von Kohle und Öl, und nicht von erneuerbaren Energien als Ziel verfolgt, müsste die Umweltbewegung eine Antikriegsbewegung und eine Bewegung gegen die neoliberale Dollar-Hegemonie werden. Damit ist wegen der militant-antirussischen Ausrichtung der europäischen Grünen nicht zu rechnen; politisch relevante US-Grüne gibt es nicht. Bei gleichzeitiger Dominanz der

USA schüttet Europa seine Milliarden-Beträge gegen den Klimawandel in ein Fass ohne Boden.

Die BRICS-Staaten

Die BRICS-Länder Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika sind nicht durch eine bestimmte Ideologie verbunden sind, sie sahen aber bei ihrer Gründung 2009 vor dem Hintergrund der Bankenkrise die Notwendigkeit, das globale Wirtschaftssystem zu demokratisieren, das von den Vereinigten Staaten zum Absturz gebracht worden war. Der Chef der chinesischen Zentralbank rief damals unverblümt dazu auf, den Dollar als globale Reservewährung aufzugeben, weil das Vertrauen in die währungspolitische Führung der USA abhandengekommen sei. Mit dem Potenzial für eine neue Reservewährung und dem Angebot von Investitionen ohne politische Auflagen bietet die BRICS-Gruppe eine Alternative zur westlichen Dominanz, die ein Schritt in Richtung einer multipolaren Zukunft sein kann. Allein China hatte bereits zu Beginn des letzten Jahrzehnts den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank als weltweit größten Nettogläubiger abgelöst und durch die Belt and Road Initiative (BRI) seine Investitionen in die Infrastruktur im globalen Süden – und darüber hinaus – ausgeweitet. In direkter Konkurrenz zu IWF und Weltbank gründeten die BRICS im Jahr 2014 die New Development Bank (NDB). Während der Sitzung am 22.06.22 erklärte der russische Präsident Wladimir Putin, dass die fünf namensgebenden Mitglieder der Gruppe bereits an der Schaffung einer neuen globalen Reservewährung

„auf der Grundlage eines Korbes von Währungen unserer Länder“ arbeiten würden. Im Juni 2022 haben auch Iran und Argentinien ihren Beitritt zu BRICS beantragt.

Die Russland-Sanktionen

Während des Zweiten Weltkriegs hatten die Nazis immer Zugang zum internationalen Zahlungsverkehr, auch in US-Dollar oder britischen Pfund. Die Reichsmark war schon vor Kriegsbeginn auf den Märkten nicht gefragt, Der Ausschluss Russlands aus dem SWIFT-System oder die Beschlagnahme russischen Auslandsvermögens haben also eine völlig neue Qualität. Sie sind auch eine Warnung an China, die Finanzinvestitionen mit Dollar- und Euro-Raum abzustoßen und bei Sachinvestitionen Strohleute aus neutralen Ländern zwischenzuschalten. Auch die Devisenreserven aller anderen Länder, die sich den USA gegenüber nicht unterwürfig verhalten, sind gefährdet. Damit ist die Weltwirtschaft also plötzlich in zwei Teile zerbrochen: in einen dollarisierten Teil und in einen Teil mit den Ländern, die sich nicht an die neoliberale Politik halten, die die Vereinigten Staaten von ihren Verbündeten verlangen. Wir erleben die Geburt einer neuen dualen Weltwirtschaft.

Auch früher haben die USA immer wieder versucht, einzelne Länder mit Sanktionen zu destabilisieren. Jetzt werden aber potentiell alle Länder bedroht, die sich den Russland-Sanktionen nicht anschließen wollen. Und schon vor dem Ukraine-Krieg gab es auch andere Länder, die von US-Sanktionen

bedroht waren. Sie alle müssen trotz anderweitiger politischer Differenzen ein Interesse an einer Ent-Dollarisierung der Weltwirtschaft haben. Daneben ist der Ukraine-Krieg auch ein Krieg der USA gegen Europa. Wir werden davon abgehalten, russisches Gas und Öl zu kaufen, das nicht nur billiger war, sondern wegen der existierenden Pipeline aus niedrige Transportkosten hatten. Und die Vereinigten Staaten fürchteten, die Kontrolle über ihre Satelliten zu verlieren, vor allem in der NATO, aber auch in Südamerika. Jetzt werden die Europäer in die Abhängigkeit von den Ölscheichs und den USA getrieben, aus der sie nach der Ölkrise von 1973 befreit hatten. Dieser Krieg hat also dazu geführt, dass die NATO-Länder noch mehr in die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten geraten sind. Die große Angst der USA in den letzten Jahren war, dass sich diese Länder angesichts der Deindustrialisierung Amerikas nach dem wachsenden Teil der Welt umsehen, also nach China, Zentralasien, Russland und Südasiens.

Amerikanische und europäische Investitionen geben Ländern eine Finanzierung zu Zinsen, für deren Rückzahlung das ganze Land haftet. Chinas Investitionen erfolgen über die Neue Seidenstraße und über direkte Kapitalinvestitionen in die Entwicklung von Häfen, Infrastruktur und Eisenbahnen. Anstatt eine allgemeine finanzielle Forderung gegenüber diesen Ländern zu haben, hat China eine Eigenkapitalforderung, die durch die physischen Produktionsmittel untermauert wird, die es aufstellt. Das schützt die Länder vor Überschuldung, verschafft China als Großunternehmer aber einen unmittelbaren Einfluss auf diese Länder. Es stellt sich die Frage, welche Abhängigkeit die Länder vorziehen.

Verschwörungstheorien

Es gibt nichts, was es nicht gibt!

... Wieso? Weshalb? Warum?

Wer nicht fragt bleibt dumm!

Das Unwort „Verschwörungstheorie“ ist ein Machtmittel, um unbequeme Fragen zu unterdrücken.

Begriff

Es gibt immer wieder Vorgänge, die der Öffentlichkeit als zufällige Ereignisse erklärt werden, wobei diese Erklärung für einige Menschen nicht überzeugend erscheint. Wenn dann konkrete Fragen nicht beantwortet werden, entsteht bei den Zweiflern der Eindruck, dass etwas vertuscht werden soll. Daraus folgern sie, dass die offizielle Erklärung nicht der Wahrheit entspricht. Alternative Erklärungsansätze der Zweifler haben dann das zentrale Element, dass ein scheinbarer Zufall in Wirklichkeit inszeniert wurde. Die Inszenierung muss dann konspirativ vorbereitet und durchgeführt worden sein, weshalb solche Erklärungsansätze dann von den Mächtigen als Verschwörungstheorien bezeichnet werden. Manchmal enthalten auch die alternativen Erklärungsansätze unlogische Komponenten.

Als Beispiele für unzureichende Erklärungen und dadurch provozierte alternativen Erklärungsansätze können die Todesfälle John F. Kennedy und Marylin Monroe angesehen werden. Wenn beim Fall Kennedy ein Einzeltäter den Präsidenten aus großer Entfernung mit einem Gewehr ohne Zielfernrohr erschossen haben soll, dann vermag das nicht jeden Bürger überzeugen. Wenn dann aus den Filmaufnahmen der Eindruck entsteht, dass Kennedy in kurzen Abständen von zwei Kugeln aus unterschiedlichen Richtungen getroffen wurde, dann kann man den offiziellen Untersuchungsbericht mit der Einzeltäterthese als wenig glaubwürdig bezeichnen und fragen, wer ein Interesse an einer falschen Darstellung hatte. Der ungeklärte Todesfall Monroe sollte von Anfang an ein Selbstmord gewesen sein. Das bedeutet nicht, dass es nicht wirklich einer gewesen sein kann. Aber aus politischen Gründen wurde

ausgeblendet, dass Marylin Monroe ein Verhältnis mit den damaligen US-Präsidenten hatte, und vielleicht auch mit seinem Bruder und Justizminister. Weil die Tote einen Skandal hätte auslösen könne, hätte die Regierung ein Motiv für einen Mord gehabt. Hier wären intensivere Ermittlungen nötig gewesen, auch um diesen Verdacht auszuräumen und Gerüchten den Boden zu entziehen.

Nach an Anschlägen vom 11. September 2001 wurde Andreas von Bülow in den Medien als Verschwörungstheoretiker gesteinigt. Er war Minister für Forschung und Technologie im Kabinett von Helmut Schmidt und 25 Jahre SPD-Abgeordneter im Bundestag. Im Untersuchungsausschuss Schalck-Golodkowski erlebte Andreas von Bülow, die Arbeit der Geheimdienste. Als Folge schrieb er das Buch "Im Namen des Staates". In einem Interview mit dem Berliner Tagesspiegel von 13.01.2002 sagte er zu dieser Aufgabe: „Wir durchleuchteten die Machenschaften der Stasi und anderer östlicher Geheimdienste im Bereich der Wirtschaftskriminalität, aber sobald wir etwas über die Vorgehensweise des BND oder der CIA wissen wollten, wurde gnadenlos geblockt. Keine Information, keine Kooperation, nichts! Da bin ich das erste Mal stutzig geworden.“ (https://www.i-p-o.org/von_buelow-tagesspiegel-online.htm; 08.6.22)

Zur offiziellen Version der US-Regierung stellte von Bülow unbequeme Fragen. Er stellte fest, die Attentäter des 11.09.2001 hätten „...bei ihren Vorbereitungen Spuren wie eine trampelnde Elefantenherde hinterlassen ...“ (ebenda), was den US-Geheimdiensten nicht aufgefallen wäre. Trotzdem hätten sie 48 Stunden nach den Ereignissen schon ein

Ermittlungsergebnis vorlegen können. Er fragte: „Und was ist mit den obskuren Aktiengeschäften? In der Woche vor dem Attentat haben sich die Umsätze im Wertpapierhandel bei den Fluglinien American Airlines, United Airlines und Versicherungen um 1200 Prozent gesteigert. Es ging um etwa 15 Milliarden Dollar. Einige Leute müssen etwas gewusst haben.“ (ebenda)

Bülow kam zu dem Ergebnis: „Mit Hilfe der entsetzlichen Anschläge sind die westlichen Massendemokratien einer Gehirnwäsche unterzogen worden. Das Feindbild des Antikommunismus taugt nicht mehr, es soll durch die Völker muslimischen Glaubens ersetzt werden.“ (ebenda) Auf die Vorhaltung „Sie sind ein Verschwörungstheoretiker!“ antwortete er: „Ja, ja. Das ist der Spott derer, die gerne der amtlich verlautbarten Linie folgen. Auch investigative Journalisten werden mit Propaganda und Desinformation gefüttert. Wer das anzweifelt, der kann nicht alle Tassen im Schrank haben! Das ist doch Ihr Vorwurf.“

Es würde die Richtung dieses Buches verändern, wenn diesen Vorgängen nachgegangen werden sollte. Die kritischen Kommentare müssen deshalb einfach nur erwähnt werden. Die Gemeinsamkeit aller Vorgänge, bei denen als Verschwörungstheorien bezeichnete alternative Erklärungsansätze diskutiert werden, sind offene Fragen, auf die vorschnelle Antworten gegeben werden. Wenn die Mächtigen wirklich das Ziel hätten, die Bevölkerung vollständig zu informieren, könnten sie auf diese Fragen eingehen. Werden sie aber beiseite gewischt, ist das ein Indiz für eine unrichtige offizielle Erklärung. Man sollte dann nicht die Zweifler beschuldigen, sondern die Staatsmacht, die der Öffentlichkeit eine vollständige Information schuldig ist.

Wuhan

Auch die kritischen Geister, die vor dem Hintergrund des neuartigen Corona-Virus, das Ende 2019 im chinesischen Wuhan registriert wurde, haben die Politiker und die Mainstream-Medien schnell als Verschwörungstheoretischer diffamiert. Im Gegensatz zum 11. September, wo Andreas von Bülow mit seinen kritischen Fragen faktisch allein war, habe sich hier viele fachkompetente Personen vernetzt. Auf das Corona-Thema soll aber in einem eigenen Kapitel eingegangen werden.

Der merkwürdige Zufall, dass das Covid-19-Virus erstmals im chinesischen Wuhan festgestellt wurde, wo sich die weltgrößte virologische Forschungseinrichtung und das chinesische Entwicklungszentrum für biologische Waffen befindet, wurde lange Zeit heruntergespielt. Die Vermutung, das neue Corona-Virus könnte im Labor erzeugt und versehentlich freigesetzt worden sein, war nach offizieller Lesart eine Verschwörungstheorie.

Natürlich gab es auch Argumente gegen diese Vermutung. Warum sollte China eine biologische Waffe aus einem ungefährlichen Virus entwickeln. Biowaffen sollen junge und gesunde Menschen befallen, SARS-Cov2 tötet aber Alte und Kranke. Zudem würden die Chinesen, die technisch auf dem aktuellen Stand sind, gefährliche Forschungen wohl kaum in einer Millionenstadt durchführen, wo die Laboranten nach der Arbeit mit der U-Bahn nach Hause fahren. Risikoforschungen gehören in abgelegene Gebiete, wo auch das Personal isoliert werden kann. Weitere Spekulationen sollen hier nicht angestellt werden.

Die spontane Antwort mit dem Vorwurf einer Verschwörungstheorie könnte aber auch ein Mittel zur Verhinderung kritischer Nachfragen durch Einschüchterung der potentiellen Kritiker gewesen sein.

Die britischen Zeitungen The Telegraph, Daily Mail, The Sun, The Guardian und das amerikanische Magazin Newsweek berichteten Anfang Oktober 2021 über im September durchgesickerte Dokumente eines Zuschussantrags an die DAPRA (Defense Advanced Research Projects Agency), die den US-Verteidigungsministerium untersteht. In der Vergangenheit wurden des Öfteren Forschungsprojekte für biologische Waffen, die in den USA verboten sind, mit DAPRA-Förderung an das Wuhan Institute of Virology ausgelagert. Der Antrag wurde vom Präsidenten der bestens vernetzten Gesundheits-Lobby-Organisation „EcoHealth Alliance“ Peter Daszak auch im Namen des Wuhan Institute of Virology (WIV), der University of North Carolina und Duke National University of Singapore eingereicht. Das Ziel war, genetische Daten eng verwandter Virenstämme zu mischen und völlig neue Viren zu züchten. Es macht dann Sinn, diese „gain-of-function“-Forschung an einem ungefährlichen Virus auszuprobieren, um später mit dem erlangten Wissen dann gefährliche Viren zu Biowaffen umbauen zu können. Das zentrale Argument der Gegner der Labor-Theorie wäre damit entkräftet.

Der Zuschussantrag wurde 2018 abgelehnt. Man kann die Frage stellen, ob das Projekt vielleicht aus einer anderen Quelle finanziert wurde, vielleicht von der chinesischen Regierung. Die Wuhan-Wissenschaftler haben immer wieder bestritten, Sars-CoV-2 im Labor erzeugt zu haben. Die Wuhan-Datenbank der Virusstämme wurde aber 18 Monate vor dem Covid-Ausbruch vom Netz

genommen. Eine Feststellung, an welchen Viren das Institut arbeitete oder welche Viren es neu erstellte war dann nicht mehr möglich.

Zu den Hintergründen wird auch eine Analyse von Gunar Jeschke von der Wochenzeitung Freitag zur Vernetzung der verschiedenen Akteure empfohlen. (<https://www.freitag.de/autoren/gunnar-jeschke/netzwerken-fuer-fortgeschrittene>) Er beleuchtet die Verbindungen zwischen dem Pentagon (genauer, der DARPA; die Eigenständigkeit der Agentur erschwert die parlamentarische Kontrolle der Gelder) und dem WIV, bei dem die EcoHealth Alliance und ihr Präsident Peter Daszak eine zwielichtige Rolle spielt. Wegen seiner guten Vernetzung auch mit der WHO wurde ausgerechnet Peter Daszak mit den Ermittlungen zum Ursprung des Virus beauftragt; der Bock wurde zum Gärtner gemacht. Von den Mainstream-Medien hat sich nur n-tv kritisch mit seiner Person und seiner Rolle beschäftigt. (<https://www.n-tv.de/panorama/Peter-Daszak-der-befangene-WHO-Ermittler-article22383822.html>).

Anfang Juni 2022 veröffentlichte der Molekularbiologe Günter Theißen die von ihm zusammengetragenen Fakten zu der Frage „Wie plausibel ist die Hypothese, dass SARS-CoV-2 künstlich in einem Labor erzeugt wurde?“ in einem Buch. Trifft die Annahme zu – worauf vieles hindeutet –, dann würde die gesamte Pandemie nicht, wie von den Mainstream-Medien verbreitet, durch eine Laune der Natur ausgelöst worden sein, sondern durch menschliches Versagen bei gefährlichen Forschungen – oder sogar absichtlich. Multipolar veröffentlicht Auszüge aus dem Buch auf <https://multipolar-magazin.de/artikel/woher-kam-das-coronavirus>.

Menschen per Nano-Chips steuern?

Lange wurden Aussagen von Corona-Maßnahmen-Kritikern, mit den Corona-Impfstoffen sollten Menschen Chips eingepflanzt werden, mit denen sie ferngesteuert werden könnten, als reine Science-Fiction-Phantasie abgetan. Es konnte sich niemand vorstellen, wie das technisch möglich sein sollte.

Am 05.06.22 erörtere der Blogger Peter Frey aus Dresden die Frage „Menschen per Nano-Chips steuern?“ Er fragte, „... wie wirklichkeitsnah Spekulationen sind, nach denen an Nano-Chips geforscht wird, um mittels dieser menschliches Verhalten zu steuern. Albert Bourla, Direktor des Pfizer-Konzerns, dessen Kapitalgeber sich wiederum eine goldene Nase an ‚Corona-Impfstoffen‘ verdienen, konnte uns diese Frage beantworten - und zwar mit Ja. Der Wille für das im Grunde Undenkbare ist also da und die technischen Möglichkeiten für so etwas längst gegeben (15.03.2010; Nanowerk; Michael Berger; Future bio-nanotechnology will use computer chips inside living cells; <https://www.nanowerk.com/spotlight/spotid=15292.php> + 02.05.2022; Nanowerk; Michael Berger; Inserting mechanical drugs into living cells; <https://www.nanowerk.com/spotlight/spotid=60530.php>, zitiert nach <https://peds-ansichten.de/2022/06/nano-chips-pfizer-albert-bourla-zdf/>)

Anfang 2022 ist eine Aussage von Pfizer-Direktor Albert Bourla in einer Diskussionsrunde des Weltwirtschaftsforums von Davos (WEF) von 2018 aufgetaucht. Dort sagte er: „Stellen Sie sich einen biologischen Chip vor, der in einer Tablette enthalten ist, die, wenn sie geschluckt wird, in den Magen gelangt und ein Signal aussendet. ... Stellen Sie sich die Anwendungen vor, die Möglichkeit, Menschen zu lenken. ... Was auf diesem Gebiet geschieht, ist

faszinierend.“ (18.01.2022; WEF-Treffen; Albert Bourla at World Economic Forum 2018 is Excited About Electronic Compliance Pills; <https://www.youtube.com/watch?v=1NR1b2NmD4A>, zitiert nach <https://peds-ansichten.de/2022/06/nano-chips-pfizer-albert-bourla-zdf/>) Damit ist natürlich nicht nachgewiesen, ob die Corna-Impfstoffe solche Chips enthalten. Auf <https://www.prof-mueller.net/corona/impfung/risiken/> unter der Überschrift „Giftcocktail: Spanischer Forscher findet Graphenoxid im Impfstoff von BioNTech / Pfizer“ hat der Verfasser über einen Laborbefund aus Spanien berichtet.

Bei den mRNA-Impfstoffen „...verwendet man Nanolipide als Trägermaterial, um die synthetisch hergestellte mRNA in die menschlichen Zellen einbringen zu können. ... Es ist also extremst dünn. Seit Jahren forscht man an den elektrischen Eigenschaften des Materials, um es für die Halbleiterindustrie einsetzen zu können (07.12.2015; Nature; N.I. Verbitskiy, A.V. Fedorov, G. Profeta und weitere; Atomically precise semiconductor-graphene and hBN interfaces by Ge intercalation; <https://www.nature.com/articles/srep17700> + 24.01.2013; American Chemical Society; Xianjie Liu, Alexander Grüneis, Danyy Haberer und weitere; Tunable Interface Properties between Pentacene and Graphene on the SiC Substrate; <https://pubs.acs.org/doi/10.1021/jp3103518>). Auch soll sich sein Einsatz als Antennenmaterial anbieten. Wir wissen ja, dass Antennen zum Senden und Empfangen von Informationen, von Daten dienen (19.05.2015; Welt der Physik; Nora Kusche; Antennen aus gepressten Graphen; <https://www.weltderphysik.de/gebiet/technik/news/2015/antennen-aus-gepresstem-graphen/>).“ (<https://peds-ansichten.de/2022/06/nanopartikel-graphenoxid-pfizer-gefahren/>)

Lobbyismus

Die Erkenntnis, dass Interessenvertreter insbesondere von wichtigen Wirtschaftszweigen, einen großen Einfluss auf Politiker ausüben, kann nicht als Verschwörungstheorie abgetan werden; dafür ist der Einfluss der Lobbyisten zu offensichtlich. Es fallen Einem viele Beispiele ein, wie die Waffen-Lobby in den USA, die trotz viele Amokläufe an Schulen eine Verschärfung des Waffenrechts verhindert, oder die deutsche Autolobby, die gegen eine Reduzierung der Abgase arbeitet. Und es gibt viele Lobbys, von den Bauern bis zu den Banken. Der Bürger hat immer mehr den Eindruck, dass auf den globalisierten Weltmärkten die Gewinne den Investoren zufließen, die Verluste aber an die Steuerzahler weitergereicht werden.

In 2009 platzte in den USA eine Spekulationsblase mit riskanten Immobilienkrediten und führte über den Zusammenbruch der Investment Bank Lehman Brothers zu einer internationalen Finanzkrise, in der zur Verhinderung eines Zusammenbruchs des Finanzsystems mit Unsummen an Steuergeldern weltweit Banken gerettet werden mussten. Der Verfasser formulierte 2011 in seinem Lehrbuch „Investitionsrechnung, Finanzplanung, Finanzinstrumente“ auf Seite 157 f. zu den dort eingesetzten Finanzinstrumenten:

Asset Backed Securities (ABS) haben in der Finanzkrise einen schlechten Ruf erlangt, weil sie auch zur Verbriefung von Immobilienkrediten benutzt wurden. Hier bestand schon das Problem, dass die langen Laufzeiten der Immobilienkredite mit ABS mit mittleren Laufzeiten refinanziert wurden. Neben dem

Fristigkeitsproblem kam hinzu, dass ein Teil der verbrieften Kredite notleidend war, dass die Kunden die vereinbarten Raten also nicht gezahlt haben. Damit haben die Immobilien-ABS einen deutlich spekulativeren Charakter. Die Finanzkrise wurde ausgelöst, weil die Forderungsausfälle ein unerwartetes Ausmaß angenommen hatten.

Ein sehr spekulatives Segment von Immobilienkrediten sind nonperforming loans (NPL), die teilweise über besondere Special Purpose Entities (SPEs) auf dem Kapitalmarkt verwertet werden. Hier ist offen, wieviel aus den Kunden oder den Sicherheiten erzielbar ist, und wieviel Verlust verbleibt. Grundsätzlich wären diese nur mit großen Abschlägen verkäuflich. Im Herbst 2004 verkaufte die Hypo Real Estate Bank (HRE), die 2009 vom Staat mit über 100 Mrd. € gerettet werden musste, ein Forderungspaket von ca. 3 Mrd. € an Finanzinvestoren. (o.V. Immobilienkrise - Das Schnäppchen mit den faulen Krediten, Süddeutsche Zeitung v. 17.09.2004)

Das Marktsegment der NPL-ABS kann zurückhaltend als undurchsichtig bezeichnet werden. (Leo Müller, Die Lehman-Lüge, <http://www.capital.de/politik/100023953.html>, 05.08.09, eingesehen am 11.02.11) Es macht bei genauer Betrachtung keinen Sinn, notleidende Forderungen an Finanzinvestoren zu verkaufen, die bei voller Kenntnis von dem Problem aber ohne Detailwissen über den wirtschaftlichen Hintergrund der Kreditnehmer nur einen sehr geringen Preis zahlen würden. Es gibt Grund zu dem Verdacht, dass diese notleidenden Kredite nur formal an Finanzinvestoren verkauft

werden. Anschließend würden danach die Käufer Chancen und Risiken aus diesen Transaktionen über Derivate abspalten und an eine SPE des Verkäufers weiterreichen. Da wegen des sehr niedrigen Marktpreises der notleidenden Forderungen praktisch kein Risiko besteht, erwirbt der ursprüngliche Verkäufer der Forderungen die unrealisierten Gewinne aus der Realisierung der Forderungen zurück. Der Finanzinvestor erhält im Ergebnis eine Provision aus einem für ihn risikolosen Geschäft.

Während der Verkäufer der Forderung den scheinbar realisierten Verlust aus dem Verkauf der Forderungen im Inland steuerlich geltend macht, hat die SPE, die mit den Derivaten die unrealisierten Gewinne erwirbt, ihren Sitz regelmäßig in einer Steueroase. (U. Reiffner, (Institut für Finanzdienstleistungen – Universität Hamburg) „Scheinverkäufe von Krediten“ - Dient der Kreditverkauf von Banken über das Ausland auch dazu, künstliche Verluste zu generieren um Steuern zu sparen? - Anwälte beschreiben ein Verkaufssystem., <http://news.iff-hh.de/index.php?id=1976&viewid=40294>, 26.09.07, eingesehen 11.02.11)

Es gab Gerüchte unter Bankern, dass auch die HRE ihre faulen Immobilienkredite, die nach der Veröffentlichung vom September 2004 in verschiedenen Zeitungen mit Wirtschaftsteil nur noch einen geringen Preis erzielen konnten (unter normalen Bedingungen wären die Verkäufe nach den Veröffentlichungen abgesagt worden) ebenfalls in Steueroasen verschoben hat und Verluste nur für die Steuer und für die Börse realisiert hat, um die Gerüchte, die HRE hätte „Leichen im Keller“, zu zerstreuen. Die Schlussfolgerung der

Banker-Gerüchte, dass der alte Vorstand der HRE nach der staatlichen Übernahme diese verdeckte Transaktion wahrscheinlich nicht offengelegt habe, ist logisch nachvollziehbar. Damit wäre aber auch das Wissen um die schwarzen Kassen einschl. der Zugangsdaten für die Konten in der Steueroase nicht weitergegeben worden. Wenn die dann nicht auf den Namen der HRE sondern auf den von Strohleuten geführt wurden, hätten diese die Konten einige Monate nach dem Führungswechsel im Bankvorstand leerräumen können. Natürlich ist auch das nur eine Verschwörungstheorie! Von Cum-ex wissen wir: Deutsche Banken machen so etwas nicht!

Einen besonders guten Draht zur Politik hat seit Jahrzehnten die Mediziner- und Pharma-Lobby. Ihr Geschäftsmodell ist eine Gelddruckmaschine. Der Arzt entscheidet, welche Behandlung er durchführen und welche Medikamente er verschreiben will. Der Bürger schluckt alles, und die Krankenkasse bezahlt. Und unser Gesundheitssystem wird immer teurer. 2018 lag Deutschland bei den Kosten mit 11,2 % des Bruttoinlandsprodukts (= Wirtschaftsleistung) weltweit auf Platz 3, hinter der Schweiz (12,2 %) und den USA 16,9 %. 2015 war es mit 11,0 % noch Platz 5, hinter Schweden (11,0 %), Schweiz (11,1 %), Niederlande (11,1 % - jetzt mit 9,9 % nur noch Platz 11! hoffnungslos unterversorgt?) und den USA (16,4 %). Der Durchschnitt der OECD-Länder lag bei 8,8 % (2018) bzw. 8,9 % (2015). (OECD 2019, Health at a Glance 2019: OECD Indicators, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/4dd50c09-en>. S. 153) 1970 waren es in der alten BRD noch 5 %. Es gab immer wieder Kostensenkungsprogramme mit immer höheren Zuzahlungen für die Versicherten. Die Medizinindustrie konnte ihre Profite aber sichern.

Auch Corona war in erster Linie eine Marketing-Kampagne, und die Branche hat Umsatz gemacht. In dem Kapitel „Corona und die Pharma-Lobby“ wird näher darauf eingegangen.

NGOs, Stiftungen und internationale Organisationen

Die Einflussnahme findet nicht nur auf der Ebene Lobbyisten - Politiker; es soll auch die öffentliche Meinung beeinflusst werden. Auch sucht sich die Politik gern „Fachleute“, hinter deren Expertise sie sich gern verstecken möchte. Es wird gern der Begriff „Zivilgesellschaft“ verwendet, als wenn der Rest der Gesellschaft aus Militärangehörigen bestehen würde.

Der Begriff der „non-governmental organization“ suggeriert Regierungsferne oder gar eine regierungskritische Haltung. Das Gegenteil ist aber richtig. Ein Ansatz für die Tarnung staatlicher Aktivitäten ist die Gründung gemeinnütziger Vereine, die dann eine staatliche Förderung erhalten. Gelegentlich werden sie auch Ministerialbeamten gegründet und geleitet. Mindestens stehen sie den Regierungsparteien nahe, was sich natürlich nicht ausschließen muss. Neben der Gründung durch die Regierung kann auch ein oder mehrere Unternehmen als Gründer und Sponsor auftreten. Das setzt eine gewisse Nähe zwischen der Branche des Sponsors und dem Vereinszweck voraus. Würde ein Verein für gesundheitliche Aufklärung von der Pharmaindustrie unterstützt, wird dieser wohl nicht vor intensivem Medikamentenkonsum warnen. Das würde ein mit der Pharmalobby vernetztes Gesundheitsministerium auch nicht! Ideal für die spendablen Unternehmen

wäre, wenn man Experten für die Nicht-Regierungsorganisation gewinnen könnte, die dann den zuständigen Politikern als Vertreter der herrschenden Meinung präsentiert werden könnten. Einen Großteil der Diffamierung kritischer Fragen als Verschwörungstheorie wird dann auch den regierungsnahen Nichtregierungsorganisationen überlassen.

Eine Möglichkeit zur Verschleierung von Hintermännern ist die Gründung von Stiftungen, sofern Strohleute als Stifter auftreten. Die von ihnen eingesetzten Treuhänder würden formal fremde Interessen vertreten. Umgekehrt ist es auch möglich, dass die Stifter offen auftreten. Das macht aber nur dann Sinn, wenn der Zweck der Stiftung keine Berührungspunkte mit dem Unternehmen des Stifters hat. Natürlich soll auch hier Einfluss genommen werden. Wenn ein Mäzen ein Museum sponsert, dann möchte er den Ankauf von Kunstwerken fördern, die seinem Geschmack entsprechen. Andere Kunstrichtungen würden dann von den Museumsbesuchern nicht zur Kenntnis genommen, und evtl. auch nicht als Kunst anerkannt.

Eine Möglichkeit, eine Politik durchzusetzen und gleichzeitig die politische Verantwortung abzuschieben ist die Einsetzung einer Expertenkommission. Die Regierung Schröder hatte eine Kommission zur Reform der Sozialsysteme unter den VW-Personalvorstand Peter Hartz eingesetzt, an der auch Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften beteiligt wurden. Die Vorschläge der Experten, worauf die Regierung mit ihrer Auswahl Einfluss genommen hat, sollten dann originalgetreu umgesetzt werden. Sein Name blieb in „Hartz-IV“ erhalten, Peter Hartz machte später aber keine politische Karriere, weil er aus ziemlich dilettantisch geführten schwarzen Kassen Betriebsräte mit

Dienstleistungen von Prostituierten bestochen hat. Dafür wurde er wegen Untreue verurteilt, obwohl erpressbare Betriebsräte sicher im Interesse des VW-Konzerns waren und er das Geld der schwarzen Kassen nur für diesen Zweck ausgegeben hat.

Schließlich kann sich eine Regierung für „nicht zuständig“ erklären, was sich auf den ersten Blick überraschend anhört. Dann muss aber die zuständige Institution benannt werden, und das können dann internationale Organisationen wie die WHO, die EU oder die NATO sein. Das muss ein souveräner Staat aber begründen. Zunächst wird dargestellt, dass ein Problem zu groß sei, dass es von einem Land allein gelöst werden könne, und dass die Welt gemeinsam handeln müsse. Dann müssen aber auch die Länder ausgegrenzt werden, die sich dieser gemeinsamen Politik nicht anschließen wollen. Das erhöht dann wieder den Druck nach innen, denn eine Regierung will das eigene Land schließlich international nicht isoliert sehen. Die Mächtigen in diesen Organisationen wurden aber von niemandem gewählt, sind keinem Parlament verantwortlich und ihnen sind die Interessen der einzelnen Menschen ziemlich egal.

Regierungen haben oft das Problem, gegen die Interessen oder mindestens gegen den Willen des Volkes handeln zu wollen, aber in einer Demokratie von der Zustimmung des Volkes abhängig zu sein. Die Standardsituation dieses Widerspruchs ist die Einschätzung der Regierung, dass unpopuläre Maßnahmen nötig seien, und das Volk davon überzeugt werden müsse. Natürlich kann es auch unlautere Motive geben. Wenn dann eine Regierung glaubt, schnell handeln zu müssen, muss das Volk manipuliert werden.

Die wichtigste Manipulationstechnik ist die Verbreitung von Angst. Würde es wirklich eine Gefahr geben, würde man beruhigend auf die Menschen einwirken, um eine Panik zu verhindern. Wenn dagegen eine Panik geschürt wird, ist das ein klares Anzeichen dafür, dass es in Wirklichkeit keine Gefahr gibt. In der Corona-Hysterie hat die Bundesregierung bis Ende Februar 2020 beschwichtigt. Das muss dann also die Zeit gewesen sein, in der sie es vielleicht wegen des „Wuhan Institute of Viriology“ und des Auftretens eines neuartigen Virus in eben dieser Stadt für möglich hielt, dass ein wirklich gefährliches Virus im Umlauf wäre. Als einerseits die Pharmaindustrie die Entwicklung eines Gentechnik-Impfstoffs in Rekordzeit versprach und sich andererseits die relativ geringe Gefahr herausgestellt hat, begannen die Regierungen weltweit mit der Verbreitung von Panik.

Eine andere Manipulationstechnik ist, Hass zu verbreiten. Opfer können homogene Gruppen sein, um sie als Sündenböcke zu missbrauchen. Es können auch Individuen sein, die den falschen Glauben oder die falsche Meinung haben und einen schlechten Einfluss auf die Menschen haben können. Dafür müssen die Menschen aber ausgegrenzt werden. Dazu muss die Regierung aber die Medien kontrollieren und davon überzeugen, dass die auszugrenzende Gruppe eine Gefahr darstelle. Diese Manipulationstechnik kann also nur längerfristig wirken, weil Hasstiraden direkt vor einer Ausgrenzung zu einer Solidarisierung führen können.

Bei einer Kontrolle der Medien kann ein Rollenspiel aufgeführt werden, bei dem die Regierung harte Maßnahmen beschließt, die gegen die Interessen der

Menschen verstoßen, und die Medien dies als nicht ausreichend kritisieren und noch härtere Maßnahmen fordern. Damit werden die Menschen dazu gebracht, die Politik der Regierung zu unterstützen, um die von den Medien geforderte noch schlimmere Politik zu verhindern. Natürlich sind auch die in diesem Abschnitt beschriebenen Vorgehensweisen böswillige Verleumdungen und Verschwörungstheorien.

Machtstrateg(i)en

Wer sich dieser Machtstrategien bewusst wird, vermutet hinter ihnen dunkle Mächte, vom Schlage eines James-Bond-Bösewichts, der die Weltherrschaft an sich reißen will. In diesem Zusammenhang wird immer wieder der Name Bill Gates erwähnt. Würde man den Namen des ungarisch-stämmigen Milliardärs George Soros nennen, wäre der Antisemitismus-Vorwurf sofort präsent. Wikipedia schreibt über ihn: „Er betreut viele Fonds und unterstützt mit seinem Vermögen über seine Stiftungen, die Open Society Foundations, unter anderem Bürgerrechtsbewegungen, Bildungseinrichtungen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) für Menschenrechte und andere wohltätige Zwecke. Seit etwa 1990 ist er antisemitischen Verdächtigungen und Verschwörungstheorien ausgesetzt.“ Wegen seiner Religionszugehörigkeit darf also an seinem Heiligenschein nicht gekratzt werden. Auch weitere Namen sollen hier nicht erwähnt werden, weil der Verfasser deren Religionszugehörigkeit nicht kennt. Würden diese Menschen in Russland leben, würde man sie Oligarchen nennen.

Wenn man sich die Äußerungen von Bill Gates nach der Gründung seiner Stiftung ansieht, dann scheint diese Erklärung zu kurz zu greifen. Er gab sich als „Gutmensch“, was nicht gleichbedeutend mit einem guten Menschen ist. Gut gemeint ist das Gegenteil von gut gemacht! Er gab an, weltweit alle Menschen vor Krankheiten schützen zu wollen. Wenn man bedenkt, dass in Europa teilweise über 100.000 € von den Krankenversicherungen für eine lebensrettende Operation aufgewendet werden und in Afrika Kinder sterben, weil sich ihre Familien ein Antibiotikum für 10 € nicht leisten können, dann muss man eine deutliche Schiefelage feststellen. Auch sein zweites verkündetes Ziel, das Bevölkerungswachstum stoppen zu wollen, ist grundsätzlich nicht zu kritisieren. Am 01.08.19 hielt der damalige Aufsichtsratsvorsitzende des Fußballclubs Schalke 04, Clemens Tönnies in seiner Eigenschaft als Unternehmer eine Rede bei der Festveranstaltung zum Tag des Handwerks in Paderborn und sagte u.a. „Ich bin in Sambia gewesen, dort gibt es 14,6 Kinder pro Pärchen. Ja, was machen die, wenn's dunkel ist?“ Darauf erlebte Tönnies einen Shitstorm. Bill Gates musste sich nur den logischen Widerspruch vorhalten lassen, dass die geretteten Kinder als Erwachsene auch Kinder hätten, und das Bevölkerungswachstum beschleunigen würden. Für die mancherorts geäußerte Vermutung, Bill Gates wolle mit Hilfe von Impfungen nebenbei die Frauen unfruchtbar machen, gibt es neben der Praktikabilität dieser Maßnahme zur Erreichung beider Ziele aber keinen stichhaltigen Beleg.

Die Vermutung, dass sich reiche Gutmenschen zwar vernetzen mögen, dass sie aber auch dann ihre gut gemeinten Absichten nicht zu Ende denken und wohl gar nicht die Absicht haben, die Welt zu beherrschen, ist vielleicht naheliegender. Es bleibt dann nur die Volksweisheit: „Geld regiert die

Welt!“ Große globalisierte Unternehmen, bei denen auch die Oligarchen ihr Geld investiert haben, nehmen Einfluss auf die Politik, um ihre Profite zu steigern. Wenn der Staat potentiell bereit ist, Unmengen an Impfstoffen zu bestellen, dann wird die Pharmaindustrie die Politiker in ihrer Absicht bestärken. Wenn es politische Rivalitäten zwischen Staaten gibt, dann wird die Rüstungsindustrie den Politikern Waffen verkaufen und im Fall eines Krieges dürfte sich die Nachfrage sprunghaft erhöhen. Wer hat also ein Interesse an einem Krieg?

Die angeblichen Verschwörungstheoretiker werden also keine mit Namen benennbaren Oligarchen finden, denen sie konkrete Absprachen vorwerfen könnten, mit denen die Welt ins Verderben gestürzt werden soll. Ernstzunehmende Regierungskritiker suchen deshalb auch nicht danach. Natürlich wird es immer wieder koordinierte Einzelaktionen geben, mit denen geschickt eine Marketing-Kampagne eingefädelt wird, und bei denen man dann später in ein paar Einzelfällen mit dem zeitlichen Ablauf auch manipulative Absichten belegen kann. Verschwörungen zur Übernahme der Weltherrschaft wären das aber nicht. Mit dem Unwort „Verschwörungstheorie“ sollen die Kritiker, die solche Einzelaktionen mit Daten belegen, lediglich diskreditiert werden. Es sind also wohl nicht einzelne Oligarchen, die die Welt lenken. Vielmehr erzeugt die Vernetzung von Wirtschaft und Politik Machtstrukturen, die sich der Kontrolle des Volkes entziehen. Es sind anonyme Mechanismen, bei denen man eine persönliche Verantwortung von Einzelpersonen nicht festmachen kann. Sicher sind auch Personen wie Bill Gates Teil dieser Netzwerke.

Recht des Stärkeren, oder Stärke des Rechts

In der Natur folgt die Schafherde dem Leithammel. Wer den Machtstrategien der Machtstrategen eine echte Demokratie entgegenstellen will, muss verstehen lernen, wie Gesellschaften gesteuert werden.

Schwindender Rückhalt

Bei der Bundestagswahl 2021 haben sich 23.609.766 Wahlberechtigte = 38,6 % als Nichtwähler, mit ungültigen Stimmen, mit der Wahl kleiner Parteien oder der von den übrigen Parteien ausgegrenzten AfD den das aktuelle politische System tragenden Parteien verweigert. Die Regierungsparteien erhielten nur 39,4 % und die regierungstreuen Oppositionsparteien 26,1 %. Die Zahlen verteilen sich wie folgt:

	Wahlberechtigte	Anteil
Nichtwähler	14.329.469	23,4%
ungültige Stimmen	419.317	0,7%
Parteien < 5 %	4.058.883	6,6%
AfD	4.802.097	7,9%
regierungsfern zusammen	23.609.766	38,6%
Regierungsparteien	24.114.669	39,4%
regierungstreue Opposition	13.443.799	22,0%

Am 26.01.2022 sagte der Abgeordnete Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE) im Bundestag: „Statt einer Impfpflicht benötigen wir deutlich mehr Vertrauen; sonst wird die Demokratie immer mehr Schaden nehmen. 23,4 Prozent Nichtwählende, 10,3 Prozent AfD-Wählende, und 8,7 Prozent wählten bewusst Parteien, die nicht in den Bundestag einziehen – sie alle, alle diese Gruppen, sind fertig mit der etablierten Politik, und zwar von der CSU bis einschließlich der Linken. Darüber müssen wir uns sehr viel mehr Gedanken machen. 37,5 Prozent [Gysi hat die ungültigen Stimmen nicht berücksichtigt und diesen Wählern Schusseligkeit statt politische Absichten unterstellt; Anmerkung des Verfassers] der Bevölkerung vertrauen der etablierten Politik

nicht mehr. (Tino Chrupalla [AfD]: Zu Recht!) ... Wir müssen uns wesentlich mehr Gedanken machen, wie man Vertrauen herstellen kann: durch eine allgemeinverständliche Sprache [z.B. statt des auch vom Abgeordneten Gysi verwendeten Gender-Kauderwelschs; Anmerkung des Verfassers], durch die Angabe der wahren Beweggründe für Entscheidungen [z.B. die Profitinteressen der Pharmaindustrie; Anmerkung des Verfassers], durch die Überwindung des gesamten Lobbyismus und vor allem durch deutlich mehr Ehrlichkeit. (Beifall bei der LINKEN)“ (zitiert nach dem Plenarprotokoll)

Man muss allerdings bei allem Lob für diese Selbstkritik anmerken, dass die Analyse der Ursachen, warum „alle diese Gruppen, .. fertig mit der etablierten Politik ...“ sind, noch deutliche Lücken aufweist. Bei einer vom SWR in Auftrag gegebenen und Anfang April 2022 veröffentlichten Umfrage fällten ca. 30 % der Befragten ein verheerendes Urteil über das politische System in Deutschland. So bejahten etwa 31 % der Befragten die Aussage „Wir leben in einer Scheindemokratie, in der die Bürger nichts zu sagen haben.“ 28 % der Teilnehmer gaben an, dass das demokratische System in Deutschland „grundlegend geändert“ werden müsse. Im Osten war sogar fast die Hälfte der Bürger (45 %) der Meinung, in einer Scheindemokratie zu leben.

Wie funktioniert Gesellschaft?

Die Demokratie ist keine natürliche Herrschaftsform; in der Natur herrscht das Recht des Stärkeren! Die Demokratie muss von den Schwachen immer wieder

neu gegen die Stärkeren erkämpft und verteidigt werden. Dafür sollte man zunächst verstehen, wie menschliche Gesellschaften funktionieren.

In Tierherden wird nicht diskutiert. Alle Schafe folgen dem Leithammel. Diese Funktion muss dann aber vergeben werden. Das in der Natur herrschende Recht des Stärkeren basiert auf der Evolution und dem Paarungsverhalten der Säugetiere und Vögel. Die paarungsbereiten Weibchen entscheiden sich für dominante Männchen, und die Männchen tragen Kämpfe um die Weibchen aus, um ihnen ihre Dominanz zu beweisen. Die Politik ist damit - frei nach Bismarck - die Fortsetzung der Hahnenkämpfe mit anderen Mitteln. Nur wollen die gockelhaften Politiker die Wähler beeindrucken, und nicht die Hennen. Bei pflanzenfressenden Herdentieren sind Machtkämpfe zunächst ein Kampf um die Weibchen, und damit ums Revier. Unterlegene Männchen werden dann auch von den Futterplätzen vertrieben. Bei in Rudeln lebenden Jägern werden aber alle Tiere, auch die unterlegenen Männchen für die gemeinsame Jagd gebraucht.

Der Mensch hat allerdings keine Krallen und nicht das Gebiss eines Raubtieres. Sein Magen kann rohes Fleisch nur schwer verdauen. Erst nachdem der Mensch gelernt hat, das Feuer zu beherrschen und Werkzeuge herzustellen, kann er sich zum Jäger entwickelt haben. Deshalb müssen sich die Instinkte von Pflanzenfressern und Raubtieren in seiner DNA vermischt haben. Männliches Dominanzverhalten ist Teil der Natur aller Säugetiere, also auch der Menschen. Es ist deshalb auch kein Produkt einer patriarchalen Gesellschaft; es ist viel älter.

Bei Vierbeinern werden die Föten von der Buchmuskulatur der trächtigen Weibchen gehalten. Diese haben bis kurz vor der Geburt keine erkennbaren Einschränkungen. Beim aufrechten Gang der Menschen drückt der Fötus aber auf den Beckenknochen der Frau. Körperliche Anstrengungen während der Schwangerschaft erhöhen das Risiko von Fehlgeburten. Schon beim Homo Erectus müssen also jene Sippen mehr Kinder gehabt haben, in denen die schwangeren Frauen von den Männern von körperlichen Anstrengungen entlastet wurden. Die Menschen mussten also komplexere Gesellschaften entwickeln, um in der Evolution bestehen zu können. Ob die Fürsorge der Männer für die Frauen schon in der Altsteinzeit als Selbstlosigkeit in romantischer Liebe erfolgte, ob die Männer damit die Frauen in ein Abhängigkeitsverhältnis gebracht haben und/oder ob sich damit die Prostitution (Tausch von Nahrung gegen „tätliche Dankbarkeit“) entwickelte, wird sich heute nicht mehr feststellen lassen.

Das Recht des Stärkeren wird auch in der Altsteinzeit gegolten haben, als die Menschen als Jäger und Sammler gelebt haben. Es wird aber einen langsamen Prozess gegeben haben, in dem neben der Körperkraft auch die Klugheit ein Merkmal von Stärke wurde. Die geschlechtsbezogene Arbeitsteilung und ein sich daraus ergebendes Rollenverhalten wären ebenfalls ein Erbe der Steinzeit, das sich danach durch die Jahrtausende erhalten hat.

Als die Menschen von Jägern und Sammlern zu Ackerbauern und Viehzüchtern wurden, blieben ihre Instinkte und ihr Sozialverhalten wahrscheinlich gleich. Allerdings wuchsen die Gemeinschaften in den Dörfern an und es wäre selbstzerstörerisch gewesen, die Führungsrolle immer wieder

in Machtkämpfen zu erringen und zu verteidigen, z.B. als Bürgermeisterwahl per Massenschlägerei. Weiter begriffen die Menschen, dass viele Schwache stärker sind als wenige Starke. Die Anführer mussten die Mehrheit dazu bringen, ihre Führungsrolle zu akzeptieren und sie von Revolten abzuhalten. Zunächst dürfte das mit einer klugen Führung und guten Argumenten passiert sein.

Mit Sicherheit war es aber auch keine friedliche Zeit. Die Dörfer mussten sich auch auf Überfälle rivalisierender Nachbarn oder Raubzüge umherziehender Horden einstellen. Größere Dörfer waren wehrhafter als kleine, erforderten aber auch mehr Integrationskraft der Anführer. Irgendwann waren sicher Grenzen erreicht, und sie brauchten dann einen Machtapparat.

Wegen der Notwendigkeit des Aufbaus eines Machtapparats werden sich in einer Art „Evolution der Gesellschaften“ aggressive Anführer, die ein Militär aufbauten um andere Dörfer zu überfallen statt selbst zu arbeiten, als effektiver durchgesetzt haben. Sie konnten ihren Machtapparat dann auch nach innen richten und ihre Macht durch Unterdrückung sichern.

Bauernhöfe und Handwerksbetriebe wurden schon immer in der Familie vererbt. Die Kinder erwarben das nötige Wissen von ihren Eltern. Dann war es völlig logisch, dass auch die Führungspositionen in der Familie vererbt wurden, dass die Prinzen das Herrschaftswissen von den Königen erlernten und von ihnen den Thron erbten. Zusätzlich wurde dieses System von den Religionen gestützt und als gottgewollt gerechtfertigt.

Die Weitergabe der Berufe in den Familien, von Vätern an ihre Söhne, führte zu Klassengegensätzen. Der Schulbesuch war ein Privileg der herrschenden Klassen, und die werktätige Bevölkerung hätte auch nicht das Wissen und die Fähigkeiten mitgebracht, um einen komplexen Staat zu leiten. Erst mit der Einführung der Volksschulen, der Aufklärung und der Entstehung eines Bildungsbürgertums konnten demokratische Systeme die Chance haben, gegenüber der Herrschaft von Adelsfamilien überlegen zu sein.

Diese Idee war aber nicht unumstritten. Noch die beim Wiener Kongress gebildete „Heilige Allianz“ aus Russland, Preußen und Österreich hatte die These vertreten, dass das Volk in der Französischen Revolution gezeigt habe, dass es für die Ausübung der Herrschaft im Staat nicht qualifiziert sei. Es wurde das Konzept des „Landesvaters“ vertreten, der anstelle der unmündigen Landeskinder handeln müsse, aber dabei das Wohl seiner ihm von Gott anvertrauten Landeskinder der alleinige Maßstab sei. Nach diesem Konzept hatten die Landesväter das Recht, ihr Volk zu erziehen. Und die körperliche Züchtigung war eine anerkannte Erziehungsmethode.

Erst seit etwa 250 Jahren wird diese Herrschaft des Adels infrage gestellt. Aber selbst die Gründer der USA, wo es keine Adelsfamilien gab, konnten sich keine andere Staatsorganisation vorstellen als die Führung durch eine Art von König. Für sie war es schon eine Demokratie, wenn die Amtszeit dieses Anführers zeitlich begrenzt wurde, seine Macht von gewählten Volksvertretern (Repräsentantenhaus) und einer Versammlung von Honoratioren (Senat) kontrolliert wurde und er beim Volk beliebt sein musste. Zu diesem Zweck sollten herrschende Cliquen (Parteien) dem Volk Kandidaten vorschlagen, aus

denen es auswählen durfte. Aus der Perspektive des 21. Jahrhunderts müssen sicher höhere Anforderungen an eine demokratische Gesellschaft formuliert werden, als sie in den USA noch immer vorgefunden wird.

Im Gegensatz zu den USA, wo die Etablierung des modernisierten politischen Systems nach dem Unabhängigkeitskrieg ab 1783 friedlich verlief, war das revolutionäre Frankreich ab 1789 unter den Jakobinern eine blutige Herrschaft des Terrors und für die Anhänger der alten Ordnung der Beweis, dass das Volk nicht regieren könne. Der Militärputsch von Napoleon I im Jahr 1799 war ein Kompromiss zwischen dem Absolutismus und der Revolution, denn der neue Alleinherrscher kam aus dem Volk und nahm gesellschaftliche Reformen in Angriff. Er beendete aber auch die Hexenjagd auf die Anhänger der alten Ordnung.

Die faschistischen Regime wie auch das kommunistische Herrschaftssystem verzichteten wie Napoleon auf eine demokratische Fassade. Der Faschismus ist dabei eher aus dem Bonapartismus gewachsen, der das Volk hinter sich versammeln wollte, indem die verschiedenen Interessen unterschiedlicher Milieus vom Anführer ausbalanciert werden sollten, was bei einem erfolgreichen Ausgleich die Bildung von Parteien für ihre Interessenvertretung überflüssig gemacht hätte. Dabei gab es auch Unterschiede. Die NSDAP stützte sich auf Kleinbürger und Bauern, und wurde 1932 stärkste Partei. Die Franco-Diktatur in Spanien wurde von der Kirche und dem Militär getragen und die faschistische Partei erhielt bei der Wahl 1936 nur 0,7 %.

Der sehr von den Fähigkeiten und der Charakterstärke des Anführers abhängige Bonapartismus ist aber auch sehr korruptionsanfällig. Der spanische und der portugiesische Faschismus waren nach 40 Jahren nur noch morsche Staatsorganisationen, deren Zusammenbruch 1973 bzw. 1975 unvermeidbar war.

Der Leninismus wollte die Interessen der Arbeiterschaft über die anderer Milieus stellen. Es war dann für Lenin (aus den Schriften von Marx lässt sich das nicht ableiten) eine Selbstverständlichkeit, dass dann die Parteiführung als herrschende Clique in der Arbeiterpartei (Avantgarde) auch die Führung des Staates zu übernehmen habe. Unter Breschnew verbreitete sich die Korruption auch in der Sowjetunion. Die fehlende Machtkontrolle und das Nicht-Reagieren auf die Lebenswirklichkeit führten dann zum Zusammenbruch des Ostblocks. Gorbatschows Umbau (russisch: перестройка - Perestroika) kam zu spät, um das System noch retten zu können.

Ein ebenso totalitärer Ansatz ist das Konzept des Gottesstaates. Hier steht die Erkenntnis im Vordergrund, dass eine Gesellschaft, in der der Gottesstaat diskutiert wird, durch die Religion geprägt ist und dass eine breite Mehrheit der Bevölkerung die religiösen Gesetze akzeptiert. Daraus wird die Forderung abgeleitet, dass die Führung des Staates dann religiösen Autoritäten anvertraut werden soll, deren Wertvorstellungen die Masse der Bevölkerung auch dann folgt, wenn sie keine politische Macht haben. Wie der Absolutismus, Faschismus und Kommunismus sowie eingeschränkt das Konzept der USA meint auch die Theokratie, dass die Normalbürger für die Ausübung der

Herrschaft im Staat nicht fähig sind, und dass ausgewählte Personen im Interesse der Menschen handeln müssten.

„Meritokratie (von lateinisch meritum, „das Verdienst“, und griechisch κρατεῖν, kratein, ‚herrschen‘) ist eine Herrschaftsform, in der Personen aufgrund ihrer gesellschaftlich bzw. institutionell anerkannten, individuellen ‚Leistungen‘ oder ‚besonderer Verdienste‘ ausgewählt werden, um führende Positionen als Herrscher, sonstige Amtsträger und Vorgesetzte zu besetzen. Im Idealfall nimmt jedes Mitglied der Gesellschaft mit dem Nachweis seines ‚Könnens‘ eine ‚verdiente‘ Position ein.“ (<https://de.wikipedia.org/wiki/Meritokratie>)

Theokratie und Meritokratie haben einen ähnlichen Ansatz. Während die Theokratie nur den Nachweis des richtigen Glaubens und die Kenntnis der religiösen Texte als Qualifikation anerkennt, ist die Meritokratie bezüglich der Art der Verdienste grundsätzlich offen. Während der Feudalismus aus der Abstammung die Fähigkeit zur Staatsführung unterstellt hat, verlangen Theokratie und Meritokratie hierfür Nachweise.

Westliches Demokratieverständnis

Der West-Rest-Gegensatz, also unterschiedliche Interessen und Wertvorstellungen zwischen den USA und ihren Vasallen sowie dem Rest der Welt, wurde bereits unter „Blöcke oder multipolare Weltordnung“ thematisiert.

Dieses Thema kann man aber auch von der machtpolitischen Dimension lösen und in einen moralischen Kontext stellen. Aus westlicher Sicht sind die USA und ihre Vasallen Demokratien, und der Rest der Welt Diktaturen; zumindest sofern diese Länder mit Russland und China kooperieren.

Das westliche Demokratieverständnis fragt danach, ob „Otto Normalverbraucher“ die theoretische Chance hat, zum Präsidenten oder Regierungschef gewählt zu werden. Nach dem russischen und chinesischen Verständnis ist ein Land eine Demokratie, wenn die Interessen von „Otto Normalverbraucher“ durchgesetzt werden und er als Person kein Bedürfnis hat, in die Politik zu gehen um die Verhältnisse zu ändern. Nach dem alternativen Demokratieverständnis hätten sich auch Adolf Hitler und Josef Stalin als Demokraten bezeichnen können, denn Hitlers Ideologie der Volksgemeinschaft definierte nach eigenem Verständnis die Interessen der einfachen Menschen, die sie angeblich verwirklichten. Im Stalinismus musste man lediglich „Volk“ durch „Arbeiterklasse“ ersetzen. Der Westen mit seinem Bekenntnis zu Mehrheitsentscheidungen hat aber ein Argumentationsproblem, wenn die Bevölkerung von Ländern, die dem westlichen Demokratieverständnis nicht folgen, ihre Führung trotzdem mehrheitlich unterstützt. Und man muss auch festhalten, dass Hitler vor 1939 bei einer freien Präsidentenwahl, wenn sie stattgefunden hätte, mit Sicherheit eine Mehrheit bekommen hätte.

Man kann diesen Widerspruch nicht auflösen. Er gibt deshalb allen Grund dazu, dass „der Westen“ seine Überheblichkeit aufgibt und die politischen Systeme aller nicht-westlichen Länder respektiert. Jedes Land muss auch die

Möglichkeit haben, sein politisches System zu verändern. Das darf aber nicht durch die Einmischung des Auslands geschehen. Es ist nachvollziehbar, wenn oppositionellen Kräften in einzelnen Ländern Sympathie entgegengebracht wird, sofern sie die eigenen Vorstellungen teilt. Es besteht dann aber immer die Gefahr, dass aus der Sympathie eine ideelle Unterstützung wird, die sich zu einer materiellen Unterstützung weiterentwickelt, und dann zu einer Steuerung aus dem Ausland wird, die dann meistens ein Auslandsgeheimdienst organisiert. Wenn der dann einen Regimewechsel organisiert, den die Opposition im betreffenden Land nicht herbeiführen kann, entstehen gescheiterte Staaten wie Libyen oder Irak, in denen das einfache Volk stärker leidet als unter einer unbeliebten Regierung.

Die folgenden Anschnitte wurden vor dem Hintergrund westlicher Länder formuliert und sie sind deshalb auf die ganze Welt übertragbar. Die Aufforderung an den Westen, seine Überheblichkeit abzulegen und andere politische Systeme zu respektieren, kann aber kein Hindernis sein, dass die westlichen Länder aus eigener Kraft und ohne ausländische Einmischung ihre politischen Systeme weiterentwickeln und damit verändern. Dann wäre auch nicht ausgeschlossen, dass diese Weiterentwicklung so gut sein kann, dass andere Länder von ihr überzeugt werden könnten. Trotzdem muss der Blick nach innen gerichtet und keine Absicht verfolgt werden eine Kopiervorlage für andere Länder anzufertigen.

Demokratie als Parteienherrschaft

In Europa haben sich im 19. Jahrhundert in sozialen Milieus mit ähnlichen Interessen, z.B. Kirchen, Bauern, Arbeiter, Bildungsbürger, Unternehmer, etc., politische Parteien gebildet. Mit Ausnahme Frankreichs wurden die herrschenden Adelsfamilien vor ihrer Entmachtung langsam von den Parteien zurückgedrängt, weshalb ein Interessenausgleich zwischen den Interessengruppen (= Parteien) in den Parlamenten organisiert werden musste. Die parlamentarischen Demokratien Europas werden deshalb von den Parteien mit Politikern als deren Repräsentanten dominiert, wogegen die Politik der USA von Einzelpersonen geprägt wird und ihre sie unterstützenden Seilschaften im Hintergrund bleiben. Die Parteien bieten dort nur eine Bühne, auf der sich die Politiker präsentieren können. Frankreich, das bis Napoleon III wie die USA auf den Anführer fixiert war, schwenke danach auf das Parteiensystem um.

In Asien und Afrika haben sich die Parteien häufig entlang der Stammes- oder Religionszugehörigkeit gebildet. Auch die stellen Milieus dar, in denen eine gleichgerichtete politische Grundhaltung ihrer Angehörigen unterstellt wird. Das hat dann relativ festgefügte Verhältnisse zur Folge, in denen die Partei des größten Stammes oder der Mehrheitsreligion die Regierung stellt, und die anderen Parteien immer in der Opposition sind. Eine wirksame Kontrolle der Regierungen durch die Parlamente ist so kaum möglich.

Die Parteien haben die Aufgabe, durch ihre Mitglieder eine Verbindung zu der Wählerschaft herzustellen und mit ihnen über die politischen Inhalte zu diskutieren. Dann könne sie auch den Parteivorständen eine Rückmeldung über die Stimmung im Volk erstatten. Diese Funktion würde auch den Parteimitgliedern in Einparteiensystemen zukommen. Eine politische Karriere ist in Ein- wie Mehrparteiensystemen nur über eine Parteimitgliedschaft möglich, die auch für andere Laufbahnen oft hilfreich ist.

Die pluralistische Parteienherrschaft ist gegenüber dem Absolutismus, der Theokratie dem Faschismus und dem Kommunismus und auch gegenüber dem Präsidialsystem der USA mit Parteien als Präsidentenwahlvereinen ein demokratischer Fortschritt. Die Herrschaft soll Politikern anvertraut werden, die von den politisch engagierten Bürgern ausgewählt werden sollen, wobei letztere auch über die politischen Inhalte bestimmen sollten. Wie in den USA, die den Wählern die von den herrschenden Cliquen ausgesuchten Kandidaten zur Auswahl vorschlägt, legen die Parteien den Wählern ihre Konzepte und Kandidaten zur Auswahl vor. Das setzt aber eine ausreichende Verankerung der Parteien in der Bevölkerung voraus. Wenn wie in Deutschland nur 1-1,5 % der Bevölkerung Mitglied einer Partei sind, droht die Verbindung zur Wählerschaft abzureißen. Oft ist die innerparteiliche Demokratie auch verbesserungsfähig, wenn die Parteivorstände ihre Mitglieder nur als Beitragszahler und Plakatkleber ansehen, die politischen Inhalte von den Vorständen beschlossen und den einfachen Mitgliedern nur noch erläutert werden.

„Umgekehrter Totalitarismus“

Alle Herrschaftsformen geben vor, ihre Macht im Interesse des Volkes auszuüben. Die europäische Parteienherrschaft, das Präsidentsystem der USA und der Kommunismus haben aber den Anspruch, dass die Regierenden aus dem einfachen Volk hervorgegangen sind, und dass das Volk über diese Repräsentanten selbst die Macht ausübt.

Aber selbst im US-amerikanischen und im europäischen System mindestens formal existierender Demokratien kristallisiert sich immer eindeutiger der Befund heraus, dass ökonomische Eliten und ihre organisierten Interessengruppen die Regierungspolitik maßgeblich bestimmen, während die Durchschnittsbürger und deren Interessenvertretungen nur geringen oder gar keinen Einfluss ausüben. In dem auf Einzelpersonen fokussierten System der USA ist das besonders deutlich zu erkennen. Auf <https://multipolar-magazin.de/artikel/sheldon-wolins-umgekehrter-totalitarismus> wurde auf 8 DIN-A4-Seiten das Buch „Sheldon S. Wolin: Umgekehrter Totalitarismus. Faktische Machtverhältnisse und ihre zerstörerischen Auswirkungen auf unsere Demokratie.“ besprochen. Das Stichwort „Diktatur“ wird nicht verwendet, es wird aber beschrieben, wie sich in den „westlichen Demokratien“ eine kleine Minderheit die totale Macht sichert. Das wird als umgekehrter Totalitarismus bezeichnet. Der folgende Text verwendet im Wesentlichen die Aussagen aus der Buchbesprechung. Die Sätze in Anführungszeichen stammen aus dem Buch.

Der umgekehrte Totalitarismus setzt die vorherige Existenz einer formalen Demokratie voraus. Anders als im klassischen Totalitarismus (Nationalsozialismus, Faschismus, Stalinismus) bleibt das Institutionengefüge im umgekehrten Totalitarismus scheinbar intakt. Alle bekennen sich zu Rechtsstaat und Demokratie, niemand stellt die Verfassung infrage, regelmäßig finden Wahlen statt, die Medien sind frei, die Rechtsprechung unabhängig. Aber jede dieser Institutionen, jedes dieser Verfahren ist ausgehöhlt, substantiell verändert – nur die Fassaden bleiben stehen.

Die Demokratie degeneriert zu einem „flüchtigen Gut“. Die tatsächliche Macht liegt beim Corporate State, also bei den großen Industrie- und Dienstleistungskonzernen, bei der Finanzindustrie, beim Militär-, Sicherheits- und Geheimdienstapparat, bei den wuchernden bürokratischen Komplexen. Deren schwer fassbare und demokratisch kaum kontrollierbare Macht wird ständig weiter nach oben verlagert. Die Bevölkerung verharrt in Unsicherheit, wird in Resignation und Apathie, in Passivität und Entpolitisierung getrieben.

Der umgekehrte Totalitarismus vollzieht keinen für jedermann erkennbaren Bruch mit der Vergangenheit, mit der Tradition; vielmehr beruft er sich auf sie, stellt sich in eine vermeintliche Kontinuität, erweckt den Eindruck, alles sei in bester Ordnung. Doch dem ist nicht so. Scheinbar unwiderstehliche ökonomische und technische Prozesse schaffen und bestärken den Glauben, dass der Rationalisierung unterschiedlichster Lebensvollzüge, dass der Kontrolle, der Vorhersehbarkeit, der Kosteneffizienz keine Grenzen gesetzt seien. „Wähler werden ebenso berechenbar gemacht wie Konsumenten; eine Universität ist ihrer Struktur nach fast ebenso rationalisiert wie ein

Unternehmen; eine Unternehmensstruktur ist im Hinblick auf ihre Befehlskette so hierarchisch wie das Militär. Die Ideologie des Regimes ist der Kapitalismus, der praktisch ebenso unumstritten ist, wie es die Nazidoktrin im Deutschland der 1930er Jahre war.“

Schon seit Jahrzehnten ... wird der Bürger auf die Rolle eines Wählers reduziert. Nur zu Zeiten der Wahlen führt er ein politisches Leben. Ansonsten ist seine politische Existenz auf eine „Schattenstaatsbürgerschaft virtueller Partizipation“ verengt. „Statt an der Macht teilzuhaben, wird der virtuelle Bürger dazu aufgefordert, 'Meinungen' zu haben: messbare Antworten auf Fragen, die darauf ausgelegt sind, diese Antworten zu erwirken.“ Vom demokratischen Anspruch eines souveränen Volkes ist das weit entfernt. ... Die Öffentlichkeit macht unkritisch mit, aber sie bringt sich nicht ernstlich ein. Es dominiert ein „Gefühl der Teilhabe“. Demokratie degeneriert zu einem „Markennamen für ein Produkt, das zu Hause kontrollierbar und im Ausland vermarktbar ist“.

Während die klassisch-totalitären Systeme ihre Gesellschaften in einem Zustand ständiger politischer Mobilisierung gehalten haben, setzt der umgekehrte Totalitarismus auf eine politisch demobilisierte Gesellschaft, auf lethargische, apathische, ins Private abgedrängte Bürger. Der klassische Totalitarismus mobilisiert seine Untertanen, der umgekehrte Totalitarismus fragmentiert sie. Er konditioniert die Wählerschaft darauf, „für einen kurzen Zeitraum aufgebracht zu sein, ihre Aufmerksamkeitsspanne zu kontrollieren und dann die Untätigkeit oder Apathie zu fördern“. Aktive Unterdrückung ist nicht erforderlich; die Wählerschaft ist derart gespalten, und zwar entlang

ideologischer Linien, nicht entlang von Klassenkonflikten, dass sich kein starker Mehrheitswille formieren kann. „Die Nazis nannten dies Gleichschaltung. Wir könnten es 'Lenkung' nennen, um seinen Platz in einer offenen Gesellschaft anzuzeigen.“

Die Mächtigen hatten insbesondere im nationalsozialistischen Deutschland, im faschistischen Italien, in der Sowjetunion und der chinesischen Volksrepublik eine totale staatliche Durchdringung der Gesellschaft und teilweise auch der Privatsphäre bewirkt. Im „Westen“ konnte sich der Zugriff totalisierender Mächte in anderer, bisher unbekannter Form vollziehen: nicht durch einen einseitigen staatlichen Zugriff, sondern durch eine Doppelbewegung, also ein Wechselspiel zwischen verstaatlichter Gesellschaft und vergesellschaftetem Staat.

Im klassischen Totalitarismus hatte die Politik den Ton angegeben und sich die Wirtschaft dienstbar gemacht. Die Regimes, ob faschistisch oder kommunistisch, wurden von revolutionären Bewegungen angetrieben, die darauf aus waren, die Macht im Staat zu ergreifen, sie umzubilden und zu monopolisieren. Im umgekehrten Totalitarismus, der in den USA, aber auch in anderen „fortgeschrittenen“ Staaten Gestalt angenommen hat, verändert sich das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft. Staat und Konzerne, Macht und Profit verschmelzen auf neuartige Weise. Anders als im klassischen Totalitarismus ist nunmehr die Wirtschaft die dominante Kraft.

Zwar nutzt der umgekehrte Totalitarismus die Autorität und die Ressourcen des Staates, doch seine Dynamik gewinnt er, indem er sich anderen Formen

der Macht öffnet. Es handelt sich um eine doppelte Umwandlung von Konzernen und Staat: Erstere werden politischer, Letzterer wird marktorientierter. Es entsteht ein „Macht- und Profit-Regime“. Wenn sich Konzern- und Staatsmacht vereinigen, führt dies keineswegs zu einer Verschlankung des Systems; im Gegenteil, das System wird umfassender als jemals zuvor, losgelöst von demokratischen Einflüssen und ausgestattet mit der Fähigkeit, „die Demokratie zu verwalten“ oder sie in eine den Herrschenden genehme Richtung zu lenken.

Im Unterschied zu den klassischen Totalitarismen, die sich ihres totalitären Charakters rühmten, verschleiert der umgekehrte Totalitarismus seine wahre Identität. Er tarnt sich. Er wagt es nicht, seinen Namen auszusprechen. Er verleugnet sein eigenes Wesen. Anders auch als die klassische Variante wird der umgekehrte Totalitarismus nicht von persönlicher Herrschaft angetrieben, sondern von den bereits erwähnten „totalisierenden Mächten“. Wolin sieht ein abstraktes, ein anonymes, ein nach Totalität strebendes „System“ am Werk. „Der Führer ist nicht der Architekt des Systems, sondern sein Produkt.“ Oder anders ausgedrückt: Die Führer kommen und gehen - das System bleibt. Der umgekehrte Totalitarismus tritt beinahe unmerklich in die Welt. Kein allmächtiger Wille ist am Werk, niemand schaltet die Opposition gewaltsam aus, es existiert kein Masterplan. Gerade aufgrund seines umgekehrten Charakters entsteht ein umgekehrt-totalitäres System nicht als abrupter Regimewechsel oder dramatischer Bruch, sondern im Zuge eines evolutionären Prozesses.

Der umgekehrte Totalitarismus wurde von Wolin am politischen System der USA mit einer gegenüber Europa anderen Bedeutung politischer Parteien abgelesen. Während der umgekehrte Totalitarismus die verfassungsmäßige Ordnung im Inneren aushöhlt, emanzipiert sich die Supermacht im internationalen beziehungsweise globalen Kontext von Beschränkungen aller Art. Maßgebend für sie sind die jeweils verfügbaren Ressourcen, Möglichkeiten, Ambitionen, nicht jedoch die gesetzlichen Rahmenbedingungen. „Ihre Beschaffenheit ist für die Ausweitung vorgesehen, nicht für eine Einschränkung.“

Wie im Inneren entwickelt sich auch im internationalen Maßstab eine symbiotische Beziehung aus zwei Elementen: Während im Inneren Staat und Konzerne eine neue Einheit bilden, sind es im internationalen Maßstab die militärische Macht und die auf Globalisierung ausgerichteten Unternehmen. ... Diese wirtschaftlich-militärische Macht orientiert sich an einem globalen Standard und nicht etwa an der Verfassung, am demokratischen Rechtsstaat. Die Supermacht ist nicht dem Wohlergehen der Bürger verpflichtet, bindet diese nicht in politische Prozesse ein. Sie agiert losgelöst von politischen Vorgaben im überkommenen Sinn. Zwischen dem Ideal der demokratischen Selbstverwaltung und dem Anspruch der Supermacht auf globale Hegemonie liegen Welten.

Die Entpolitisierung wird vor allem dadurch vorangetrieben, dass die Gesellschaft in eine Atmosphäre kollektiver Angst und individueller Ohnmacht eingetaucht ist. Eine regelrechte „Ökonomie der Angst“ sei entstanden, „ein System der Kontrolle, dessen Macht sich aus Unsicherheit

speist, das aber nach Ansicht seiner Analysten überaus rational ist“: „Angst vor Terroristen, vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, vor der Ungewissheit der Altersvorsorge, vor steigenden Gesundheitskosten, vor steigenden Bildungsausgaben.“ Auch die Corona-Hysterie hat das Instrument der Angst eingesetzt, damit sich die Menschen um ihre Regierungen scharen und ihre Anweisungen befolgen. Nach dem Ende der Bedrohungslage soll den Menschen eingeredet werden, dass das weise Handeln der Mächtigen und die Folgsamkeit der Bürger den Erfolg herbeigeführt hat.

Der Paradigmenwechsel ... besteht darin, dass der lange, seit Ende des 18. Jahrhunderts beobachtbare Trend hin zu leidlich demokratischen Verhältnissen, hin zu mehr Demokratie offenkundig gebrochen wurde. Demokratie und Demokraten befinden sich in der Defensive. ... Während die frühen Demokraten für etwas kämpften, was sie nicht hatten, besteht die Herausforderung für heutige Demokraten darin, verlorenes Terrain zurückzuerobern, politische Institutionen und Praktiken, die der Kontrolle durch das Volk entzogen wurden, wieder zu „popularisieren“.

Eigentlich assoziiert man Demokratie mit Fortschritt, mit Zukunft, mit einer Bewegung hin zu etwas Neuem. Bei Wolin steht eine andere zeitliche Perspektive im Vordergrund: Ihm geht es um das Wiederbeleben, um das Wiederherstellen, um das Wiedergewinnen dessen, was schon einmal erreicht war und nun verloren gegangen ist, kurzum: um die Rückkehr zur alten demokratischen Normalität. Über die Erfolgsaussichten dieses Projekts macht er sich keinerlei Illusionen: „Es liegt auf der Hand, dass die Wiederherstellung

der Demokratie eine Aufgabe darstellt, die der politischen Dynamik unserer Zeit zuwiderläuft.“

Parteien neu erfinden

Wenn man eine pluralistische Parteienlandschaft will, setzt das eine ausreichenden Verankerung der Parteien in der Bevölkerung voraus. Wenn wie in Deutschland nur 1-1,5 % der Bevölkerung Mitglied einer Partei sind, droht die Verbindung zur Wählerschaft verloren zu gehen. Wer den Pluralismus will, muss die Demokratie zunächst neu denken.

Das Links-Rechts-Schema des 19. Jh. muss als ein Oben-Unten-Gegensatz umdefiniert werden. Der Verfassungsschutz hat mit der Beobachtung der „verfassungsschutzrelevanten Delegation des Staates“ bereits die Bekämpfung einer Strömung begonnen, die sich noch gar nicht formiert hat. In Wirklichkeit wird nicht der Staat delegitimiert, sondern die Staatsorgane bzw. die in ihnen handelnden Personen, und die delegitimieren sich durch ihr Verhalten selbst. Daraus ergibt sich, dass der Inlandsgeheimdienst die mangelhafte demokratische Legitimation der Staatsmacht schon erkannt hat, und politische Strömungen, die sie kritisieren wollen, im Keim ersticken will. Die Demokratie kann aber nur wiederbelebt werden, wenn das verkrustete Parteiensystem aufgebrochen würde und neue Kräfte in die politische Verantwortung kämen. Was der Verfassungsschutz also bekämpft ist der

grundlegende demokratische Wandel, und damit die Antriebskraft der Demokratie selbst.

Zum Beginn einer solchen Erneuerung bräuchte es kurzfristig einer „Partei neuer Art“, die verschiedene Zielgruppen ansprechen kann. Neben den Gebietsverbänden nach § 7 Abs. 1 PartG würden per Satzung thematische Organisationseinheiten gebildet, denen die Mitglieder zunächst beitreten und nur so Parteimitglied würden. Ihnen muss in der Satzung eine große Eigenständigkeit eingeräumt werden. Viele der großen Kleinparteien haben besondere Anliegen wie Familie, Tierschutz oder die Corona-Politik, die sich nicht gegenseitig ausschließen. Der Markenkern besteht aus Positionen, die im Gegensatz zu denen der etablierten Parteien stehen.

Mit der Einführung einer passiven Mitgliedschaft zu einem reduzierten Mitgliedsbeitrag sollten die Mitgliederzahlen gepusht werden. Die passiven Mitglieder müssen aber bei Mitgliederbefragungen und Wahlen einbezogen werden, um der Entstehung einer Meinungsblase vorzubeugen. Im Ergebnis müssten sich die Kandidaten wie bei den Vorwahlen in den USA einer Auswahl durch die Anhängerschaft (= passive Mitglieder) stellen. Programme können aber nur auf Parteitag beschlossen werden, wobei als Gentlemen-Agreement den Vorschlägen der thematischen Organisationseinheiten gefolgt werden sollte.

Die „Partei neuer Art“ könnte aus einer organisatorischen Vereinigung größerer Kleinparteien entstehen. Auf diesem Weg könnten die vielen Stimmen, die an Parteien mit weniger als 5 % der Zweitstimmen vergeben

wurden, und die nicht im Parlament vertreten sind, gebündelt werden. Die 8 Parteien, die bei der Bundestagswahl 2021 zwischen 100.000 und 2.269.993 (Ergebnis der LINKEN mit 4,89 %) Zweitstimmen, hätten zusammen 3.553.553 Zweitstimmen oder 7,66 % erhalten. Konkret waren das:

	Zweitstimmen	Prozent
FREIE WÄHLER	1.127.171	2,43
Tierschutzpartei	674.789	1,45
dieBasis	628.432	1,35
Die PARTEI	461.487	0,99
Team Todenhöfer	214.281	0,46
PIRATEN	169.889	0,37
Volt	165.153	0,36
ÖDP	112.351	0,24

Bei der Europawahl 2019 waren es 3.614.303 Stimmen und 9,67 %.

Es ist davon auszugehen, dass die Wähler dieser größeren Kleinparteien der Wunsch nach anderen Parteien und Personen eint und dass sie die Toleranz aufbringen können, auch die den anderen Mitgliedern wichtigen Themen zu respektieren.

Die Wiederherstellung der Demokratie erfordert eine Rückkehr zur Gewaltenteilung!

Sollte der umgekehrte Totalitarismus irgendwann an Grenzen stoßen, sollte die Bevölkerung ungehalten, widerspenstig und ungehorsam werden, sollte die Systemfrage auf die Tagesordnung kommen, dann werden die Masken der Eliten fallen. Sie werden in ihrem Abwehrkampf zu genau jenen Mitteln greifen, die wir aus dem klassischen Totalitarismus kennen: Gewalt und Repression. Die Aggressivität, die das Außenverhalten des Staates schon seit langem kennzeichnet, wird sich nach Innen kehren. Der umgekehrte Totalitarismus würde sich zurückverwandeln in einen klassischen Totalitarismus. Es wäre dies ein weiterer Paradigmenwechsel - und vermutlich ein unumkehrbarer.

Wer die Rückkehr zum klassischen Totalitarismus verhindern will, muss vor der Endphase des umgekehrten Totalitarismus tätig werden und an der rechtzeitigen Wiederbelebung der Demokratie arbeiten.

Das amerikanische wie das europäische System sind im Grunde nur eine Cliqueswirtschaft. Wie im Feudalismus vor der französischen Revolution akzeptieren die einfachen Menschen ihre Herrschaft, solange sie unter ihr ein gutes Leben führen können. Der Durchschnittsbürger will nicht wirklich an politischen Entscheidungen, die ihn auch überfordern würden, beteiligt werden. Eine repräsentative statt direkte Demokratie entspricht seinen Bedürfnissen. Wie z.B. in Brasilien und auf den Philippinen sind die Wähler auch bereit, bei

einem Versagen der demokratischen Kräfte undemokratisch eingestellte Führer an die Macht zu bringen. Im Fall einer Bedrohung sind die Bürger mehrheitlich bereit, ihren Führern auch diktatorische Vollmachten einzuräumen, um dieser Bedrohung zu begegnen.

Es kommt dabei nicht auf die objektive Bedrohungslage an. Wichtig ist, dass die Menschen an die Existenz der Bedrohung und den behaupteten Ursprung (an den Schuldigen) glauben. Es ist nicht zu erwarten, dass die Regierungen diese Sondervollmachten nach dem Ende der Bedrohung vollständig zurückgeben. So sind auch die meisten Verschlechterungen der Rechte von Angeklagten im Strafverfahren, die in den Anti-Terror-Gesetzen vom Herbst 1977 eingeführt wurden, noch immer in Kraft.

Die Evolution führt nur zur Weiterentwicklung einer Art, wenn ein ausreichend großer Bestand existiert, in dem sich die stärksten Gene durchsetzen. Auch eine Gesellschaft kann sich nicht weiterentwickeln, wenn das Führungspersonal „im eigenen Saft schmort“ und keine Impulse von außen eingebracht werden. Auch wohlwollend-totalitäre Systeme blockieren aber neue Impulse. Deshalb hat die Demokratie grundsätzlich das Potential zur effektivsten Herrschaftsform, wenn dieser Austausch nicht behindert wird, und demokratische Prozesse nicht von formellen und informellen Machtzirkeln unterlaufen werden. Es geht darum, diesen Vorteil gegenüber anderen Herrschaftssystemen zur Geltung zu bringen und dafür zu sorgen, dass eine demokratische Gesellschaft auch die effektivste Staatsform darstellt.

Weil jeder Machtapparat eine Tendenz zu seiner Verselbständigung hat, sind auch demokratisch legitimierte Systeme in dieser Gefahr. Die Parteien neigen dazu, ihre einfachen Mitglieder nur als Plakatkleber und Beitragszahler anzusehen und die sie dominierenden Seilschaften entscheiden aus eigener Machtfülle, welchen ihnen genehmen Nachwuchs sie in ihren erlesenen Kreis aufnehmen wollen.

Ein Risikofaktor für jedes Gemeinwesen sind Lobbyisten, die zur Durchsetzung der Interessen kleiner Gruppen Politiker beeinflussen. Je kleiner die Machtzirkel sind, umso einfacher wird ihre Beeinflussung. Die Grenzen zwischen Interessenvertretung und Korruption sind dabei fließend. Nur Transparenz und Machtkontrolle im Rahmen einer funktionierenden Gewaltenteilung bieten hier eine begrenzte Absicherung. Einzelfälle korrupter Beamter oder Politiker wird es immer geben. Es ist aber wichtig, keine korrupten Strukturen entstehen zu lassen.

Auch das politische System der USA trägt bonapartistische Züge, ohne dass sich daraus wie in Europa ein Faschismus entwickelt hat. Aber der einfache US-Bürger hält seine Politiker für korrupt. Ein wesentlicher Grund, warum sie 2016 Donald Trump zum Präsidenten gewählt haben, war, dass er wegen seines Reichtums für weniger korruptionsanfällig gehalten wurde. Wahrscheinlich war das ein Irrtum.

Die Demokratie wird also weniger durch offen demokratiefeindliche politische Strömungen bedroht, als durch die Verselbständigung von Machtapparaten und die Ausbildung korrupter Strukturen. Antidemokratische Kräfte können erst

dann Erfolg haben, wenn die demokratischen Prozesse hinter der demokratischen Fassade nicht mehr funktionieren und unfähige Politiker ihren Aufgaben nicht mehr gewachsen sind. Die Verteidigung der Demokratie gegen diese Gefahr stößt aber auf die Schwierigkeit, dass die Gefährder über die staatlichen Machtmittel sowie die Massenmedien verfügen, und die Verteidiger der Demokratie nur die Kraft des Wortes und ihrer Argumente dagegenstellen können.

Die Abgehobenheit der Machtapparate und ihre Distanz zu den Bürgern wird vereinzelt auch von Ex-Politikern kritisiert. So schrieb der ehem. Vorsitzende der SPD und der LINKEN Oskar Lafontaine: „Parlamente und Regierungen verlieren immer stärker den Kontakt zum Alltag der Menschen und ihren Problemen. Sie entscheiden über Angelegenheiten, die ... sie selbst .. kaum betreffen Dazu passt, dass sich heute Parlamente und Regierungen überdurchschnittlich aus Personen aus wohlhabenden Haushalten zusammensetzen. ... Demokratie ist mehr als alle vier Jahre ein Kreuz zu machen, das kaum etwas ändert. Wir brauchen mehr Bürgerbeteiligung, damit sich die Interessen der Mehrheit endlich wieder durchsetzen.“ (<https://www.oskar-lafontaine.de/links-wirkt/oskar-lafontaine-demokratie-ist-mehr-als-alle-vier-jahre-ein-kreuz-zu-machen-das-kaum-etwas-aendert/>) Auch diese Aussage müsste eigentlich von den sich Verfassungsschützer nennenden Regierungsschützer als Delegitimierung des Staates verfolgt werden.

Cliquenwirtschaft und korrupten Strukturen kann man unter den Bedingungen des 21. Jahrhundert, wo sich die Milieus der Parteien weitgehend aufgelöst haben und die Parteien außer bei den Alten praktisch keine Stammwählerschaft

mehr haben, mit dem Untergang der alten und dem Entstehen neuer Parteien begegnen. Das Ergebnis der Bundestagswahl 2021 deutet leichte Tendenzen für eine zunehmende Bereitschaft hierzu an. Für eine wirksame Verteidigung der Demokratie und der Gedankenfreiheit, einschl. des Rechts zum Querdenken, gegen den Staatsapparat, insbesondere gegen den sich „Verfassungsschutz“ nennenden „Regierungsschutz“, genügt dies aber nicht. Notwendig ist eine schnelle Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung des Grundgesetzes und die Abkehr vom Konzept einer bloßen demokratischen Fassade zur Verdeckung der Cliquenwirtschaft und der Lobbykratie. Die Rückkehr zur Gewaltenteilung ist dabei unverzichtbar.

Nach dem Konzept des demokratischen Rechtsstaats sollen die Gesetzgebung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung getrennt sein. Unabhängige Medien sollten als vierte Gewalt diese Gewaltenteilung absichern und Missstände öffentlich machen.

Das Parlament soll die Regierung kontrollieren, in Wirklichkeit kontrollieren aber die Regierungschefs ihre Parteien, und über die Fraktionsvorsitzenden die Abgeordneten. In der Theorie sollen die Parlamente die Gesetze beschließen, die die Regierungen auszuführen haben. In der Realität legen aber die Regierungen den Parlamenten ihre Gesetzentwürfe vor, die von den Abgeordneten der Regierungsparteien nur noch abgenickt werden. In dieser Machtstruktur haben es Lobbyisten leicht, hinter den Kulissen die Fäden zu ziehen.

Gerichte sollen unabhängig sein. In der Realität entscheiden aber politisch besetzte Richterwahlausschüsse über die Einstellung und Beförderung von Richtern, oft nach Parteibuch. Wer in der Justiz Karriere machen will, darf nicht durch regierungskritische Urteile auffallen. Auch Führungspositionen in den öffentlich-rechtlichen Medien werden oft nach Parteibuch vergeben. Das schützt vor Kritik. Aber auch die privatrechtlichen Medien sind nicht der Hort der Pressefreiheit. Hier müssen die Journalisten auf Großaktionäre und Anzeigenkunden Rücksicht nehmen.

In der von der WHO ausgerufenen Pandemie haben sich die Parlamente selbst entmachtet, sofern sie noch einen Rest von Macht hatten, und sie haben den Regierungen mit weitreichenden Verordnungsermächtigungen fast diktatorische Vollmachten erteilt. Die Gerichte haben Grundrechtsverletzungen durchgewunken und die etablierten Medien jede Kritik daran als antidemokratisch diffamiert.

Zur Wiederherstellung der Demokratie und der Gewaltenteilung sind folgende Forderungen zu formulieren:

- unabhängige und regierungsferne Medien mit einer kritischen Distanz zur Macht.
- eine unabhängige Justiz und eine unpolitische Besetzung von Richterstellen.
- unabhängige Abgeordnete, die die Regierungen kontrollieren, statt von ihnen per Parteidisziplin kontrolliert zu werden.
- eine wirkliche Demokratie, statt eine demokratische Fassade.

Gender-Kauderwelsch

Seit geraumer Zeit werden die Zuschauer öffentlich-rechtlicher Fernsehsender von einem permanenten Gender-Schluckauf belästigt. Dahinter steckt die Absicht einer radikalen Minderheit von Geschlechter-Leugnern, die die biologische Definition von Geschlechtern ablehnen und sie durch eine soziologische ersetzen wollen. Hier wird also eine Gehirnwäsche gestartet.

In letzter Konsequenz müsste dann auch der heterosexuelle vaginale Geschlechtsverkehr verboten werden, weil der nur zwischen Männern und Frauen stattfinden kann, was nicht woke ist. Und die Terroristen von „Woko Haram“ werden weitermachen.

„Boko Haram“ ist eine islamistische Terrororganisation, die im Norden Nigerias operiert. Das englische Wort „woke“ heißt erwacht. Die gedankliche Assoziation mit der Parole „Deutschland erwache“ ist natürlich völlig unangebracht, aber sie drängt sich den älteren Jahrgängen, die in den 70er Jahren Alt- und Neonazi-Aufmärsche (nicht die gesitteten Demonstrationen von PEGIDA) erlebt haben, leider auf.

*innen und *außen

Der Gender-Schluckauf der öffentlich-rechtlicher Fernsehsender ist mit den überkommenen Regeln der Deutschen Sprache nicht vereinbar. So bezeichnet „innen“ einen räumlich umschlossenen Ort und ist das Gegenteil von „außen“. Damit werden in den Medien ziemlich unsinnige Nachrichten verbreitet.

Bei einem Treffen von Außenminister*innen fragt man sich als deutschsprachiger Normalo zunächst, ob sich nun die Außen-, oder die Innenminister getroffen hätten. Danach stellt sich die Frage, warum sich die Außenminister innen getroffen haben, wo doch die Bilder zu diesem Treffen bei Sonnenschein, also außen und nicht innen aufgenommen wurden. Würden sich die Innenminister*innen treffen, würde die Zuschauer vermuten, dass die Sprecher stotterten.

Wenn Forscher*innen bei ihrer Arbeit einen Durchbruch erzielt haben, kommt die spontane Erwiderung auf, dass ihre Labore immer innen und nie außen gelegen haben und die Forscher also schon immer innen bei der Arbeit waren.

Dagegen ist die Arbeit von Förster*innen ziemlicher Unsinn, denn die Bäume befinden sich immer außen.

Es ist völlig angemessen, wenn die Geschlechter-Leugner für ihre Vergewaltigung der deutschen Sprache nun von den Normalos verspottet werden. Meistens ist es effektiver, Leute lächerlich zu machen, als sie zu beschimpfen. Hier ein Beispiel:

„Senior*innen-Beirat

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Ergebnis der Wahl zum Seniorenbeirat der Stadt ??? vom ??? wird hiermit angefochten.

G r ü n d e :

Es wurden die Regeln der allgemeinen, gleichen und geheimen Wahl verletzt, weil ich keine Möglichkeit hatte, an der Wahl teilzunehmen. Das dürfte auch eine Vielzahl anderer Wähler betroffen haben. Es handelte sich wegen des Ausschlusses eines Großteils der Wähler also nicht um eine allgemeine Wahl.

Die Wahl wurde als Briefwahl durchgeführt. Dem Stimmzettel für den Seniorenbeirat wurde ein Wahlumschlag für den „Senior innenbeirat“ beigefügt, also für das Seniormitglied des Innenbeirats. Der

Innenbeirat ist erkennbar ein anderes Gremium als der Seniorenbeirat. Ich habe das Wahlamt auf diesen Irrtum hingewiesen und darauf keine Antwort erhalten.

Die Teilnahme war mir und wahrscheinlich vielen anderen Wahlberechtigten also unmöglich, weil die Stimmzettel für den Seniorenbeitrag in die Wahlurne für den Innenbeirat gelangt wären.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Werner Müller“

Auf diese Wahlanfechtung hat der Verfasser keine Antwort erhalten. Die Arroganz der Macht der Geschlechterleugner ist also schon weit fortgeschritten.

Gleichberechtigung statt Gleichstellung

Im politischen Mainstream werden die Begriffe Gleichberechtigung und Gleichstellung gleichgesetzt, doch sie sind es nicht. Gleichberechtigung ist die Chancengleichheit, Gleichstellung die Ergebnisgleichheit. Aus ungleichen Ergebnissen wird geschlossen, dass es keine gleichen Chancen geben kann. Aber stimmt diese Annahme?

Wenn in der Fußball-Bundesliga der FC Bayern München gegen den VfL Buchum spielt, sind die Chancen formal gleich. Beide Mannschaften haben 11 Spieler und die Regeln gelten für beide Mannschaften. Materiell hat der FC

Bayern mit seiner Millionen-Truppe aber die klar besseren Chancen. Trotzdem will man im Sport, dass die bessere Mannschaft gewinnt, und der FC Bayern ist besser. Würde jemand im Sport eine Quotenregelung fordern, dass jedes Spiel unentschieden ausgehen müsste, oder es mindestens Obergrenzen für gewonnene Spiele gäbe? Wäre diese Grenze erreicht, müsste der Schiedsrichter z.B. mit unberechtigten Elfm Metern dafür sorgen, dass die stärkere Mannschaft das Spiel verliert.

Wer die Gleichberechtigung will, muss ungleiche Ergebnisse wegen unterschiedlich genutzter Chancen akzeptieren. Wer die Gleichstellung will, muss die Chancennutzung der stärkeren Sportler behindern, um gleiche Ergebnisse zu erreichen. Gleichberechtigung und Gleichstellung sind also Gegensätze!

In der Natur herrscht das Recht des Stärkeren und die Leistung menschlicher Hochkulturen ist, dem die Stärke des Rechts entgegensetzen, und Recht ist zuerst das Recht des Einzelnen. Grundrechte sind Abwehrrechte gegen Eingriffe des Staates, und der Gleichheitsgrundsatz gehört dazu. Ansprüche des Bürgers gegen den Staat gibt es nur im Rahmen des Sozialstaatsgebotes. Natürlich darf auch die Frage gestellt werden, warum Angehörige bestimmter Gruppen ihre Chancen stärker nutzen, und die anderer Gruppen weniger. Bevorzugung und Benachteiligung sind aber aus der Perspektive des Individuums immer individuelle Ungerechtigkeiten. Positive wie negative Diskriminierungen wegen einer Gruppenzugehörigkeit (Religion, Hautfarbe, Geschlecht) dürfen in einer Demokratie deshalb kein Instrument sein, um

Ungleichgewichten bei der Chancenverwertung zu begegnen. Sie sind aus der Perspektive der Chancengleichheit im Zweifel hinzunehmen.

Bei der Gleichberechtigung von Männern und Frauen stellt sich die Frage, ob die These der Gleichstellungsbefürworter, dass die ungleichen Ergebnisse das Ergebnis einer faktischen Chancenungleichheit und einer versteckten Schlechterbehandlung von Frauen sind, die mit einer offenen Schlechterbehandlung von Männern nur ausgeglichen werden soll, stimmen kann. Natürlich können die statistisch belegte Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen von Unternehmen oder die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen nicht bestritten werden. Im Sport wäre das kein stichhaltiges Argument für eine fehlende Chancengleichheit; bessere Sportler sind eben besser!

Wahrscheinlicher ist, dass der Gleichstellungswahn das Ergebnis aufgetauter Frustrationen ist. Es wäre verständlich, wenn sich Bundesligavereine absprechen würden, gegen Bayern-Verfolger absichtlich zu verlieren, um endlich mal einen anderen Deutschen Meister zu bekommen. Man könnte eine solche Unsportlichkeit mit Notwehr oder Rache zu rechtfertigen versuchen. Es bliebe aber unsportlich. Wer für die Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen und für statistische Einkommensunterschiede keine plausiblen Erklärungen findet, erfindet welche, die eine unsportliche Reaktion erlauben würde.

An dieser Stelle soll deshalb eine Gegenthese zu der Behauptung von patriarchalischen Strukturen oder anderen feministischen Verschwörungs-

theorien aufgestellt werden, denn für die beobachtete Ungleichheit gibt es eine plausible Erklärung:

Seit Millionen von Jahren entscheiden sich die paarungsbereiten Weibchen für dominante Männchen. Bei manchen Tierarten darf das Alpha-Männchen alle Weibchen bespringen, während die unterlegenen Männchen leer ausgehen, oder sogar getötet werden. Dieser Mechanismus fördert die Evolution und ist bei fast allen Tierarten anzutreffen. Bei den frühen Menschen, die als Jäger und Sammler gelebt haben, hat sich eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung herausgebildet, dass die Männer auf die Jagd gingen und die Frauen mit den Kindern pflanzliche Nahrung gesammelt haben. Auch das hat die Evolution gefördert, denn schwächere Männer konnten bei der Jagd auch zu Tode kommen, während die Frauen einer ungefährlichen Tätigkeit nachgingen.

In dieser Rolle konnte ein Mann mit seiner Jagdbeute aber nur eine Frau mit den gemeinsamen Kindern versorgen. Hier kam es zu einem Wettbewerb der Frauen um die stärksten Männer, die auch die erfolgreichsten Jäger waren und sie optimal versorgen konnten. Im Gegenzug hatten auch nur starke und erfolgreiche Männer eine Chance bei den attraktiven Frauen. „Bei diesem Thema sind Männer und Frauen seit Jahrtausenden ihrem Beute-Schema aus der Steinzeit treu geblieben. Für die Frauen spielen Geld und Status eine verhältnismäßig große Rolle, für die Männer ist das Aussehen wichtiger.“ (Tina Stockhausen, Wuppertaler Professor erforscht Partnerschaft - Neues Buch: Was für die Liebe wichtig ist, <http://www.rp-online.de/gesellschaft/leute/neues-buch-was-fuer-die-liebe-wichtig-ist-1.2005285>, 02.07.10) Soziologen nennen das aufsteigende Partnerwahl.

Frauen versuchen mit der Partnerwahl, einen sozialen Aufstieg zu organisieren. Böse Zungen mögen behaupten, dass nach diesem Muster auch Prostitution ein artgerechtes Verhalten wäre. Viele Frauen entscheiden sich allerdings noch immer nach den Mustern der Steinzeit für die körperlich starken Männer, auch wenn die Körperkraft im Großstadt-Dschungel für den materiellen Erfolg keine Rolle mehr spielt. Sie versprechen sich vielleicht von der Körperkraft des Mannes mehr Befriedigung beim Sex, was in Zeiten von Viagra aber auch schon relativiert wurde.

Diese Mechanismen dürften von kulturellen Einflüssen überlagert werden, die Kultur wird aber die Natur nie überwinden können - und das ist auch gut so! Diese Erkenntnis mag für Philosophen unbefriedigend sein, denn sie wollen sich mit der Kultur über die Natur erheben. Aus der Perspektive der Durchschnittsmenschen ist es befreiender, ihr Leben ohne Bevormundung leben zu dürfen.

Unabhängig von der Frage, ob körperliche oder wirtschaftliche Stärke für eine Frau wichtig ist, kann man festhalten, dass die Männchen von der Evolution zum Erfolg verdammt wurden. Mit ihrer Partnerwahl trainieren die Frauen die heterosexuellen Männer, sich in der Gesellschaft und im Beruf durchsetzen zu müssen. Männer fühlen sich von erfolgreichen Frauen dagegen nicht sexuell angezogen. Ihre Beschützerinstinkte werden eher durch Hilfsbedürftigkeit angesprochen. Auch das reduziert dann die Motivation von Frauen, beruflich erfolgreich sein zu wollen; mindestens entfällt die hormonell bedingte Zusatzmotivation der Männer. Wenn erfolgreiche Frauen dann auch noch eine aufsteigende Partnerwahl anstreben, wird die Luft dünn! Die Entscheidung

zwischen Beruf und Familie reduziert sich also nicht nur auf die Öffnungszeiten von Kindertagesstätten. Sie ist auch eine Frage der Motivation!

Wenn gut trainierte und motivierte Sportler in Wettkämpfen erfolgreicher sind, spricht niemand von Ungleichheit! Das gilt sogar für den eingangs verwendeten Vergleich zwischen dem FC Bayern und dem VfL Bochum. Wenn die von den Frauen dafür trainierten Männer aber mehr Erfolg im Beruf haben, protestieren die Gleichstellungsbeauftragten und die Politiker beschließen Frauenquoten.

Art. 3 Abs. 2 GG fordert die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, nicht die Gleichstellung - also Chancengleichheit und nicht Ergebnisgleichheit. Wer die Chancengleichheit will, muss Ungleichheiten aus der unterschiedlichen Chancenverwertung akzeptieren - im Sport wie im Beruf. Wer die Ergebnisgleichheit will, muss die Chancengleichheit verletzen. Das wäre nicht nur unsportlich, sondern auch dumm! Eine Quotenregelung in der Fußball-Bundesliga, wonach der FC Bayern oder Borussia Dortmund z.B. maximal 17 Spiele pro Saison gewinnen dürften, wäre absurd. Der deutsche Fußball würde sich lächerlich machen und ins internationale Mittelmaß abrutschen. Solche Absurditäten sind im Beruf wegen der Frauenquoten aber inzwischen üblich, und sie bedrohen die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Menschen sind Tiere! Man würde die Ursachen für die ungleichen Ergebnisse nur beseitigen, wenn alle Frauen und Männer zur Homosexualität bekehrt werden, oder wenn man mindestens den Frauen ihre Vorliebe für dominante

Männer austreibt. Es würde nicht genügen, alle Männer zu Softies zu erziehen, denn die nicht umerzogenen Frauen könnten dann ihr Bedürfnis nach Machos bei ausländischen Männern befriedigen und die inländischen Softies würden dann ihre „gute Erziehung“ schnell wieder vergessen. Solange es den Feministen nicht gelingt, das biologische Paarungsverhalten abzuschaffen, werden die heterosexuellen Männer bei ihrem Balzverhalten bleiben und die meisten heterosexuellen Frauen werden im Bett den Macho einem Softie vorziehen. Auch der Erfolg macht Männer sexy. Hirnlose Machos, die z.B. mit schnellen Autos balzen wollen, sind mindestens nicht konkurrenzlos.

Trotz aller Benachteiligung von Männern durch die herrschende Politik werden sie mit ihrer hormonell bedingten Zusatzmotivation weiter nach beruflichem Erfolg streben. Und viele Frauen werden wie in der Steinzeit erfolgreiche Jäger mit ihren Reizen auf sich aufmerksam machen, statt selbst zu erfolgreichen Jägern zu werden. Die beobachteten Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen haben also eine wesentliche hormonelle Ursache. Die Männer haben eine zusätzliche Motivation in ihrem Balzverhalten. Frauen kennen seit hunderttausenden von Jahren die Abkürzung zum Erfolg, sich mit einem balzenden erfolgreichen Mann zu paaren. Die Motivation für einen eigenen Erfolg fällt dann aus sehr rationalen Gründen geringer aus.

In der Natur ist männliches Leben weniger wertvoll als weibliches. Wird in einer Herde von Wildpferden eine Stute von einem Raubtier gerissen, fallen ihre zukünftigen Fohlen für den Erhalt der Herde aus. Trifft es dagegen einen Hengst, wird sich auch ein anderer Deckhengst finden. Wohl deshalb ist zu

beobachten, dass die männlichen Tiere einer Herde anscheinend einen Beschützerinstinkt haben. Sie stellen sich - sofern sie eine Aussicht auf Erfolg haben - den Raubtieren entgegen und begeben sich in Gefahr, um die Stuten und Fohlen zu schützen. Auch bei den Menschen galt es noch bis in die 50er Jahre hinein als Selbstverständlichkeit, dass in Gefahrensituation die Männer unter Einsatz ihres Lebens zuerst Frauen und Kinder zu schützen hätten, und nicht nur die Mütter. Männer, die im Ernstfall dazu nicht bereit waren, galten als Feiglinge und waren gesellschaftlich geächtet.

Natürlich ist diese Erwartung mit der Gleichberechtigung der Geschlechter oder der Gleichheit aller Menschen nicht vereinbar. Die Forderung nach dem Schutz der Kinder ist wohl unproblematisch, obwohl Art. 3 GG anders als bei Behinderten für sie keine Bevorzugung erlaubt. Trotzdem hat die Politik in Corona-Zeiten die Forderung nach dem Schutz „vulnerabler Gruppen“ ausgegeben, also insbesondere der Alten; die Kinder und Jugendlichen mussten darunter leiden. Die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz scheint wohl doch sinnvoll zu sein (sagt ein alter weißer Mann!). Was die Frauen angeht, lässt sich der besondere Schutz weder mit der Gleichberechtigung, noch mit der Gleichstellung rechtfertigen. Trotzdem verlangen Feministen (m/w/d) Frauenquoten, Frauenparkplätze, Frauenhäuser und andere Schutzbereiche, nur für Frauen. Es wird lediglich darüber diskutiert, ob damit biologische Frauen (also Menschen, deren Körper darauf ausgelegt ist, Eizellen zu produzieren und Kinder zu gebären) gemeint sind, oder ob nach der Genderideologie nicht alle Menschen davon profitieren dürften, die behaupten, sich als Frau zu fühlen. Natürlich würden sie die biologische Rechtfertigung, das Potential gebärfähiger Körper zu schützen, empört von

sich weisen. Der Hinweis, wegen der Überbevölkerung gäbe es daran keinen Mangel mehr und die Gesellschaft könne den Tod von Frauen ebenso verkraften wie den Tod von Männern, würde von diesen Feministen als frauenfeindlich empfunden und mit scharfem Protest quittiert.

Nach dem allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz aus Art. 3 Abs. 1 GG sind gleiche Sachverhalte gleich und ungleiche Sachverhalte ungleich zu behandeln. Art. 3 Abs. 2 GG fordert die Chancengleichheit und akzeptiert ungleiche Ergebnisse aus hormonell bedingt unterschiedlicher Chancenauswertung. Eine Bevorzugung von Frauen könnte höchstens auf Art. 3 Abs. 3 Satz 2 (Umkehrschluss) GG (= eine Bevorzugung von Behinderten ist zulässig) gestützt werden, wenn man die hormonell bedingt geringere Motivation als Behinderung ansehen würde. Aber wollen die (lesbischen?) Feministinnen heterosexuelle Frauen mit der uralten Neigung zur aufsteigenden Partnerwahl wirklich als behindert bezeichnen?

Der Mensch hat schon viel zu oft in die Natur eingegriffen und damit viel Schaden angerichtet. Der Klimawandel lässt grüßen! Mit den aktuellen Eingriffen der Feministinnen und Gleichstellungspolitiker in die Natur des Menschen wird aber eine neue Qualität erreicht. Es bleibt abzuwarten, ob sich bei den Männern langsam ein Widerstand gegen diese gesellschaftliche Kastration aufbaut, und ob die Masse der Frauen den Feministen folgt und wirklich solche entmannten Männer will.

Biologie und Gleichstellung

Die Stellung des menschlichen Daumens zeigt, dass unsere Vorfahren auf Bäumen gelebt haben. Contergan-geschädigte Kinder die mit verkümmerten Händen geboren wurden, konnten auch noch ihre Füße zu Greifwerkzeugen entwickeln. Der Mensch war ursprünglich kein Raubtier. Sein Magen kann rohes Fleisch nur schwer verdauen, mit seinen Zähnen kann er nur schwer Tiere töten und ihm fehlen die Krallen, um Beutetiere festzuhalten. Nachdem er vor ca. 1 Mio. Jahren gelernt hatte, das Feuer zu kontrollieren ist ihm aufgefallen, dass er verbranntes Fleisch sehr gut verdauen konnte. Nachdem er als Aasfresser zunächst tote Tiere ins Feuer warf und der Fleischkonsum sein Gehirn wachsen ließ, wurde er vor ca. 300.000 Jahren zum Jäger und Sammler. Mit dem durch den Fleischkonsum gewachsenen Gehirn lernte er, Werkzeuge und Waffen zu bauen. Die Kindheit der Menschen verlängerte sich. Weil die Frauen das ganze Jahr über gebärfähig waren, waren sie permanent entweder schwanger, oder sie stillten Säuglinge. Der aufrechte Gang erhöhte das Risiko von Fehlgeburten.

Die Rolle des Jägers konnten aus diesen Gründen nur die Männer übernehmen. Es musste sich eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung herausbilden. Die Frauen und Kinder wurden von der Jagdbeute der Männer abhängig. Noch heute sucht das Beuteschema der paarungsbereiten Menschen-Weibchen nach Attributen, die einen Mann zu einem guten Jäger gemacht haben. Vor mehr als 300.000 Jahren waren diese Merkmale noch überlebenswichtig, und seit ca. 12.000 Jahren sind sie es nicht mehr. Daraus ergibt sich, dass unsere Vergangenheit als Jäger in die DNA eingegangen ist, der Wechsel zum

Ackerbauern und Viehzüchter aber nicht; erst recht nicht die ca. 150 Jahre als Industriearbeiter oder Büroangestellter.

Wenn sich die Jäger-Fixierung bei der Partnerwahl in der DNA verewigt hat, dann muss auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung eine instinktive Dimension haben. Wenn sich ein Mann für die Familienarbeit und gegen eine berufliche Karriere entscheidet, dann liegt dem eine sehr bewusste Entscheidung zugrunde. Im Gegenzug ist es für Frauen eine tiefgreifende Entscheidung, die berufliche Karriere zu wählen und auf eine Rolle als Mutter zu verzichten. Die traditionellen Rollen werden dagegen eher automatisch eingenommen. Frauen wie Männer mit steinzeitlichen Verhaltensmustern bei der Partnerwahl bleiben auch in freiheitlichen Gesellschaften freiwillig in den überkommenen Geschlechterrollen. Frauen definieren sich hier über ihre Männer und übertragen ihnen die Verantwortung für die Lebensqualität der Familie. Weil Frauen mit einer DNA aus der Steinzeit körperlich starke Männer bevorzugen, werden sie ihnen auch in der Beziehung eine dominante Rolle zubilligen. Dies kann nicht als Unterdrückung der Frauen gewertet werden, wenn diese Rolle freiwillig eingenommen wird - und wenn man dem Ausleben einer genetischen Veranlagung nicht die Freiwilligkeit absprechen will.

Wenn eine moderne Gesellschaft mit völliger Entscheidungsfreiheit beider Geschlechter und sogar die Unwirksamkeit der steinzeitlichen DNA unterstellt würde, dann hätten trotzdem weder Frauen noch Männer ein objektives Interesse an einer Gleichstellung. Beide würden ihre Verschiedenheit respektiert sehen wollen und sie könnten sich in Zeiten der Kindererziehung mit ihrer Aufgabe in einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung

identifizieren. Wegen der sehr langen Kindheit der Menschen würde eine Abschaffung dieser Arbeitsteilung eine völlige Vergesellschaftung der Kindererziehung erfordern. Wunschkinder wären dann unsinnig. Frauen würden allerdings unter aktuellen Bedingungen und ohne Steinzeit-DNA bei der Suche nach dem zukünftigen Vater ihrer Kinder nicht mehr nach körperlichen Merkmalen entscheiden, sondern nach Intelligenz und anderen Potentialen für beruflichen Erfolg, deren Vererbung sie für ihre Kinder erhoffen. Heute wird solchen Frauen Unaufrichtigkeit und Berechnung unterstellt, und sie werden von der Gesellschaft negativ beurteilt.

Der aktuelle feministische Mainstream will die seit hunderttausenden von Jahren bestehende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung abschaffen, ohne zu einer völligen Vergesellschaftung der Kindererziehung bereit zu sein. Trotzdem unterstützen die Feministen (m/w/d) bei Trennungskindern einseitig die Mütter, was die Widersprüchlichkeit dieser Ideologie nochmals steigert. Der Feminismus fördert also im Ergebnis einseitig die Entscheidung von Frauen gegen Kinder und als Folge auch gegen dauerhafte Partnerschaften mit Männern, selbst wenn Kinder vorhanden sind. Dies kann für Europa mit seinen geringen Geburtenraten keine nachhaltige Position sein. Wegen der faktischen Absage an Kinder hat der Feminismus keine Chance, sich in der DNA der Menschen abzubilden. Er kann deshalb als Versuch der Unterdrückung der Mehrheit und ihrer genetischen Veranlagungen durch eine Minderheit bezeichnet werden. Diese Fremdbestimmung auch einer Mehrheit der Frauen durch eine radikale Minderheit darf nicht hingenommen werden!

Ehe, Familie und die Menschenrechte

In der Resolution 217 A (III) der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 wurde mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in Art. 16 Abs. 1 geregelt: „Heiratsfähige Männer und Frauen haben ... das Recht, zu heiraten und eine Familie zu gründen.“ Abs. 3 ergänzt: „Die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat.“ Es wird also die heterosexuelle Gemeinschaft von Mann und Frau als Menschenrecht anerkannt und einer von ihnen gegründeten Familie mit den von ihnen gezeugten Kindern ein Anspruch auf Schutz zugesprochen, also auch einen Anspruch auf Schutz vor Queer-Beauftragten. Letztere dürfen nicht mit Quer-Denkern verwechselt werden, die sich die Richtung ihres Denkens nicht vorschreiben lassen wollen. Queer ist sicher schräg, aber nicht quer. Sie denken nicht selbständig, sondern mit ideologischen Scheuklappen.

Der Text der UNO wurde in der Folgezeit konkretisiert. In dem am 23.05.1949 verkündeten Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wurde in Art. 6 Abs. 1 geregelt: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.“ In Abs. 4 wurde mit dem Satz „Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.“ ein Grundrecht geschaffen, das die UNO nicht explizit vorgesehen hatte, was aber als vom besonderen Schutz für die Familie als erfasst angesehen werden kann. Im Grundgesetz fehlt ein Recht auf Eheschließung und es wird die Ehe somit nicht ausdrücklich als heterosexuelle Institution definiert. Allerdings regelt Art. 25 GG: „Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des

Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“ In der Präambel der Allgemeine Erklärung der Menschenrechte findet sich die Formulierung:

... **verkündet die Generalversammlung diese Allgemeine Erklärung der Menschenrechte** als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal, damit jeder einzelne und alle Organe der Gesellschaft ... ihre allgemeine und tatsächliche Anerkennung und Einhaltung durch die Bevölkerung der Mitgliedstaaten selbst wie auch durch die Bevölkerung der ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Gebiete zu gewährleisten.

Was, wenn nicht die Menschenrechte sollen die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sein, die Bestandteil des Bundesrechtes sind, den Gesetzen vorgehen und Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes erzeugen? Was soll ein Grundsatz sein, wenn nicht ein gemeinsames Ideal, das jeder einzelne und alle Organe der Gesellschaft anstreben sollen?

Am 04.11.1950 beschloss der Europarat die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und bezog sich dabei ausdrücklich auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948. Hier regelt Art. 12: „Männer und Frauen im heiratsfähigen Alter haben das Recht ... eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen.“ Diese Konvention hat die Bundesrepublik Deutschland

unterschrieben und ratifiziert. Spätestens damit hat Art. 12 EMRK mindestens Gesetzeskraft, und die nach Art. 6 Abs. 1 GG geschützte Ehe und Familie ist als von Männern und Frauen im heiratsfähigen Alter gegründete Familie anzusehen, was den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates wahrscheinlich als so selbstverständlich vorkam, dass sie eine Definition für überflüssig hielten.

Art. 6 GG war also kein Zugeständnis an die Konservativen, das man heute nicht mehr ernstnehmen müsse. Der Schutz heterosexueller Familien, auch vor Diffamierungen und Verunsicherungen aus der LGBTQXYZ-Ecke, ist ein Menschenrecht!

Art. 16 AEMR und Art. 12 EMRK fordern kein Verbot homosexueller Beziehungen und sie verbieten den Staaten auch nicht, sie teilweise mit Familien gleichzustellen, sie konstituieren aber die Heterosexualität als Normalität und machen damit LGBTQXYZ begriffsnotwendig zur Ausnahme. Wenn man aus der Abfolge „heiraten und Familie gründen“ und der Nennung von Ehe und Familie in einem Atemzug (in Art. 6 Abs. 1 GG) folgern kann, dass schon die zukünftige Familie den besonderen Schutz des Staates genießt, dann müssten auch die heiratsfähigen Männer und Frauen vor Verunsicherung geschützt werden. Aus der Systematik von Art. 16 AEMR, Art. 6 Abs. 1 GG und Art. 12 EMRK ergibt sich zwar die Freiheit, nicht gegen den Willen heiraten zu müssen, aber auch die Aufforderung, dass möglichst alle heiratsfähigen Männer und Frauen einen selbst erwählten Partner heiraten und eine Familie gründen sollen. Ein Staat, der von diesem Leitbild abweichende

Lebensformen nicht nur erlaubt, sondern sie propagiert verletzt also die Menschenrechte!

Vor diesem Hintergrund ist Art. 6 Abs. 4 GG (Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.) bemerkenswert. Als vor ca. 2 Mio. Jahren der Homo Erectus den aufrechten Gang entwickelte, erhöhte sich bei den Weibchen bzw. Frauen das Risiko von Fehlgeburten. Bei Vierbeinern werden die Föten von der Buchmuskulatur gehalten und trüchtige Weibchen sind in ihrer Bewegungsfähigkeit kaum eingeschränkt. Bei Zweibeinern liegt der Fötus auf dem Beckenknochen, und schwangere Frauen können beim Laufen und Springen eine Fehlgeburt auslösen. Die Sippen, die mindestens die schwangeren Frauen von körperlichen Anstrengungen entlasteten, hatten also mehr Nachkommen als andere Sippen, die dann ausgestorben sein müssen. Es muss also schon in der Altsteinzeit eine Regelung gegeben haben, die im Grundgesetz 2 Mio. Jahre später lediglich ausformuliert wurde.

In Fortsetzung dieses Gedankengangs kann man die Meinung vertreten, dass Art. 6 Abs. 4 GG das traditionelle Rollenverständnis mit der seit 2 Mio. Jahren herausgebildeten, geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung unter den Schutz der Verfassung stellt. Frauen sind zwar nicht verpflichtet, Mutter zu werden und den Schutz des Art. 6 Abs. 4 GG für sich in Anspruch zu nehmen, sie haben aber trotz Art. 3 Abs. 2 GG ein Recht darauf.

Wenn man den Gedanken des Schutzes heiratsfähiger Männer und Frauen vor Verwirrung entsprechend anwendet, dann muss der Schutz der Mutter auch den Schutz vor einer Verächtlichmachung der Mutterrolle umfassen. Der Staat ist

nicht verpflichtet, die Mütter zu glorifizieren und für ihre Gebärleistung Orden zu verteilen. Die Schutzpflicht verlangt aber schon, dass junge Frauen ermutigt (nicht überredet) werden müssen, Kinder zu bekommen. Eine aktive Verunsicherung von Frauen, insbesondere durch staatliche Queer-Beauftragte wäre aber in jedem Fall verfassungswidrig.

Aus diesen Erkenntnissen folgt:

Es gibt ein Menschenrecht auf ein heterosexuelles Familienleben und auf Mutterschaft. Andere Lebensformen und Kinderlosigkeit sind nicht geschützt. Aus der Tolerierung anderer Lebensformen und diverser Orientierungen folgt eine Pflicht zum Schutz vor Verwirrung und vor gesellschaftlichem Druck, Alternativen zur Normalität ausprobieren⁰⁰⁷⁷ zu müssen. Es gibt eine allgemeine Verpflichtung des Staates zum Schutz der Menschenrechte. Wenn der Staat aber mit der Tolerierung von schrägen und schrillen Erscheinungen eine Gefahr schafft, hat er besondere Schutzpflichten.

Es ist unerträglich, wenn Minderheiten die Mehrheit als psychisch krank bezeichnen. Eine Phobie ist eine Angststörung, bei der eine krankhafte Angst vor ungefährlichen Situationen besteht. Wenn das Gefühl von normalen Menschen, die sich von schrill auftretenden LGBTQXYZ-Typen schlicht belästigt fühlen, als Homophobie und damit als psychische Krankheit diffamiert wird, während sich die schrill auftretenden LGBTQXYZ-Typen als gesund bezeichnen, dann ist das Volksverhetzung. Allerdings haben die Gerichte in der Vergangenheit anti-deutsche Hetze von Ausländern nicht als Volksverhetzung angesehen, weil für die Strafbarkeit eine Hetze gegen Minderheiten und nicht gegen die Mehrheit verlangt werde. Danach wäre es

eine Volksverhetzung, die LGBTQXYZ-Typen als hetereophob zu bezeichnen, die Diffamierung von normalen Menschen wäre aber erlaubt. Es bleibt abzuwarten, wann der Mehrheitsgesellschaft der Kragen platzen wird.

Sex und Macht (metoo)

Kranke Mitglieder einer Sippe wurden in der Steinzeit mitversorgt. Wenn ein Mann aber zu Tode kam und der Versorger der Familie dauerhaft ausfiel, könnte die Hilfsbereitschaft zeitlich begrenzt gewesen sein. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Männer für Teile ihrer Jagdbeute von den mitversorgten alleinstehenden Frauen eines Tages sexuelle Gegenleistungen gefordert haben, oder dass die Frauen sie vorausschauend zur Motivation der Männer angeboten haben. Weil ein Jäger wohl nicht allein zwei Familien versorgen konnte, müsste die Versorgungslast wie auch die sexuelle Gegenleistung auf alle Männer der Sippe verteilt worden sein. Das „älteste Gewerbe der Welt“ nahm seinen Ursprung.

Im Magazin der Süddeutschen Zeitung schrieb Alena Schröder am 25. Januar 2016 in einem amüsanten Text unter dem Titel „Das Liebesregime der Hippie-Affen“ über junge Schimpansen-Männchen: „Sie töten einander im Kampf um Territorien, verhalten sich extrem fremdenfeindlich, foltern ihre Gegner, vergewaltigen die Weibchen und töten häufig die Nachkommen anderer Artgenossen.“ (<https://sz-magazin.sueddeutsche.de/nackte-zahlen-sexkolumne/das-liebesregime-der-hippie-affen-82139>) Das Verhalten der Schimpansen könnte den biologischen Sinn haben, dass sich nur die Männchen

fortpflanzen, deren Körperkraft für das Einfangen eines Weibchens mit anschließender Vergewaltigung ausreicht. Die Schimpansen-Damen rebellieren nicht gegen das artgerechte Verhalten der Schimpansen-Männchen. Sie sah Ähnlichkeiten zu menschlichen Alphas aus der Politik und empfahl ihnen das Vorbild der Bonobo-Affen, die im Matriarchat lebten und siebenmal sooft Sex hätten wie die Schimpansen. Diese Empfehlung war aber vermutlich nicht sehr ernst gemeint, denn bei zweimal Sex am Tag statt zweimal die Woche würden die Feministinnen zu wütenden Protesten aufrufen und die Männer würden fragen, wie die Viagra-Versorgung organisiert werden soll.

Niemand kann aus seiner Haut, nicht die Schimpansen und Bonobos und auch nicht die Menschen. Schimpansen und Menschen haben eine zu 99 % identische DNA! Im Vergleich zu der Beschreibung von Alena Schröder wäre aber selbst Harvey Weinstein, der die metoo-Kampagne provozierte, ein Softie gewesen. Man kann wohl festhalten, dass das Paarungsverhalten auf genetischen Anlagen beruht, und dass diese bei den Menschen nur kulturell überlagert werden. Viele lateinamerikanische Frauen, die von ihren Männern ein Macho-Verhalten kennen, sind von der Ängstlichkeit europäischer Männer irritiert, was also kulturell bedingt sein dürfte. Es ist somit zu fragen, welche Interaktion der Geschlechter unter Berücksichtigung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung von Jägern und Sammlern, die Teil der DNA geworden sein dürfte (warum sonst suchen Frauen noch immer nach guten Jägern), der Natur des Steinzeit-Menschen entspricht und welche unter den heutigen Bedingungen sinnvoll wäre.

Ein Schimpanse ist mit ca. 8 Jahren geschlechtsreif, ein Pferd mit ca. 15 Monaten, eine Kuh mit etwa 10 Monaten und ein Schwein mit etwa 5 Monaten. Wegen der sehr viel längeren Kindheit der Menschen musste sich hier eine intensivere Paarbeziehung entwickeln, die der brütender Vögel ähnelt. Trotzdem sind die Menschen Säugetiere aus der Gruppe der Affen geblieben. Die ebenfalls lange Kindheit der Schimpansen und Bonobos hat bei ihnen aber nicht zu einer intensiven Paarbeziehung geführt, gleichgültig ob die Affenkinder aus Vergewaltigungen oder One-Night-Stands entstanden sind. Bei den Menschen muss sich deshalb auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung der Jäger und Sammler ausgewirkt haben. Im Umkehrschluss kann dann vermutet werden, dass eine Aufhebung dieser Arbeitsteilung und eine völlige Gleichstellung der Geschlechter langfristig eine Rückkehr zu oberflächlichen Beziehungen wie bei Bonobos bewirken würde.

Bei Vögeln dominiert ein gewaltfreies Balzverhalten, während brunftige Säugetiere teilweise blutige bis tödliche Kämpfe um die Weibchen austragen. Bei Vögeln entscheiden sich die paarungsbereiten Weibchen für eindrucksvoll balzende dominante Männchen. Das hat Ähnlichkeiten mit dem menschlichen Verhalten in modernen Gesellschaften, in denen z.B. ein prächtiges Gefieder durch ein schnelles Auto ersetzt wird. Bei Hirschen erobert das stärkere Männchen eine Herde und damit das Revier. Danach bespringt er alle Hirschkühe, denen die Person des Platzhirsches offenbar egal ist. Dieses Verhalten wäre beim Menschen nur in Gesellschaften denkbar, in denen die Frauen vollkommen unterdrückt wären. Aber auch in diesen Gesellschaften würden keine blutigen Kämpfe um die Frauen ausgetragen, sondern sie würden von Familienoberhäuptern verschachert. Der Instinkt, sein Revier zu

verteidigen, ist aber auch beim Menschen vorhanden. Er wird bei der Eifersucht oder auch bei Skepsis gegenüber Zuwanderern erkennbar.

Weil es auch beim Menschen eine Verbindung zwischen Sexualität und Machtausübung gibt, dürfte eine abgeschwächte Form des Vergewaltiger-Gens von Schimpansen, Hirschen oder Rindern (und vielen anderen Tieren) auch beim Menschen anzutreffen sein. Seine Unterdrückung ist ein kulturelles Anliegen. Noch bis zur Abschaffung des Schuldprinzips bei Ehescheidungen in 1977 waren die Eheleute rechtlich zur sexuellen Hingabe an den Partner verpflichtet. Seit 1997 ist die Einforderung dieser ehelichen Pflichten als Vergewaltigung in der Ehe strafbar. In solch kurzer Zeit kann sich die DNA des Menschen noch nicht an die um 180 Grad veränderten gesellschaftlichen Erwartungen angepasst haben.

Es ist auch nicht zu erwarten, dass dies jemals geschehen wird. Als Gegenstück zum Vergewaltiger-Gen bei Männern muss es auch ein Opfer-Gen bei Frauen geben. Es muss also Frauen geben, die es genießen, von ihren (nicht von fremden!) Männern ohne vorherige Diskussion über die aktuelle Gefühlslage und nach ausreichender Stimulation leidenschaftlich genommen zu werden; sonst hätte sich in der Evolution auch bei den Schimpansen kein Vergewaltiger-Gen herausbilden können. Eine gesteigerte Intensität könnte bei Anhängern von SM-Praktiken vorliegen. Es ist wahrscheinlich, dass die Träger solcher Gene mehr Kinder zeugen als Softies oder Homosexuelle und dass sie ihre mit dem aktuellen feministischen Mainstream nicht vereinbare Veranlagung damit an zukünftige Generationen weitergeben.

Corona und die Pharma-Lobby

Hier soll nicht die Argumentation der Corona-Maßnahmen-Kritiker wiederholt werden. Es sollen vielmehr die Maßnahmen untersucht werden, mit denen der gesunde Menschenverstand im Volk weitgehend ausgeschaltet wurde.

Kontrolle der Information

An die Feststellungen zu Beginn dieses Buches soll an dieser Stelle erinnert werden:

Information schafft Wissen, Wissen ermöglicht Denken, und Denken erzeugt Kritik.

Seit Anfang 2020 hat sich die zivilisierte Welt vom Grundsatz „Audiatur et altera pars“ verabschiedet. Vertreter abweichender Meinungen und Einschätzungen zum Corona-Virus wurden als Querdenker, Verschwörungstheoretiker, Covidioten oder Schwurbler (neue Worte für „Ketzer“) auf einem virtuellen Scheiterhaufen verbrannt. Anerkannte Fachleute und Wissenschaftler wurden plötzlich zu Spinnern erklärt.

Bei medizinischen Fragen fällt es dem Normalbürger schwer, sich die nötigen Informationen zu beschaffen und sie richtig einzuordnen. In Gefahrensituationen scharft sich das Volk um seiner Regierung, denn sie hat als einzige die Machtmittel, um die Gefahrenabwehr zu organisieren. Die Bürger müssen dann auch darauf vertrauen, dass nach bestem Wissen und Gewissen die richtigen Antworten gesucht werden und dass ihre Regierung auch die Charakterstärke aufbringt, Irrtümer einzuräumen und einen falschen Kurs zu korrigieren. Mindestens muss er darauf vertrauen, dass „die Fachleute“ entsprechend reagieren. Diese „Notbremse“ ist aber dann wirkungslos, wenn die Regierung ihre Berater einseitig auswählt und

Expertengremien nur mit Ja-Sagern statt mit kritischen Geistern besetzt, und wenn dann kritische Stimmen außerhalb dieser Echoblasen niedergebrüllt werden. Audiatur et altera pars!

Das Verhalten der Bundesregierung steht in einer Linie mit der Wortschöpfung der Bundeskanzlerin aus 2009 „alternativlos“, die von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum deutschen Unwort des Jahres 2010 gekürt wurde. Das war aber kein deutscher Sonderweg. So gibt es den englischen Begriff TINA (there is no alternative) mit der gleichen Bedeutung. Es scheint eine weltweite Tendenz im Rahmen des „umgekehrten Totalitarismus“ vorzuliegen, das Einvernehmen von Wirtschaft und Politik nicht mit dem Volk diskutieren zu wollen und es mit Regierungspropaganda zu überfluten, in der die abweichenden Meinungen nicht mehr auszumachen sind.

Event 201

Dass multinationale Konzerne und Wirtschaftslobbys vielfach mächtiger sind als die Regierungen dieser Welt, war zumindest bis 2019 keine Verschwörungstheorie. Ein Beispiel für das Einvernehmen von Wirtschaft und Politik im Rahmen des „umgekehrten Totalitarismus“ war das Event 201. Im Oktober 2019 wurde den Regierungen von hochkarätigen Lobbyisten in aller Öffentlichkeit eine Vorlesung zum Umgang mit einer Pandemie gehalten, die dann wenige Monate später ausgelöst wurde.

Am 18. Oktober 2019 fand *Event 201* statt, eine von der *Bill & Melinda Gates* Stiftung, dem *Weltwirtschaftsforum* und der *Johns Hopkins University* durchgeführte Simulation einer Corona-Pandemie. Die Teilnehmer aus dem privaten und öffentlichen Sektor bekamen das Szenario präsentiert und diskutierten, was zu tun sei. Es gibt eine Website (<https://www.centerforhealthsecurity.org/event201/> - das Center for Health Security ist eine Einrichtung der *Johns Hopkins University*) und ein offizielles Video (<https://www.youtube.com/watch?v=AoLw-Q8X174>) davon, mit einem Zusammenschnitt aus der Szenario-Vorstellung und der Diskussion der Teilnehmer, die im Rollenspiel Mitglieder eines Pandemie-Kontrollrats sind. Die Teilnehmer aus dem privaten und öffentlichen Sektor bekamen nach der offiziellen Version das Szenario präsentiert und diskutierten, was zu tun sei. Kontroversen sind aber mindestens nach dem offiziellen Video nicht vorgekommen. Man kann daraus vermuten, dass es eher ein Drehbuch gab und die Teilnehmer ihre Rollen gespielt haben.

Die Veranstalter waren nach der Kommandoübung gut vorbereitet. Die Johns-Hopkins-Universität hatte sofort die für Event 201 verwendeten Darstellungen zu einer Website über den weltweiten Verlauf der Pandemie aufgerüstet. Bill Gates, der über seine Stiftung als größter Geldgeber der WHO Einfluss auf die Organisation hat, ließ die Ergebnisse des Event 201 über die WHO an alle Regierungen der Welt als Handlungsempfehlung verschicken. Das Weltwirtschaftsforum bald nach Beginn der Pandemie das Konzept des „Great Reset“ zu einem wirtschaftlichen Neustart. Ohne diese Perspektive hätte es keinen Sinn ergeben, dass das WEF als Veranstalter auftrat. Alle drei müssen

hellseherischen Fähigkeiten gehabt haben; von dem Wuhan-Virus konnten sie nach offizieller Lesart noch nichts wissen.

Den guten Riecher für die Zukunft hatte auch das kleine Mainzer Unternehmen BioNTech, das sich mit der Herstellung von Krebstherapien beschäftigte, allerdings nur als Forschungsprojekte. Lt. Geschäftsbericht 2019 begann man in diesem Jahr auch mit der Entwicklung eines mRNA-Impfstoffs gegen Coronaviren, vor dem Auftreten der Viren in Wuhan. Wenige Monate vor dem Event 201 beteiligte sich die *Bill & Melinda Gates* Stiftung an BioNTech. Hatte Bill Gates Insiderinformationen, die er an das Mainzer Unternehmen weitergegeben hat? Es verwundert niemanden, dass die Studien für die Zulassung des mRNA-Impfstoffs von BioNTech an die Johns-Hopkins-Universität in Auftrag gegeben wurden. Schließlich handelt es sich hier um eine angesehene Einrichtung, die mit ihrer guten Vernetzung mit der Gates-Stiftung völlig unabhängig von der Pharmaindustrie ist.

Von den 7 Punkten der Abschlusserklärung sind die Punkte 4 und 7 interessant.

4. Die Regierungen sollten mehr Ressourcen und Unterstützung für die Entwicklung und Herstellung von Impfstoffen, Therapeutika und Diagnostika bereitstellen, die während einer schweren Pandemie erforderlich werden.

Die Forderung von Lobbyisten, der Staat solle mehr Geld ausgeben, ist nicht ungewöhnlich. Die Forderung nach der Unterstützung zur Entwicklung von Impfstoffen, an denen BioNTech bereits forschte, ist es schon. Coronaviren,

und um die ging es im Event 201, waren 2019 nicht unbekannt. Die Fachwelt wusste, dass sie sehr schnell mutieren, und dass eine Impfung gegen diese Viren deshalb praktisch unmöglich war. Zudem dauerte die Entwicklung eines Impfstoffs mindestens 6 Jahre, und dass musste man für eine aktuelle Bedrohung als zu spät einschätzen. Die Entwicklung von Impfstoffen wäre also nach dem Kenntnisstand vom Oktober 2019 ein ungeeignetes Mittel gewesen, das man sofort hätte verwerfen müssen. Die Regierungskritiker meinen immer noch, dass es wirklich ungeeignet war.

Die Entwicklung von Corona-Impfstoffen wäre also wirtschaftlich unsinnig gewesen, wenn keine Corona-Pandemie vor der Tür gestanden hätte. Die Forderung nach Impfstoffen wäre unsinnig gewesen, wenn es keine Erwartung gegeben hätte, dass in kurzer Zeit auch ein Produkt angeboten würde. Es bleibt dann aber die Frage, woher Bill Gates dieses Insiderwissen für die Beteiligung an BioNTech hatte, bevor die erste Erkrankung überhaupt registriert wurde.

Wer versuchen würde, auf diese Fragen eine Antwort zu finden, würde sofort als Verschwörungstheoretiker diffamiert und ausgegrenzt. Die Teilnehmer des Events, die politische Entscheidungsträger nachahmen sollten, kann man eher als Lobbyisten charakterisieren. Eine Ausnahme bildete nur der chinesische Vertreter, der aus dem Regierungsapparat kam. Es bleibt dem Leser überlassen, ob er daraus Schlüsse ziehen will.

7. Regierungen und der Privatsektor sollten der Entwicklung von Methoden zur Bekämpfung von Falschinformationen und Desinformation vor der nächsten Pandemie eine größere Priorität einräumen.

Interessant ist, dass die Kontrolle der Verbreitung von Informationen schon vor der nächsten Pandemie beginnen sollte; ihr Ausbruch war schließlich unvorhersehbar. Sofern es irgendwann zu einer Pandemie käme, sollte die Welt mit gleichgeschalteten Medien bereits darauf vorbereitet sein. Ganz so schnell waren die Regierungen dann doch nicht. Aber mit Beginn der Pandemie wurden die Empfehlungen der Veranstalter von den Mitgliedsstaaten der WHO umgesetzt. Punkt 7 wurde im Abschlussdokument wie folgt konkretisiert: „Die Regierungen müssen mit traditionellen und Social-Media-Unternehmen zusammenarbeiten, um schnelle Ansätze zur Bekämpfung von Fehlinformationen zu erforschen und zu entwickeln. Dies erfordert die Entwicklung der Fähigkeit, Medien schnell, genau und konsistent mit Information zu überfluten. ... Die nationalen Gesundheitsbehörden sollten eng mit der WHO zusammenarbeiten, um die Möglichkeit zu schaffen, schnell konsistente Gesundheitsbotschaften zu entwickeln und zu veröffentlichen. Medienunternehmen sollten sich ihrerseits dafür einsetzen, dass maßgebliche Botschaften priorisiert und falsche Botschaften unterdrückt werden, auch durch den Einsatz von Technologie.“

Die Bürger wurden über die Mainstreammedien mit den offiziellen Botschaften der WHO überflutet und die Medienunternehmen haben unliebsame Botschaften durch den Einsatz von Technologie unterdrückt. Weil nach der Definition von Bill Gates ständig eine Pandemie droht, ist nach der Pandemie immer auch vor der Pandemie. Die Forderung „... der Entwicklung von Methoden zur Bekämpfung von Falschinformationen und Desinformation vor der nächsten Pandemie eine größere Priorität ...“ einzuräumen und die Beachtung der Event-201-Empfehlungen während der Pandemie, lassen

Schlimmes befürchten. Art. 5 Abs. 1 GG ist wahrscheinlich Vergangenheit! Man kann seine Meinung in Wort, Schrift und Bild nicht mehr frei zu äußern, weil es keine Medien mehr geben wird, wo dies möglich ist. Man wird sich nicht mehr aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert unterrichten können, weil nur noch regierungsfreundliche Quellen ungehindert zugänglich sein werden.

Das Marketing-Event vom Oktober 2019 scheint in 2022 wiederholt zu werden. Am 19. Mai übten außerdem die G7-Gesundheitsminister einen „Leoparden-Pocken“-Ausbruch. Schon 2017 warnte dann Bill Gates auf der Münchner Sicherheitskonferenz: „Die nächste Epidemie könnte auf dem Computerbildschirm eines Terroristen entstehen, der mit Hilfe von Gentechnik eine synthetische Version des Pockenvirus oder einen extrem ansteckenden und tödlichen Grippeerreger erzeugen will.“ Vier Jahre später, im März 2021 wurde von der Gates-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Münchner Sicherheitskonferenz genau das geprobt: eine „tödliche, globale Pandemie“ mit einem „ungewöhnlichen Stamm des Affenpockenvirus“, der in einem Labor „künstlich hergestellt“ und dann „auf überfüllten Bahnhöfen“ absichtlich verbreitet wird. Die Pandemie dauert laut Drehbuch 18 Monate. Das Übungsszenario endet mit „mehr als drei Milliarden Fällen und 270 Millionen Todesfällen“. Laut den Übungsunterlagen aus dem Jahr 2021 beginnt die (fiktive) Affenpocken-Pandemie am 15. Mai 2022. Am 7. Mai 2022 wurde die WHO über einen bestätigten Fall von Affenpocken bei einer Person informiert, die aus dem Vereinigten Königreich nach Nigeria reiste und anschließend in das Vereinigte Königreich zurückkehrte - wie bei Event 201 ein Zufall? Passenderweise gibt es auch schon ein Heilmittel für die

Affenpocken, das seit Anfang 2022 in der EU zugelassen ist. Der Hersteller SIGA Technologies steht aktuell in Verhandlungen mit zahlreichen Regierungen.

Bill Gates wurde als Gründer von Microsoft berühmt; er kommt also aus der Informationstechnologie. Er muss über Techniken der Information verfügen, die anderen Menschen und Institutionen nicht zugänglich sind. Mit diesem Insiderwissen konnte er das Auftreten eines neuartigen Coronavirus Ende 2019 sowie Affenpocken in 2022 vorhersagen. Zu Zeiten des Alten Testaments hätte man ihn mit diesen Fähigkeiten als einen Propheten bezeichnet.

Nach einigen kritischen Berichten sahen sich die Organisatoren gezwungen, eine Erklärung zu veröffentlichen. Darin heißt es: „Im Oktober 2019 leitete das Johns Hopkins Center for Health Security zusammen mit Partnern, dem Weltwirtschaftsforum und der Bill & Melinda Gates-Stiftung, eine Pandemie-Übung namens ‚Event 201‘. ... Im Zuge des Szenarios haben wir eine fiktive Coronavirus-Pandemie simuliert, aber wir haben explizit gesagt, dass es sich dabei um keine Vorhersage handelt. Auch wenn unsere Übung einen frei erfundenen, neuartigen Coronavirus beinhaltete, waren die Faktoren, welche wir nutzten, um diesen erfundenen Virus zu modellieren, nicht ähnlich zu nCov-2019.“ (<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/503951/Event-201-Eine-sonderbare-Pandemie-UEbung-kurz-vor-Ausbruch-der-Corona-Krise>; 14.06.22) Die unähnlichen Faktoren konnten externe Kommentatoren nicht erkennen; sie sahen nur die Gemeinsamkeiten. Es wurde auch nicht dargelegt, warum man ein neuartiges Coronavirus für eine relevante Gefahr hielt.

Fehlalarm?

Am 07.05.20 wurde vom Referat KM4 des Bundesinnenministeriums, das für den Schutz der kritischen Infrastruktur (also auch des Gesundheitswesens vor Überlastung) zuständig ist, mit Hilfe externer Experten eine Analyse des Krisenmanagements der ersten Wochen der Corona-Maßnahmen erstellt. Aus den Quellenangaben ergibt sich, dass die bis zum 17.04.20 vorliegenden Erkenntnisse hierin eingeflossen sind. Die Endfassung wurde wohl mit den Experten abgestimmt und von einem von ihnen vermutlich weitergegeben, wonach dieser Bericht an die Öffentlichkeit gelangt ist. Der zuständige Referent wurde darauf vom Dienst suspendiert und nach einem nichtrechtskräftigen Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin aus dem Dienst entfernt. Dem 93seitigen Bericht wurde folgende Zusammenfassung vorangestellt:

KM 4 – 51000/29#2

KM4 Analyse des Krisenmanagements (Kurzfassung)

Vorbemerkung:

Aufgabe und Ziel von Krisenstäben und jeglichem Krisenmanagement ist es, besondere Gefahren zu erkennen und sie so lange zu bekämpfen, bis der Normalzustand wieder erreicht ist. Ein Normalzustand kann also keine Krise sein.

Zusammenfassung der Analyseergebnisse

1. Das Krisenmanagement hat in der Vergangenheit (leider wider besseren institutionellen Wissens) keine adäquaten Instrumente zur Gefahrenanalyse und -bewertung aufgebaut. Die Lageberichte, in denen alle entscheidungsrelevanten Informationen zusammengefasst werden müssten, behandeln in der laufenden Krise bis heute nur einen kleinen Ausschnitt des drohenden Gefahrenspektrums. Auf der Basis unvollständiger und ungeeigneter Informationen in den Lagebildern ist eine Gefahreneinschätzung grundsätzlich nicht möglich. Ohne korrekt erhobene Gefahreneinschätzung kann es keine angemessene und wirksame Maßnahmenplanung geben. Das methodische Defizit wirkt sich bei jeder Transformation auf eine höhere Ebene aus; die Politik hatte bisher eine stark reduzierte Chance, die sachlich richtigen Entscheidungen zu treffen.

2. Die beobachtbaren Wirkungen und Auswirkungen von COVID-19 lassen keine ausreichende Evidenz dafür erkennen, dass es sich – bezogen auf die gesundheitlichen Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft – um mehr als um einen Fehlalarm handelt. Durch den neuen Virus bestand vermutlich zu keinem Zeitpunkt eine über das Normalmaß hinausgehende Gefahr für die Bevölkerung (Vergleichsgröße ist das übliche Sterbegeschehen in DEU). Es sterben an Corona im Wesentlichen die Menschen, die statistisch dieses Jahr sterben, weil sie am Ende ihres Lebens angekommen sind und ihr geschwächter Körper sich beliebiger zufälliger Alltagsbelastungen nicht mehr erwehren kann (darunter der etwa 150 derzeit im Umlauf befindlichen Viren). Die Gefährlichkeit von Covid-19 wurde überschätzt. (innerhalb eines Vierteljahres weltweit nicht mehr als 250.000 Todesfälle mit Covid-19, gegenüber 1,5 Mio. Toten während der Influenzawelle 2017/18). Die

Gefahr ist offenkundig nicht größer als die vieler anderer Viren. Wir haben es aller Voraussicht nach mit einem über längere Zeit unerkannt gebliebenen globalen Fehlalarm zu tun. – Dieses Analyseergebnis ist von KM 4 auf wissenschaftliche Plausibilität überprüft worden und widerspricht im Wesentlichen nicht den vom RKI vorgelegten Daten und Risikobewertungen.

3. Dass der mutmaßliche Fehlalarm über Wochen unentdeckt blieb, hat einen wesentlichen Grund darin, dass die geltenden Rahmenvorgaben zum Handeln des Krisenstabs und des Krisenmanagement in einer Pandemie keine geeigneten Detektionsinstrumente enthalten, die automatisch einen Alarm auslösen und den sofortigen Abbruch von Maßnahmen einleiten würden, sobald sich entweder eine Pandemiewarnung als Fehlalarm herausstellte oder abzusehen ist, dass die Kollateralschäden – und darunter insbesondere die Menschenleben vernichtenden Anteile – größer zu werden drohen, als das gesundheitliche und insbesondere das tödliche Potential der betrachteten Erkrankung ausmacht.

4. Der Kollateralschaden ist inzwischen höher als der erkennbare Nutzen. Dieser Feststellung liegt keine Gegenüberstellung von materiellen Schäden mit Personenschäden (Menschenleben) zu Grunde! Alleine ein Vergleich von bisherigen Todesfällen durch den Virus mit Todesfällen durch die staatlich verfügbaren Schutzmaßnahmen (beides ohne sichere Datenbasis) belegen den Befund. Eine von Wissenschaftlern auf Plausibilität überprüfte überblicksartige Zusammenstellung gesundheitlichen Kollateralschäden (incl. Todesfälle) ist unten angefügt.

5. Der (völlig zweckfreie) Kollateralschaden der Coronakrise ist zwischenzeitlich gigantisch. Ein großer Teil dieses Schadens wird sich sogar erst in der näheren und fernerer Zukunft manifestieren. Dies kann nicht mehr verhindert, sondern nur noch begrenzt werden.

6. Kritische Infrastrukturen sind die überlebensnotwendigen Lebensadern moderner Gesellschaften. Bei den Kritischen Infrastrukturen ist in Folge der Schutzmaßnahmen die aktuelle Versorgungssicherheit nicht mehr wie gewohnt gegeben (bisher graduelle Reduktion der prinzipiellen Versorgungssicherheit, die sich z.B. in kommenden Belastungssituationen niederschlagen kann). Die Resilienz des hochkomplexen und stark interdependenten Gesamtsystems Kritischer Infrastrukturen ist gesunken. Unsere Gesellschaft lebt ab sofort mit einer gestiegenen Verletzlichkeit und höheren Ausfallrisiken von lebenswichtigen Infrastrukturen. Das kann fatale Folgen haben, falls auf dem inzwischen reduzierten Resilienzniveau von KRITIS eine wirklich gefährliche Pandemie oder eine andere Bedrohung eintreten würde.

UN-Generalsekretär António Guterres sprach vor vier Wochen ein grundlegendes Risiko an. Guterres sagte (laut einem Tagesschaubericht vom 10.4.2020): „Die Schwächen und mangelhafte Vorbereitung, die durch diese Pandemie offengelegt wurden, geben Einblicke darin, wie ein bioterroristischer Angriff aussehen könnte - und [diese Schwächen] erhöhen möglicherweise das Risiko dafür.“ Nach unseren Analysen ist ein gravierender Mangel in DEU das Fehlen eines adäquaten Gefahrenanalyse und -bewertungssystems in Krisensituationen (s.o.).

7. Die staatlich angeordneten Schutzmaßnahmen, sowie die vielfältigen gesellschaftlichen Aktivitäten und Initiativen, die als ursprüngliche Schutzmaßnahmen den Kollateralschaden bewirken, aber inzwischen jeden Sinn verloren haben, sind größtenteils immer noch in Kraft. Es wird dringend empfohlen, sie kurzfristig vollständig aufzuheben, um Schaden von der Bevölkerung abzuwenden – insbesondere unnötige zusätzliche Todesfälle –, und um die möglicherweise prekär werdende Lage bei den Kritischen Infrastrukturen zu stabilisieren.

8. Die Defizite und Fehlleistungen im Krisenmanagement haben in der Konsequenz zu einer Vermittlung von nicht stichhaltigen Informationen geführt und damit eine Desinformation der Bevölkerung ausgelöst. (Ein Vorwurf könnte lauten: Der Staat hat sich in der Coronakrise als einer der größten fake-news-Produzenten erwiesen.)

Aus diesen Erkenntnissen ergibt sich:

- a) Die Verhältnismäßigkeit von Eingriffen in Rechte von z.B. Bürgern ist derzeit nicht gegeben, da staatlicherseits keine angemessene Abwägung mit den Folgen durchgeführt wurde. Das BVerfG fordert eine angemessene Abwägung von Maßnahmen mit negativen Folgen (PSPP Urteil vom 5. Mai 2020).
- b) Die Lageberichte des Krisenstabs BMI-BMG und die Lagemitteilungen des Bundes an die Länder müssen daher ab sofort
 - eine angemessene Gefahrenanalyse und -bewertung vornehmen.

- eine zusätzliche Abteilung mit aussagekräftige Daten über Kollateralschäden enthalten (siehe z.B. Ausführungen in der Langfassung)
 - befreit werden von überflüssigen Daten und Informationen, die für die Gefahrenbewertung nicht erforderlich sind, weil sie die Übersicht erschweren.
 - Es müssten Kennzahlen gebildet und vorangestellt werden.
- c) Es ist unverzüglich eine angemessene Gefahrenanalyse und -bewertung durchzuführen. Anderenfalls könnte der Staat für entstandene Schäden haftbar sein.

Zum Punkt 2 wurden dem Verfasser dieses Buchs 8 Monate später für seine Internetseite Daten aus einem anderen Bundesministerium zugespielt, wonach wegen der demografischen Entwicklung aufgrund der nicht mehr lebenden Kriegsteilnehmergeneration (die Gefallenen reduzierten die natürlichen Sterbefälle in diesen Jahrgängen) auch ohne Corona mit einem stärkeren Anstieg der Sterbefälle gerechnet wurde, als er mit Corona zu beobachten war.

Die Reaktion des damaligen Innenministers Seehofer zeigt, dass es den Politikern niemals um den Schutz der Bevölkerung ging, sondern dass ein Programm durchgezogen werden sollte. Die mRNA-Impfstoffe, die unter normalen Bedingungen wegen der kurzen Entwicklungszeit nicht zugelassen und wegen der Gentechnik-Skepsis der Bevölkerung nicht akzeptiert worden wären, sollten durchgesetzt werden.

<https://www.freiewelt.net/nachricht/corona-papier-des-innenministeriums-empfehl-den-buergern-angst-zu-machen-10080885/>, <https://perspektive-online.net/2020/04/strategie-papier-des-innenministeriums-aufgetaucht-bevoelkerung-sollte-angst-vor-coronavirus-gemacht-werden/> und andere Blogs haben Anfang April 2020 über ein Strategiepapier aus dem Hause Seehofer berichtet, in dem empfohlen wurde, den Bürgern Corona-Angst zu machen, um Verständnis für die massiven Maßnahmen zu schaffen. Eine normale Krisenkommunikation hat das Ziel, die Bürger zu beruhigen und eine Panik zu verhindern. Im Gegensatz dazu schlug das Strategiepapier vor, die Aufmerksamkeit von der recht geringen Todesrate auf die menschliche „Urangst“ vor dem Ersticken umzuleiten um eine „gewünschte Schockwirkung“ zu erzielen.

Zentrale Maßnahme, die in „Wie wir Covid-19 unter Kontrolle bekommen“ vorgeschlagen wird, ist dabei das Säen von Angst. Man müsse wegkommen von einer Fokussierung auf die recht gering scheinende Todesrate und auf die möglichen Folgen der Pandemie aufmerksam machen. In dem Papier ist von einer „gewünschten Schockwirkung“ die Rede. Auch Kindern solle bewusstgemacht werden, dass sie ihre Eltern potentiell anstecken und umbringen könnten. Der Verfasser der Analyse des Krisenmanagements arbeitete also in eine unerwünschte Richtung. Alternativen zu der unter Normalbedingungen undurchführbaren Impfstrategie sollten niemals geprüft werden. Eine Abwägung mit den Kollateralschäden war nicht gewollt. Deshalb war es konsequent, die überhaupt nicht zu erfassen.

Die Politiker müssen also gewusst haben, dass ihre Politik zur Erreichung der erklärten Ziele ungeeignet war. Wenn man von einer intensiven Vernetzung von Wirtschaft und Politik ausgeht, hat die Politik auch keine eigenständigen Interessen.

Impfung, Risiken und Nebenwirkungen

Am 24.08.21 wurde der Verfasser positiv getestet und am 30.08.21 musste er sich zur Behandlung ins Krankenhaus begeben. Am 04.01.2022 erhob er beim Amtsgericht Darmstadt Untätigkeitsklage wegen der Ungleichbehandlung der Genesenen gegenüber Geimpften, nachdem das zuständige Landratsamt seinen Widerspruch gegen die Genesenenbescheinigung 3 Monate nicht beantwortet hatte. In seiner Klage stützte er sich auf die Statistiken des Robert-Koch-Instituts, die er zu 8 Grafiken verdichtete. Auf <https://www.prof-mueller.net/klage/gleichbehandlung/> wird über das Verfahren informiert. Harald Walach, der die Grafiken für eine Publikation auf seiner Website verwendete, kam darin zu folgender Einschätzung:

„Es gibt aus meiner Sicht drei Interpretationen für all diese Daten und Analysen und keine ist schmeichelhaft für die Impfung:

1. Die Impfung verhindert Infektionen, aber nur kurzfristig. Man könnte den Rückgang der Infektionszahlen Anfang 2021 so interpretieren, als noch im Winter die Infektionen zurückgingen (Abbildung 6, blaue Kurve). Aber dass sie dann im Mai wieder anstiegen, wo normalerweise, im Jahr davor zum Beispiel, die Infektionen zurückgehen, passt nicht ins Bild. Das heißt: ihre Wirkung ist sehr begrenzt.

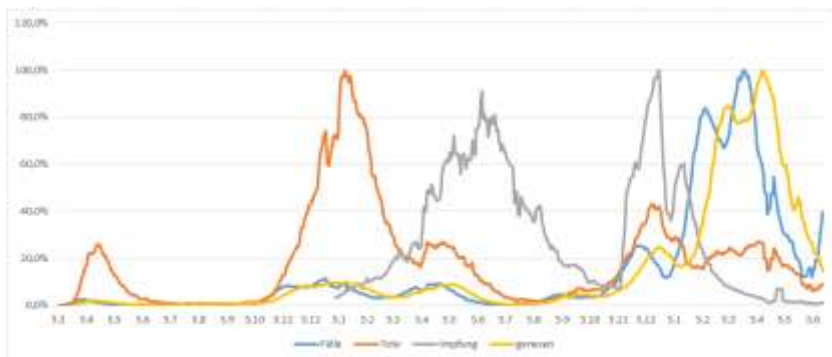
2. Die Impfung verhindert nur die Fälle, die auf die Virusvariante zurückgehen, für die sie ursprünglich ausgelegt war. Kommt eine neue, ist der Impfschutz dahin. Die Lösung, dass man bei jeder neuen Variante einen neuen Impfstoff braucht, zwei- bis fünfmal im Jahr, mag ja eine gute Idee für die Industrie sein, die die Stoffe herstellt, weil sie sich damit eine Cash-Maschine gebaut hat. Aber sie ist eine sehr schlechte Idee für die, die die Impfstoffe kriegen, weil mit jeder Impfung die Gefahr einer autoimmunologisch vermittelten Entgleisung steigt (siehe oben).
3. Die Impfung trägt sogar zu einer Steigerung der Empfindlichkeit bei, wenn eine neue Virus-Variante auf dem Anmarsch ist. Möglicherweise trägt sie sogar dazu bei, dass durch Mutation aggressivere Virusstämme entstehen, wie manche mutmaßen [...], weil dadurch ein höherer Evolutionsdruck auf das Virus ausgeübt wird. Denn bei jeder viralen Replikation in einem Organismus gibt es immer ein paar Fehlkopien. Wenn diese von einem Immunsystem, das durch eine Impfung, die das System auf eine sehr enge Erkennung von Virusmerkmalen eingestellt hat übersehen werden, dann können sie sich weitervermehren und der Geimpfte wird zu einem schwachen Ausscheider einer impfresistenten Variante, die dann um sich greifen kann. Mit einer natürlichen Immunität, die eine sehr viel breitere Erkennung von Viruslandschaften bereitstellt, würde so etwas nicht so leicht passieren.
4. Die Impfungen richten aufgrund eines noch nicht erkannten Sicherheitssignals mehr Schaden an, als sie nützen, oder auf jeden Falls mehr, als wir denken.

Keine dieser vier Optionen ist sonderlich schmeichelhaft für die Impfung.“

(<https://harald-walach.de/2021/12/21/intensivstationen-impfpflicht-und-mehr/>)

Der Leser soll hier nicht mit endlosen Zahlenkolonnen gelangweilt werden. Die Darstellung des Pandemieverlaufs kann mit einer Grafik erfolgen.

Verlauf der Pandemie zwischen März 2020 und Juni 2022



Quelle: eigene Auswertung aus den täglichen Situationsberichten des Robert-Koch-Instituts

Die gemeldeten Fallzahlen, den Todesfällen mit Infektion, den Impfungen und Genesenen dargestellt werden darin mit Linien in Prozent des Maximalwertes für dieses Merkmal dargestellt. Die meisten Todesfälle waren im Winter 20/21 zu beobachten und die Impfungen in 2021 konnten die Maximalwerte bei den gemeldeten Fällen Anfang 2022 nicht verhindern. Die Todesfälle blieben später im Bereich von 2020, der einer mittelschweren Grippewelle entsprach.

Berichte über die Risiken des neuartigen mRNA-Impfstoffs könnten ein eigenes Buch füllen. Weil der Verfasser aber hier keine Medizinerdiskussion führen will, möchte er die Risiken und Nebenwirkungen dieser Präparate aus statistischer Sicht thematisieren. Am 16.11.21 erregte der Text „Je höher die Impfquote, desto höher die Übersterblichkeit“ von Prof. Dr. Rolf Steyer und Dr. Gregor Kappler von der Universität Jena, der nicht zur Veröffentlichung bestimmt war, zu folgender Zusammenfassung:

Die Korrelation zwischen der Übersterblichkeit in den Bundesländern und deren Impfquote bei Gewichtung mit der relativen Einwohnerzahl des Bundeslands beträgt 0,31. Diese Zahl ist erstaunlich hoch und wäre negativ zu erwarten, wenn die Impfung die Sterblichkeit verringern würde. Für den betrachteten Zeitraum (KW 36 bis KW 40, 2021) gilt also: *Je höher die Impfquote, desto höher die Übersterblichkeit.* Angesichts der anstehenden politischen Maßnahmen zur angestrebten Eindämmung des Virus ist diese Zahl beunruhigend und erklärungsbedürftig, wenn man weitere politische Maßnahmen ergreifen will, mit dem Ziel, die Impfquote zu erhöhen.

(<https://tkp.at/2021/11/19/der-wert-eines-menschen-haengt-nicht-von-seinem-impfstatus-ab/>; <https://reitschuster.de/post/bundeslaender-mit-hoher-impfquote-haben-hoechste-uebersterblichkeit/>)

Ein Korrelationskoeffizient gibt auf einer Skala von -1 bis +1 an, ob es zwischen zwei Entwicklungen einen statistischen Zusammenhang gibt. Eine

negative Korrelation mit einem Koeffizienten von < 1 bedeutet, dass eine Entwicklung steigt, die andere fällt. Welche Entwicklung von welcher abhängig ist, lässt sich daraus aber nicht erkennen. Bei einer höheren Impfquote wären eigentlich weniger Neuinfektionen, Hospitalisierungen und Todesfälle zu erwarten gewesen. Das Problem war, dass Daten aus nur 16 Bundesländern für statistische Ausreißer anfällig waren; eine Grundgesamtheit von 40-50 wäre solide gewesen. Um diese Schwäche abzustellen hat der Verfasser für seine Klageschrift einen internationalen Vergleich aus den Daten Resource Center der Johns-Hopkins-Universität (Baltimore/USA) auf <https://coronavirus.jhu.edu/map> vorgenommen. Er kam dabei sogar zu deutlich höheren positiven Korrelationen wie Steyer und Kappler, statt der zu erwartenden negativen.

Später hat der Verfasser die Daten der 190 untersuchten Länder nach verschiedenen Merkmalen differenziert, um mögliche Ursache für unterschiedliche Korrelationen zu isolieren. Zunächst fiel dem Verfasser auf, dass die Korrelationen in westlichen Ländern zunächst negativ waren, im Rest der Welt aber ziemlich hoch. Ab Mitte April 2022 stiegen die aber auch in den westlichen Ländern deutlich an, sodass auch hier mehr Impfungen mehr Todesfälle bedeuteten.

Entwicklung der Impfung-Todesfall-Korrelation, differenziert nach westlichen Ländern und dem Rest der Welt



Quelle: eigene Auswertung aus Daten des Resource Center der Johns-Hopkins-Universität (Baltimore/USA) auf <https://coronavirus.jhu.edu/map>

Eine weitere Beobachtung war, dass in warmen Ländern eine hohe Korrelation zu beobachten war, in kalten dagegen eine niedrigere, aber immer noch positive Korrelation. Hier gab es ab Mitte März 2022 einen starken Anstieg, in dessen Verlauf die warmen Länder sogar überholt wurden. Die Grenze wurde bei einer Jahresdurchschnittstemperatur von 16 °C gezogen.

Die nächste Differenzierung setzte an der Beobachtung an, dass in Ländern mit einer jungen Bevölkerung eine hohe Korrelation zu beobachten war. Die Grenze wurde bei einem Durchschnittsalter von 30 Jahre gezogen. Hier gab es negative Korrelationen in Ländern mit einem hohen Durchschnittsalter, die aber auch ab März 2022 anstiegen und positiv wurden.

Entwicklung der Impfung-Todesfall-Korrelation, differenziert nach Ländern mit einer Durchschnittstemperatur über und unter 16 °C.



Quelle: eigene Auswertung aus Daten des Resource Center der Johns-Hopkins-Universität (Baltimore/USA) auf <https://coronavirus.jhu.edu/map>

Entwicklung der Impfung-Todesfall-Korrelation, differenziert nach Ländern mit einem Durchschnittsalter über und unter 30 Jahren



Quelle: eigene Auswertung aus Daten des Resource Center der Johns-Hopkins-Universität (Baltimore/USA) auf <https://coronavirus.jhu.edu/map>

Weil die Mediziner auch starkes Übergewicht wie Rauchen als Risikoursache für eine SARS-CoV-2-Erkrankung ansehen, wurden die Länder auch nach diesem Merkmal unterschieden. Auch hier gab es eine hohe positive Korrelation in Ländern mit niedrigem Übergewichtigenanteil und nur leicht-positive in den Ländern mit einem hohen Anteil. Bei diesem Merkmal war aber ungewöhnlich, dass die Länder mit einem hohen im Winter einen Anstieg der Korrelation verzeichneten, der im Frühling wieder zurückging. Der Anstieg im Frühling blieb hier aus.

Entwicklung der Impfung-Todesfall-Korrelation, differenziert nach Ländern mit einem Übergewichtigenanteil von über und unter 20 %



Quelle: eigene Auswertung aus Daten des Resource Center der Johns-Hopkins-Universität (Baltimore/USA) auf <https://coronavirus.jhu.edu/map>

Zusammenfassend kann man also feststellen, dass in nichtwestlichen warmen Ländern mit junger und normalgewichtiger Bevölkerung die mRNA-Impfung mit Korrelationen um + 0,6 ein statistisch signifikantes Todesfallrisiko darstellt.

Leben oder Dahinvegetieren?

Am 28.04.20 richtete der Verfasser in einem von ihm formulierten gemeinsamen Schreiben mit den Professoren Sucharit Bhakdi, Stefan Hockertz, Stefan Homburg und Harald Walach unter dem Titel „Die Schäden einer Therapie dürfen nicht größer sein als die Schäden einer Krankheit“ an die Bundesregierung und die Fraktionen des Bundestages. Es wurde dann von einem Abgeordneten der AfD als Kleine Anfrage an die Bundesregierung übernommen und von 45 Abgeordneten mitunterzeichnet.

Die Anfrage sowie die Antwort der Bundesregierung sind als Bundestagsdrucksache 19/19081 und 19/19428 auf <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/190/1919081.pdf> und <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/194/1919428.pdf> veröffentlicht. Eine Kommentierung der Antwort durch die Fragesteller ist auf https://www.achgut.com/artikel/corona_aufarbeitung_die_ahnungslosigkeit_der_bundesregierung erschienen.

In dieser Zeit begannen die prominenten Regierungskritiker mit ihrer Vernetzung und am wurde unter dem Vorsitz von Prof. Bhakdi der Verein „Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V.“ gegründet, dem die fünf Professoren angehörten. Ein Teil dieser Argumentation war auch unter den Regierungskritikern umstritten. Auf <https://www.rubikon.news/artikel/leben-ist-todlich> vertiefte der Verfasser diesen Gedanken, wobei ein Teil der Argumentation auch hier nicht erscheinen durfte. Den vollständigen Text hat der Verfasser auf <https://www.prof-mueller.net/corona/thema/> veröffentlicht. Als sehr provozierend wurde folgender Absatz empfunden:

„Leben kann nie gerettet, immer nur verlängert werden. Bei einem geretteten Kind kann die Verlängerung 80 Jahre betragen, bei einem gesunden 80jährigen vielleicht 8 Jahre, und bei einem Kranken vielleicht 8 Monate. Die durchschnittliche statistische Lebenserwartung kann man beim Statistischen Bundesamt nachlesen. Darauf gibt es aber keinen Rechtsanspruch. Bei einem schlechten Gesundheitsanspruch kann man von weniger ausgehen. Bei Vorerkrankungen liegt vielleicht sogar eine konkrete Einschätzung des behandelnden Arztes vor. An dieser Größe kann der Mensch aber meistens

wenig ändern. Mit dieser Erkenntnis würde ein rational denkender Mensch den Wert eines Lebens wie folgt berechnen:

$$\text{Wert} = \text{restliche Lebenserwartung} \cdot \frac{\text{Lebensqualität} + \text{Lebensinhalte}}{2}$$

Mit einer Erhöhung von Lebensqualität und Lebensinhalten kann der Wert des Lebens auch bei einer knappen Restlebenserwartung noch multipliziert werden.“

Für die Enquete-Kommission 17/2 „Corona-Pandemie“ des Landtags von Rheinland-Pfalz, von der der Verfasser zu einer Expertenanhörung eingeladen wurde, formulierte dieser: „Besonders aus den Erfahrungen der Alten- und Pflegeheime kann man die Lehre ziehen, dass Leben mehr ist als die Summe von Körperfunktionen, mehr als dahinvegetieren. Es braucht auch Lebensinhalte und Lebensqualität, die gerade für die Bewohner von Alten- und Pflegeheimen drastisch beschränkt wurden.“ (<https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/vorlagen/2-35-17.pdf>, S. 4)

Diese Erkenntnis sollte für Menschen im letzten Lebensviertel, die die Endlichkeit ihrer irdischen Existenz akzeptiert haben, eigentlich eine Banalität sein. Sie wollen in ihren verbleibenden Jahren leben, und nicht dahinvegetieren. Die meisten Alten, die in ihrer Jugend noch keinen Egoismus erlernt haben, akzeptieren aber auch, dass sie ihr Leben weitgehend gelebt haben, und dass die Jungen ihr Leben noch vor sich haben. Daraus hat sich schon immer ein vorrangiger Schutz für Kinder und Jugendliche ergeben. Für die Alten war es

ungewöhnlich, dass die Generation ihrer Enkel auf Lebensqualität verzichten sollte, um ihnen selbst ihre verbleibenden Jahre nicht zu gefährden, wobei sie nach der genannten Formel erst recht an dem Mangel an Lebensqualität wegen der Kontaktbeschränkungen gelitten haben.

Das Sterben an einer Krankheit oder an den Folgen eines Unfalls ist auch keine Grundrechtsverletzung. Ein Staat kann niemals in der Lage sein, die Bürger vor solchen Risiken zu schützen. Art. 2 Abs. 2 GG könnte dem Staat höchstens verbieten, zusätzliche Risiken zu schaffen. Aber auch das wäre im Einzelfall zu beurteilen. Würde man Art. 2 Abs. 2 GG für einschlägig halten, dann würde das den Handlungsspielraum der Politik in einer mit dem Rechtsstaatsprinzip nicht mehr zu vereinbarenden Weise einengen. Die Schließung eines unwirtschaftlichen Krankenhauses würde wahrscheinlich zu zusätzlichen Todesfällen führen, wenn irgendwann ein Kranker oder Verletzter den Transport in ein weiter entferntes Krankenhaus nicht überlebt, die kurze Entfernung aber überstanden hätte. Trotzdem wäre die Schließung dieses Hauses eine normale politische Entscheidung und nicht verfassungswidrig.

Wahrscheinlich ging es den Politikern weniger um das Wohl der Alten, sondern eher um die Einschüchterung der Jungen. Deren latent-schlechtes Gewissen hat sie gefügig gemacht.

Klimaschutz

Der Klimawandel ist in Europa nicht zu übersehen. Im Winter gibt es keine längeren Frostperioden mehr und die Gewässer frieren kaum noch zu. Es ist auch sehr wahrscheinlich, dass die globale Erwärmung keine Laune der Natur ist, sondern dass der Mensch einen wesentlichen Anteil an ihr hat. Der dürfte aber nicht nur auf der Industrialisierung beruhen. Im 15. Jahrhundert begannen Spanien und Portugal, ihre Wälder für den Bau von Schiffen abzuholzen, und so zerstörten sie wichtige CO₂-Speicher. Bald folgten England, die Niederlande und Frankreich mit der Seefahrt und der Gründung von Kolonien in Übersee. Vom 17. bis zum frühen 19. Jahrhundert erlebte Europa die „kleine Eiszeit“, in der massenhaft Holz zum Heizen verbraucht wurde.

Die Schuld der Menschen

Bei der Schuldfrage ist festzuhalten, dass es nur im Nationalsozialismus eine Sippenhaft gab. Demokratische Gesellschaften kennen nur individuelle Schuld, und gegen Verstorbene wird nicht ermittelt. Selbst gegenüber Adolf Hitler, Heinrich Himmler oder Roland Freisler gilt im strafrechtlichen Sinn die Unschuldsvermutung. Familien oder Völker können auch nicht schuldig werden. Egal ob der Klimawandel vor 500 Jahren mit dem Schiffbau oder vor 200 Jahren mit der Industrialisierung eingeleitet wurde; die heute lebenden Menschen sind daran unschuldig, und die früheren Generationen gelten nach der Unschuldsvermutung als unschuldig. Die Schuldfrage ist damit beantwortet. Es stellt sich auch die Frage, ob ohne diese Eingriffe des Menschen die „kleine Eiszeit“ nicht zu einer „großen Eiszeit“ geworden wäre, und ob der Mensch diesen gegenüber der globalen Erwärmung einschneidenderen Klimawandel unbeabsichtigt verhindert hat.

Es kann nur noch um die Verantwortung für die Zukunft gehen. Hierfür ist nüchtern zu analysieren, ob und ggf. mit welchen Maßnahmen der Klimawandel noch gestoppt oder verlangsamt werden kann, und ob diese Maßnahmen unter Berücksichtigung ihrer Kosten, ihrer Nebenwirkungen und ihres Nutzens vertretbar sind. Ebenso ist zu prüfen, wie man sich auf den Klimawandel einstellen kann, um schwerwiegenden Schäden z.B. durch Überschwemmungen oder Dürreperioden zu begegnen. Weil der Mensch schon massiv in die Natur eingegriffen hat und auch der Klimawandel die

Natur massiv verändern wird, kann der Schutz der Natur vor Eingriffen des Menschen kein überzeugendes Argument sein.

Die heute lebenden Menschen können schuldig werden, wenn sie sich aus ideologischer Verblendung Hochwasserschutzmaßnahmen oder Bewässerungsprojekten verweigern, und stattdessen die wirtschaftlichen Ressourcen ihrer Länder für eine nur erhoffte Reduzierung von Treibhausgasen verschwenden, die sich zudem erst in Jahrzehnten konkret auswirken könnte. Jeder Euro, Dollar, Yuan, Rubel oder Franken kann nur einmal ausgegeben werden. Sofern realistisch eingeschätzt werden muss, dass man den Klimawandel nicht mehr stoppen kann, muss man die begrenzten Ressourcen für die Bewältigung der Folgen des Klimawandels einsetzen.

Feindbild Technik

Der Reflex früherer Gesellschaften, auf Klimaänderungen mit der Weiterentwicklung ihrer Technik zu reagieren, ist heute nicht mehr erkennbar. Niemand stelle die Frage, warum die Abwässer aus Kläranlagen in die Flüsse und nicht in die Wälder geleitet werden, die unter der Dürre der letzten Jahre leiden. Es ist nachvollziehbar, dass die darin enthaltenen Schwermetalle nicht in die Nahrungskette gelangen sollen, aber eine Anreicherung im Holz der Bäume würde höchstens die Borkenkäfer schädigen.

Wegen des Abschmelzens der Polkappen und des dadurch ansteigenden Meeresspiegels hätten frühere Hochkulturen, wenn sie das heutige Wissen und die technischen Möglichkeiten hätten, das Süßwasser der Flüsse mit Staustufen im Land gehalten und für die Bewässerung trockener Gebiete verwendet. Bei Hochwassergefahr hätte man rechtzeitig die Schleusen geöffnet und damit die Flüsse damit aufnahmefähig gemacht.

Mitte der 80er Jahre wurden noch alternative Klimamodelle diskutiert. Es gab auch die Meinung, dass die globale Erwärmung zu einer zusätzlichen Verdunstung von Wasser und damit zu vermehrter Wolkenbildung führen würde, was die Sonnenstrahlen reflektieren und dann zu einer Abkühlung führen würde. Wären die Wolken zu den Polkappen getragen worden, wären sie dort abgeregnet und das Eis der Pole wäre sogar gewachsen statt abzutauen. Nach dieser Theorie hätten sich warme und kalte Jahre dann ständig abgewechselt, und die Durchschnittstemperatur wäre über längere Zeiträume nicht gestiegen. Das hat sich nicht bewahrheitet, vielleicht, weil sich die Wolken über den Meeren gebildet haben und das Land weiter austrocknete. Künstlich auf dem Land erzeugte Wolken hätten diese abkühlende Wirkung vielleicht haben können. Es wurde aber auch nicht ausprobiert.

Während eines Urlaubs in Ägypten hat der Verfasser in 2013 zunächst einen 250 ml-Becher mit Wasser gefüllt und auf den Balkon gestellt. Es hat 2 Tage gedauert, bis ca. 10 % des Inhalts verdunstet waren. Anschließend wurden 250 ml. Wasser in ein Handtuch mit einer Größe von ca. 40 x 60 cm geschüttet, das damit nur mittelstark durchfeuchtet wurde. Das hat er dann über einen Stuhl gehängt und im Schatten trocknen lassen, was ca. 3 Stunden gedauert hat. Die

Verdunstung mittels Handtuch war also 160fach schneller. Auf einen m² Handtuch wurden 347,222 ml Wasser pro Stunde verdunstet – auf einer Wäscheleine in der Sonne hängend wahrscheinlich sogar viel mehr. Würden auf einer Wäscheleine 3 m² Handtücher pro m² Land aufgehängt und nur 9 Stunden pro Tag getrocknet, so würden mindestens 3,125 Liter Wasser pro Tag und m² verdunsten. Bei einem km² Land wären das 3.125 m³ oder ein Becken mit 25 x 25 m Seitenlänge und 5 m Tiefe. Mit technischen Anlagen dieser Art könnte also massenhaft Wasser verdunstet werden, das dann von den Passatwinden nach Südwesten in die Wüste getragen würde und dort im Idealfall zur Wolkenbildung führen, mindestens aber eine weitere Austrocknung der Sahel-Zone verhindern würde. Es könnte aus Kostengründen nur Salzwasser aus dem Mittelmeer oder dem Roten Meer per Pipeline in die Wüste gepumpt werden, damit es dort verdunsten kann. Diese Beobachtung wurde vom Verfasser auf <https://klimaschutz-ideen.jimdo.com/sahara/> beschrieben.

Stattdessen hat die Ministerialbürokratie solche Ideen abgeblockt. So schrieb das Planungsamt der Bundeswehr - Dezernat Zukunftsanalyse in seiner Broschüre „Streitkräfte, Fähigkeiten und Technologien im 21. Jahrhundert - Future Topic Geoengineering“ vom Nov. 2012 auf Seite 6: „Selbst wenn man also die Erde gar auf die Temperatur des vorindustriellen Zeitalters abkühlt, wäre das künstliche Klima nicht mit dem ursprünglich natürlichen Zustand identisch. Weiterhin würde etwa neben einer massiven Veränderung der globalen Niederschlagsverteilung auch die Biodiversität (globale Artenvielfalt) massiv negativ beeinflusst werden können. Dieses Problem wird auch noch dadurch verschärft, dass die nachteiligen Folgen regional und lokal sehr

unterschiedlich ausfallen würden.“ Technische Maßnahmen sollten nur „... eine Anpassung an bereits nicht mehr zu verhindernde Folgen des Klimawandels befördern, wie zum Beispiel die Finanzierung von baulichen Maßnahmen zum Hochwasserschutz oder für ein besseres Regenwasser-management.“ (ebenda, S. 5)

Es stellt sich die Frage, ob die alten Hochkulturen mit ihren Technikorientierten Problemlösungsansätzen nicht das effektivere Gesellschaftsmodell verwirklicht hatten.

Man kann den Eindruck gewinnen, dass viele Sachfragen zu ideologischen Glaubensbekenntnissen aufgebauscht werden. Bei Corona wurden die Anhänger des schwedischen Weges, die es für unmöglich hielten, eine komplexe arbeitsteilige Gesellschaft länger als wenige Wochen in einem Lockdown zu halten, zu Volksfeinden erklärt, statt nach der offensichtlichen Erfolglosigkeit der Lockdown-Politik nach etwa 6 Wochen den Misserfolg einzugestehen und auf den schwedischen Weg umzuschwenken. Auch der Umgang mit dem Klimawandel ist eigentlich eine Sachfrage mit der Abwägung von Aufwand und Nutzen, bzw. Schaden(svermeidung). Aber die regierenden Cliquen scheinen sich für allmächtig zu halten und zu glauben, sie könnten Naturgewalten aufhalten. Die Politik sollte aber dem Volke dienen, und nicht der Selbstbefriedigung der Politiker und ihrer Allmachtsphantasien.

Unterdrückung

Das Jahr 1984 ist lange Vergangenheit, der
Roman 1984 wird aber langsam Realität.

Verfassungsschutz

Auf Seite 112 des vom Bundesinnenministerium herausgegebenen Verfassungsschutzbericht 2021 findet sich die Aussage, das Bundesamt für Verfassungsschutz habe „... im April 2021 den neuen Phänomenbereich ‚Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates‘ eingerichtet.“ Zur Begründung wird angeführt: „Die Akteure dieses Phänomenbereichs ... machen demokratische Entscheidungsprozesse und Institutionen von Legislative, Exekutive und Judikative verächtlich ... und rufen zum Ignorieren behördlicher oder gerichtlicher Anordnungen und Entscheidungen auf. Diese Form der Delegitimierung erfolgt meist ... über eine ständige Agitation gegen und Verächtlichmachung von demokratisch legitimierten ... Repräsentanten sowie Institutionen des Staates und ihrer Entscheidungen. Hierdurch kann das Vertrauen in das staatliche System insgesamt erschüttert und dessen Funktionsfähigkeit beeinträchtigt werden.“

Fundamentalkritik wird als „Verächtlichmachung“ bezeichnet. Die Verächtlichmachung von „Repräsentanten sowie Institutionen des Staates“ erschüttere das Vertrauen in das staatliche System. Daraus folgt zusammengefasst, dass der Verfassungsschutz nicht die Verfassung schützen will, sondern die Repräsentanten (= Politiker) und damit das „Vertrauen in das staatliche System“. Nach der am Anfang dieses Buches entwickelten Wirkungskette

Information => Wissen => Denken => Kritik => Veränderung

soll die Veränderung verhindert werden, indem Kritik unterbunden wird. Damit unterscheidet sich der Ansatz des Verfassungsschutzes nicht von dem anderer Inlandsgeheimdienste, insbesondere von denen autoritärer Regime.

Das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen hatte schon im Mai 2021 einen „Sonderbericht zu Verschwörungsmythen und ‚Corona-Leugnern‘“ vorgelegt. Auf Seite 8 wurde zunächst relativiert: „Die Zuständigkeit des Verfassungsschutzes kommt dort zum Tragen, wo hinter der Diskussion um Corona-Schutzmaßnahmen antidemokratische und menschenfeindliche Botschaften verbreitet werden oder sogar gewalttätiges Handeln eingefordert wird, das sich gegen den Staat und gegen die im Grundgesetz verankerten Werte und Normen richtet.“ Anschließend wurde aber nicht dargelegt, warum man dies für gegeben halte. Später wurde zutreffend festgestellt: „Ein gemeinsames Merkmal der ‚Corona-Leugner‘ ist der Verlust des Grundvertrauens in den Staat und seine Institutionen.“ Damit wurde also die Artikulation dieses Vertrauensverlusts und eine erkannte „... tiefsitzende und grundsätzliche Skepsis gegenüber den staatlichen ‚Eliten‘ ...“ als „antidemokratische und menschenfeindliche Botschaft“ eingestuft. Die Forderung der Regierungskritiker nach der Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung würde sinngemäß einem Staatsumsturz gleichkommen.

Es kann also festgestellt werden: Der Verfassungsschutz schützt nicht die Verfassung, sondern die Regierung. Er wirkt als Apparat zur Unterdrückung fundamentaler demokratischer Veränderungsprozesse.

Justiz

Ab September 2021 wurde gegen den Verfasser von der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt wegen folgender Aussage auf seiner Website wegen Volksverhetzung ermittelt:



Am 25.02.22 schrieb die zuständige Staatsanwältin dem Verfasser: „... gegen Sie ist hier ein Ermittlungsverfahren anhängig, in dem Sie beschuldigt werden, auf Ihrer Webseite <http://www.prof-mueller.net/> folgende Abbildung veröffentlicht zu haben: [siehe oben] Diese Abbildung beinhaltet den vom nationalsozialistischen Terrorregime zur Diskriminierung und Verfolgung genutzten Davidstern, den sogenannten ‚Judenstern‘, der anstelle der von den Nationalsozialisten benutzten Inschrift ‚Jude‘ die Worte ‚nicht geimpft‘ beinhaltet.“ Man könnte der Staatsanwältin grenzenlose Dummheit und Unwissen vorwerfen, dass der „Judenstern“ 6 Zacken hatte. Alternativ

wäre auch grenzenlose Unfähigkeit vorstellbar, weil die Staatsanwältin nicht bis 8 zählen konnte. Es kann aber auch eine politische Weisung gegeben haben, gegen prominente Regierungskritiker auch die unsinnigsten Strafverfahren einzuleiten.

Der Vorwurf war insgesamt absurd. An keiner Stelle findet sich eine Aufstachelung zum Hass gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmte Gruppe, (§ 130 Abs. 1 StGB), eine Verbreitung solcher von Dritten verfassten Inhalte (§ 130 Abs. 2 StGB), eine Billigung, Leugnung oder Verharmlosung des Völkermords des NS-Regimes (§ 130 Abs. 3 StGB) oder eine Billigung, Verherrlichung oder Rechtfertigung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft (§ 130 Abs. 4 StGB).

Die Mainstreammedien beschuldigen die Regierungskritiker des Antisemitismus, wenn sie mit Hinweis auf die deutsche Vergangenheit die Ausgrenzung von Ungeimpften oder die Unterdrückung der Meinungsfreiheit kritisieren. Ihre Propagandaassistenten, die sich selbst als Journalisten bezeichnen, haben das Märchen von der Strafbarkeit der Verwendung des Judensterns oder einer damit ähnlichen Abbildung in die Welt gesetzt. Dabei war die Sache schon gerichtlich geklärt. Nach dem Urteil des OLG Saarbrücken vom 08.03.2021, Az. Ss 72/2020 (2/21), stellt die „... Instrumentalisierung des Judensterns durch die Ersetzung des Worts ‚Jude‘ mit ‚nicht geimpft‘ ... im Rahmen einer kritischen Auseinandersetzung ... keine Volksverhetzung nach § 130 Abs. 3 StGB oder Beleidigung der unter nationalsozialistischer Gewaltherrschaft verfolgten Juden nach § 185 StGB

dar.“ Und der Verfasser hat - um keine religiösen Gefühle zu verletzen - noch nicht einmal den Davidsstern abgebildet.

Ein normaldenkender Mensch hätte bei einem Vergleich der Website mit dem Gesetzestext sofort festgestellt, dass hier niemals eine Volksverhetzung vorliegen kann. Die Strafanzeige konnte also nur von einem Menschen kommen, der nicht normal denken konnte, z.B, von einem Politiker! Das wäre auch eine plausible Erklärung dafür, warum die Generalstaatsanwaltschaft hier überhaupt tätig wurde. Einem Normalbürger hätte der zuständige Staatsanwalt durch die Blume geantwortet, dass er Unsinn behauptet. Einem Minister könnte er eine solche Antwort nicht geben, sofern er noch Karriere machen will.

Auf der Seite <https://www.prof-mueller.net/corona/politik/unterdrueckung/> fragte Prof. Müller, ob Rheinland-Pfalz eine Corona-Stasi plane. Der Gesundheitsminister Clemens Hoch hatte die Ungeimpften in der Presse gewarnt, sie müssten mit sehr genauer Beobachtung rechnen. Der Verfasser spekulierte, was mit dieser Drohung konkret gemeint sein konnte und wie der Minister die Beobachtung wohl organisieren würde.

Man sollte ergänzen, dass der Gesundheitsminister von Rheinland-Pfalz auch für die Hochschulen zuständig ist. Mit diesem Ressortzuschnitt wurde die Wissenschaft den Profitinteressen der Pharmaindustrie untergeordnet, denn den Gesundheitspolitikern geht es anscheinend nur noch darum, bestimmte Impfstoffe zu verkaufen, und BioNTech hat seinen Sitz in Mainz, „An der Goldgrube 12“ (die Adresse ist kein Witz). Kritische Wissenschaftler stören

das Geschäft der Goldgräber. Es wäre naheliegend, dass der Minister ein Strafverfahren gegen einen unbequemen Kritiker anstrengen will, um ihn aus dem Dienst entfernen zu können. Wie sagte einst Mao: „Bestrafe einen, erziehe hundert.“ War die Disziplinierung von Regierungskritikern vielleicht sogar das Motiv für den seltsamen Ressortzuschritt? Auch Sucharit Bhakdi ist Beamter des Landes Rheinland-Pfalz, und der Gesundheitsminister Hoch ist auch für ihn zuständig. Entsteht hier im Sinne Maos ein Hoch-Druckgebiet?

Eine Urhebererschaft für das Verfahren könnte „ganz oben“ angesiedelt sein, wenn § 130 StGB zu einer Maulkorb-Vorschrift im Stil einer Majestätsbeleidigung „aufgebohrt“ werden sollte. Bisher war unstrittig, dass die Schilder „Juden sind hier unerwünscht“ wie auch die Pflicht zum Tragen des Judensterns zwar Menschenrechtsverletzungen waren, aber isoliert betrachtet kein Völkermord. Sie sollten zunächst nur Druck erzeugen, damit die Juden „freiwillig“ auswanderten, so wie später Druck auf Ungeimpfte erzeugt werden sollte, um sie zur „freiwilligen“ Impfung zu bewegen. Würde man jetzt diese Einzelmaßnahmen zu unselbständigen Teilen eines lang geplanten Massenmordes umdefinieren, könnte man einen Vergleich mit den Schildern „Zutritt nur mit 2 G“ zur Verharmlosung des Massenmordes umdefinieren. Natürlich wollen die Regierungskritiker das genaue Gegenteil.

Würde dieser unterstellte Plan gelingen, könnte man in einem nächsten Schritt Politiker als „Teile der Bevölkerung“ i.S.d. § 130 Abs. 1 StGB definieren und scharfe Kritik an ihnen als Aufstachelung zum Hass. Dann wäre jede scharfe Kritik an Politikern eine Volksverhetzung. Es könnte im Rahmen dieser Perspektive durchaus die Absicht sein, die Grenzen der eigentlich klar

definierten Volksverhetzung langsam auszuweiten und zunächst die Instrumentalisierung von Vorgängen in der Nazizeit im Rahmen einer kritischen politischen Auseinandersetzung generell verbieten zu wollen, mindestens zur Einschüchterung der Regierungskritiker.

Zur Durchführung einer solchen Absicht müsste neben dem weisungsgebundenen Staatsanwalt auch noch das Gericht bearbeitet werden. In der ersten Instanz ist ein Einzelrichter am Amtsgericht zuständig. Aus dem Geschäftsverteilungsplan dürfte die konkrete Person erkennbar sein. Jetzt könnte diskret geklärt werden, ob sie mit einer Karriereperspektive zu einem politisch gewünschten Urteil motiviert werden könnte, und ob die Drohung mit einem Karriereknick für den Fall eines gesetzeskonformen Urteils Wirkung hätte. Das Bundesverfassungsgericht hat gezeigt, dass ein blindes Vertrauen in die Unabhängigkeit der Justiz wohl naiv ist.

Natürlich werden diese Überlegungen sofort wieder als Verschwörungstheorie verunglimpft. Am Ende ist es zweitrangig, aus welchem Grund Regierungskritiker kriminalisiert werden sollen. Am Ende wird die Demokratie geschwächt. Dem kann nur begegnet werden, indem sich frühzeitig Widerstand regt. Das Urteil des OLG Saarbrücken muss deutlicher und öfter als bisher erwähnt werden. Es muss stärker als zuvor auf die Ähnlichkeit von „Juden sind hier unerwünscht“ und „Zutritt nur mit 2 G“ hingewiesen werden, und auch der Vergleich des Judensterns mit den Impfpässen, der bei den Protesten in Israel normal ist, darf auch bei uns kein Tabu mehr sein.

Während das Verfahren gegen den Verfasser eingestellt werden musste, wurde gegen den Vorsitzenden des Vereins „Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V.“ (MWGFD), Prof. Dr. Sucharit Bhakdi Anklage wegen des Verdachts der Volksverhetzung in zwei Fällen erhoben. Eine detaillierte Stellungnahme hierzu findet sich auf der Websites der „Netzwerks kritischer Richter und Staatsanwälte“ (KRiSta) auf <https://netzwerkkrista.de/2022/06/12/ist-professor-bhakdi-ein-volksverhetzer/>. Eine eigene Einschätzung hat der Verfasser auf <https://tkp.at/2022/05/13/verfolgung-von-regierungskritikern-fortsetzung-folgt/> veröffentlicht.

In einem Fall soll die Kritik an der Corona-Politik des Staates Israel eine Volksverhetzung gewesen sein, weil er die Formulierung „die Juden“ und nicht „die Israelis“ verwendete. Der zweite Vorwurf bezieht sich auf eine Wahlkampfrede, die formale Zulassung der Impfstoffe als ersten Schritt auf den Weg zu einem zweiten Holocaust bezeichnete. Die als Verharmlosung des Holocausts zu bezeichnen, ist absurd. Bhakdi wollte vielmehr vor einer Gefahr für die Zukunft warnen. Man hätte ihm höchstens vorwerfen können, dass er diese Entwicklung dramatisiere. Das wäre aber keine Volksverhetzung. Weil die eigentlich zuständige Staatsanwaltschaft das Verfahren zunächst wegen erwiesener Unschuld eingestellt hatte und die Anklage nach einer Beschwerde des Anzeigenerstatters erst von der Generalstaatsanwaltschaft erhoben wurde, ist eine politische Motivation für dieses Verfahren offensichtlich.

Es muss die aktuelle Entwicklung, § 130 StGB zu einem allgemeinen Maulkorbparagraphen zu machen, entschieden bekämpft werden. Es ist zu befürchten, dass sich die Staatsmacht einen Regierungskritiker nach dem

anderen herausgreifen möchte, um ihn zu vernichten und den Rest mit dem Ziel einzuschüchtern, sie zur Beendigung ihrer Kritik zu nötigen. Sollte der Verfasser in diesem Zusammenhang die natürlich völlig unangemessene Formulierung von einer „Endlösung der Kritikerfrage“ benutzen, würde gegen ihn wahrscheinlich wieder wegen Volksverhetzung ermittelt.

Aber es werden auch andere Begründungen für eine Kriminalisierung von Regierungskritikern gesucht. Am 02.05.22 wurde der stellvertretende Vorsitzende der MWGFD wegen der angeblichen Ausstellung falscher Gesundheitszeugnisse zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und acht Monaten auf Bewährung und zur Zahlung von 50.000 Euro an gemeinnütze Einrichtungen verurteilt. (<https://www.br.de/nachrichten/bayern/bewahrungsstrafe-im-prozess-um-masken-atteste,T4f0Nrb>) Der Verfasser hatte in einer kurzen Stellungnahme darauf auf seiner Website reagiert und kam zu dem Ergebnis: „Nicht Dr. Weigl muss bestraft werden, sondern die an diesem Verfahren beteiligten Richter und Staatsanwälte!“ Diese Einschätzung hat er am 12.03.22 nach Prüfung der schriftlichen Urteilgründe auf <https://tkp.at/2022/05/12/menschenrechtsverletzung-in-passau-beim-urteil-gegen-einen-arzt-wegen-maskenattesten/> und <https://www.prof-mueller.net/klage/menschenrechte/> näher erläutert. Sie begann mit der Einschätzung: „Dieses Urteil ist vor dem Hintergrund der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) höchst problematisch. Bisher musste einem Angeklagten die Tat nach Art. 6 Abs. 2 EMRK und Art. 11 Abs. 1 Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO (AEMR) nachgewiesen werden; nach dem Urteil von Passau, das ein BGH-Urteil vom 08.11.2006 verzerrt zitiert, sollte auch die begründete Vermutung ausreichen. Durch Art.

20 Abs. 3 und 97 Abs. 1 GG hat das auf Gesetzen basierende Römische Recht Verfassungsrang.“ Weil Dr. Weigl von der Gesundheitsgefahr durch das langzeitige Maskentragen überzeugt war, war es nach seiner fachlichen Einschätzung medizinisch indiziert, keine Maske zu tragen. Damit entsprachen seine Atteste seiner fachlichen Überzeugung und waren richtig. Nach der zur Zeit des Tatvorwurfs geltenden Fassung des § 278 StGB hatte sich Dr. Weigl nicht strafbar gemacht.

Für das Unternehmen von Prof. Hockertz, ebenfalls MWGFD-Mitglied und Regierungskritiker der ersten Tage, wurde eine Steuerprüfung angeordnet, die natürlich etwas gefunden hat. Der Verfasser kennt den Fall nur aus den Medien, kann ihn vor dem Hintergrund seiner Lehrtätigkeit in „International Taxation“ aber einordnen. Nach § 1 Abs. 3 des Außensteuergesetzes gelten für Verrechnungspreise zwischen inländischen und ausländischen Betriebsstätten oder „nahestehenden Personen“, insbesondere Tochter- oder Schwesterunternehmen, umfangreiche Dokumentationspflichten hinsichtlich der Berechnung der Verrechnungspreise und des Nachweises ihrer Marktüblichkeit. Bei Nichtbeachtung kann die steuerliche Anerkennung von Aufwendungen versagt werden, was existenzbedrohende Steuernachforderungen zur Folge hätte. In internationalen Konzernen ist diese Vorschrift eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für hochbezahlte Steuerexperten, die sich Mittelständler nicht leisten können. Kleine Steuerberater sind gut beraten, solche Mandate wegen der erforderlichen Spezialkenntnisse und des hohen Haftungsrisikos abzulehnen. Die international aufgestellten Steuerberatungsgesellschaften verlangen dann entsprechend hohe Honorare.

Zur Entschärfung dieses Problems sind die Steuerprüfer angewiesen, bei mittelständischen Unternehmen keine überspannten Anforderungen an die Dokumentationspflichten zu stellen. Wenn ein mittelständischer Unternehmer mit ausländischen Aktivitäten seine Preise nicht einseitig festgelegt hat und er sich redlich bemüht, seine Vorgehensweise transparent zu machen, sollten ihm keine Probleme bereitet werden. Diese Großzügigkeit ist dann aber ein Einfallstor für Willkür. Wenn bei einem regierungskritischen Unternehmer bald nach seinen kritischen Äußerungen plötzlich eine Steuerprüfung angeordnet wird und bei ihm dann die gleichen Forderungen gestellt werden, wie sie internationale Konzerne erfüllen müssen, kann die politische Motivation vermutet, aber vermutlich nicht bewiesen werden. Die festgesetzte existenzvernichtende Steuernachzahlung ist dann eine eindringliche Warnung, es mit einer regierungskritischen Haltung nicht zu übertreiben. Und als Nebeneffekt wird die Botschaft verbreitet, die Regierungskritiker seien zwielichtige Gestalten.

Andere konnten erfolgreich eingeschüchtert werden. Prof. Homburg konnte nach seinem Rücktritt als MWGFD-Schatzmeister, seinem Austritt aus dem Verein und der Beendigung seiner Regierungskritik mit 59 Jahren statt mit 67 in den Ruhestand gehen.

Antisemitismusvorwurf

Das Vorgehen gegen die Professoren Bhakdi und Müller zeigt, dass der Antisemitismusvorwurf gern zur Unterdrückung unbequemer Stimmen missbraucht wird. Es wird ein Klima der Angst erzeugt, nur keine falsche Formulierung zu verwenden, z.B. bei einer Kritik an der israelischen Regierung das Wort „Jude“ zu verwenden. Um wirklichen Antisemitismus geht es nicht, schon gar nicht, wenn er islamistisch motiviert sein sollte. Dann würde das Anprangern antisemitischer Äußerungen als Ausländerfeindlichkeit verteufelt. Das greift natürlich nur bei Ausländern aus muslimischen Ländern und bei Russen natürlich überhaupt nicht! Gutintegrierte Ausländer mit heller Hautfarbe aus nichtmuslimischen Ländern gelten als Deutsche; für sie gibt es ebenfalls keine Privilegien. So gelten aktuell folgende Regeln:

- Kritik an Israel ist Gotteslästerung, aber Moslems sind davon ausgenommen.
- Frauenrechte sind heilig, außer bei der Diskriminierung von Frauen aus muslimischen Ländern durch ihre Parallelgesellschaften.
- Heterosexuelle Äußerungen von Männern sind frauenfeindlich (auf das Empfinden der betreffenden Frauen kommt es nicht an), außer bei der Belästigung deutscher Frauen durch muslimische Männer.

Gut gemeint ist das Gegenteil von gut gemacht! Die Fehler der Vergangenheit sollen krampfhaft vermieden werden, und es werden damit andere Fehler gemacht. Im Ergebnis darf das Naziregime nur in Sonntagsreden angesprochen werden. Vergleiche aktueller Erscheinungen mit der deutschen Vergangenheit

gelten nicht als Überspitzung oder Dramatisierung der Kritik, sondern als Verharmlosung des Holocaust. Minderheiten sollen nicht benachteiligt werden, also werden sie bevorzugt.

Die Täter und die Opfer leben nicht mehr - von sehr wenigen Opfern abgesehen, die vor 1945 noch Kinder waren. Die heutigen Generationen haben keine Schuld, und keine Schulden; sie hatten keinen Schaden, und haben keinen Anspruch auf Schadenersatz. Die Verbrechen der Nazis sind Geschichte und das Arbeitsfeld von Historikern. Vergleiche zwischen den Kriegen Hitlers und Napoleons genießen den Schutz der Wissenschaftsfreiheit. Sie wären auch dann keine Verharmlosung des Naziregimes, wenn das Ergebnis der Regierung nicht gefallen sollte. Der Staat Israel hat die Menschenrechte der in seinem Machtgebiet lebenden Menschen zu achten, wie jeder andere Staat auch. Seine Regierung lebt nicht in einem kritikfreien Raum. Israel hat ein Existenzrecht, wie auch Taiwan, die Türkische Republik Nordzypren oder Transnistrien (Pridnestrowische Moldauische Republik).

Die Antisemitismuskeule ist also zunächst ein Armutszeugnis für die Geradausdenker, die diese einfachen Gleichungen nicht lösen wollen. Sie ist Ausdruck der Denkfaulheit von Politik und Mainstream-Medien und ihrer Unfähigkeit, sich aus überkommenen Denkstrukturen zu lösen. Die Querdenker sind ihnen um einige Schritte voraus.

Demonstrationsverbote

Ab 2020 gab es etwas, was nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen unvorstellbar war; es wurden regierungskritische Demonstrationen verboten. Zunächst wurden „nur“ eine maximale Teilnehmerzahl, ein Mindestabstandsgebot und eine Maskenpflicht als Auflagen verfügt; wegen ihrer Nichteinhaltung wurden diese Demonstrationen dann aufgelöst. Später wurden sie dann gar nicht mehr genehmigt, weil mit den Verstößen zu rechnen war. Aber hätte Martin-Luther-King in den 60ern bei Demonstrationen gegen die Rassentrennung eine Auflage akzeptiert, dass Schwarze und Weiße in getrennten Demonstrationszügen zu laufen hätten? Und die „Mund-Nasen-Bedeckung“ ist auch ein symbolischer Maulkorb. Demonstranten mit diesem Accessoire würden symbolisieren, dass sie sich den Mund verbieten lassen; für eine ernsthafte Demonstration ein ziemlich lächerliches Bild.

Aber das Vorgehen gegen die Querdenker-Demonstrationen hat nicht nur die Geradeausdenker-Demonstrationen zu einem lächerlichen Bild verkommen lassen, auch ihre Teilnehmerzahlen sind deutlich gesunken. Die Aussicht, für einen Protest für jedwedes Ziel eine eindrucksvolle Teilnehmerzahl zusammen zu bekommen, ist stark gesunken. Damit werden alle Proteste klein gehalten, was die Regierungen nicht gerade bedauern dürften. Pro-Russland-Demonstrationen im Ukraine-Krieg, die unter den Russlanddeutschen wohl einige Teilnehmer mobilisiert hätten, wurden kurzerhand verboten, ohne dass die Öffentlichkeit davon noch ernsthaft Notiz genommen hätte.

Und es kommt zu Einschüchterungen bei nicht-genehmen Demonstrationen. Klima-Aktivisten dürfen zu Hauptverkehrszeiten stark befahrene Straßen blockieren und ein Verkehrschaos anrichten. Warum sie glauben könnten, damit die Autofahrer von ihren Forderungen nach Verboten für Autos mit Verbrennungsmotor überzeugen zu können, mag ihr Geheimnis bleiben. Aber mit organisierten Gegendemonstrationen müssten sie nicht rechnen. Würden aber Autofahrer eine Demonstration anmelden, wäre eine Blockade durch woke Gegendemonstranten wahrscheinlich. Also wird es solche Demonstrationen wohl nicht geben.

Auch hier wirkt der umgekehrte Totalitarismus. Das Demonstrationsrecht wird formal gewährleistet, es auch wahrzunehmen wird für Regierungskritiker aber immer schwieriger.

Mainstreammedien

Unter Regierungskritikern hat sich viel berechtigter Unmut gegenüber den öffentlich-rechtlichen Medien aufgebaut, die regierungskritische Positionen seit 2020 verstärkt diffamiert haben. Es wäre aber kein demokratischer Fortschritt darin zu sehen, die Kontrolle statt den parteipolitisch besetzten Rundfunkräten, den noch intransparenteren Werbeagenturen zu überlassen. Private Medien sind nicht frei, sondern von der Finanzierung durch Werbung abhängig. Und die Werbewirtschaft will keine kritischen Fernsehzuschauer, die auch die ständig eingeblendete Werbung hinterfragen würden, statt ihr zu glauben. Also muss im Privatfernsehen noch viel mehr Ausgrenzung kritischer

Geister erfolgen, damit die Unkritischen unter sich sind. Die müssen dann gegen die Kritischen aufgehetzt werden. Nicht ohne Grund sind die Alten für die Privatsender keine relevante Zielgruppe, denn sie haben in ihren Leben so festgefügte Konsumgewohnheiten entwickelt, dass sie sich nicht mehr beeinflusst lassen. Bei jungen Menschen und besonders bei Kindern geht die Beeinflussung aber sehr gut. Beeinflussung ist also das Geschäftsmodell der Privaten. Man käme also vom Regen in die Traufe!

Die Medien werden als vierte Gewalt im Staat bezeichnet. Die Forderung muss lauten, diese Quasi-Staatsgewalt zu demokratisieren und den öffentlich-rechtlichen Medien eine demokratische innere Verfassung zu geben. Dazu könnte ein Vorschlag ausformuliert und zunächst als Online-Petition verbreitet werden. Zum Inhalt wird vorgeschlagen:

Öffentlich-rechtliche Medien sollten als Vereine organisiert werden, denen die Rundfunkgebühren als Mitgliedsbeiträge zufließen. Sie würden ihre inhaltliche Ausrichtung per Satzung regeln. Die Beitragszahler entscheiden dann mit ihrer Mitgliedschaft, welchem Verein ihr Beitrag zufließen soll. Von Regionalprogrammen abgesehen, haben die Landesrundfunkanstalten keine Existenzberechtigung mehr. Das ZDF könnte einem Mainstream-Verein (unpolitisch, Unterhaltung, Sport) zugeschlagen werden, während die ARD als Arbeitsgemeinschaft verschiedener Vereine mit Wertvorstellungen eingesetzt würde, die auch abweichenden Meinungen in ihrer Vielfalt einen angemessenen Raum geben müssen. Für die dann tendenziös und eher an Informationsangeboten ausgerichteten ARD-Sender könnte bei der Umstellung folgende erste Festlegung getroffen werden:

Kirchen	BR	Migranten + andere Religionen	WDR
grün, liberal (= elitär)	NDR	SPD / CDU (= bodenständig)	SWR
konservativ, rechts	MDR	Greta, woke, schwul, schräg	RBB
Arbeiter + Verbraucher		Regierungskritiker, Querdenker	SR
(trad.-links)	HR	Sonstige	RB

Die Zuordnung der Sender zu den Vereinen könnte ggf. auch nach der Beitrittsphase nach Mitgliederzahlen und Sendergröße erfolgen. Es könnte auch ein Kündigungsmodell gestaltet werden, bei dem zunächst jeder Beitragszahler Mitglied des ZDF-Vereins wird und dann seinen Übertritt zu einem anderen Verein erklären muss. Hier müssten die Tendenz-Vereine dann massiv für sich werben und argumentieren, dass es das unpolitische ZDF sowieso gäbe, und dass die Bürger mit der Pflichtmitgliedschaft ihr Informationsbedürfnis formulierten; wer keines hat bleibt beim ZDF.

Diese Richtungen müssen sich dann an der Zustimmung der Beitragszahler messen lassen. Weil das ZDF mit seinem Programmauftrag wohl die treueren Inhalte hätte, könnte hier mehr Werbung erlaubt werden, während das ARD-Programm werbefrei werden könnte. Ihr Programm würde eher von selbständig denkenden Menschen jedweder Richtung gesehen, die sowieso keine attraktive Zielgruppe für die Werbeagenturen wären. Unpolitische Regionalprogramme in den Dritten könnte dagegen regionale Werbung erlauben. Die Regional-Redaktionen würden schon wegen der räumlichen Nähe in den bisherigen Sendern verbleiben, aber organisatorisch eigenständig aufgestellt.

Die Nachrichtenredaktionen von ARD und ZDF (Recherche nicht Präsentation), insbesondere ihr internationales Korrespondentennetz, sollten zusammengelegt, rechtlich verselbständigt werden (z.B. als GmbH, an denen die Vereine beteiligt sind) und ihre redaktionellen Beiträge an die Vereine wie auch an ausländische Sender (Übersetzungen der bebilderten Meldungen können leicht ausgetauscht werden, die Synchronisierung von Korrespondenten-Statements wäre einfach, wenn sie das Mikrofon vor den Mund halten würden) oder auch an deutsche Privatsender verkaufen. Für das Auslandsnetz könnten ORF und SRG eingeladen werden, sich zu beteiligen. Im Gegenzug könnten die Vereine auch ausländische Beiträge oder die von Privatsendern einkaufen, wenn ihnen die deutsche Qualität oder Ausrichtung nicht passt. Die GmbH müsste zunächst Umsatz machen um ihre Gehälter zu bezahlen, und keine Regierungspropaganda verbreiten. Die ARD-Nachrichten könnten reihum von Redaktionen der Vereine organisiert werden. Man könnte dabei nach Sendeplätzen und Größe (groß = 20.00 mittel = tagesthemen; klein = 17.00) unterscheiden. Auch vordergründig politikferne Programme könnten unter gemeinsamem Titel reihum vergeben werden. „W wie Wissen“ von NDR + RBB würde dann Umweltprobleme thematisieren und SWR + MDR würden in der Reihe den technischen Fortschritt bejubeln.

Die ARD-Unterhaltung würde wahrscheinlich ebenso tendenziös. Im Berlin-Tatort gäbe es nur lesbische Kommissarinnen mit Migrationshintergrund, während die Mörder immer männlich, deutsch und hetero sein müssen. BR und SWR hätte traditionelle Familienserien im Programm, beim WDR würde mit Beteiligung des RBB (sofern sie sich auf Ausländer- und LGBTQXYZ-Quote einigen können) die Lindenstraße wiederauferstehen und der NDR hätte eine

Serie mit alleinerziehenden Müttern und Vätern als Helden. Ohne Werbung wären mögliche niedrigen Einschaltquoten aber nur ein Indiz für mangelnde Akzeptanz und keine Existenzbedrohung wie bei wegbrechenden Werbeeinnahmen mangels Reichweite. Wenn die Mitgliederzahlen + Beitragseinnahmen so ein Programm erlaubten, würde es produziert, sonst nicht.

Die Bildung der Medien-Vereine müsste wie bei Parteien frei sein und nur formale Mindestanforderungen definieren. Die kleinsten Vereine dürften aber (weil die Beitragszahlungen der Mitglieder nicht enteignet werden dürfen) nicht an einer 5-%-Hürde scheitern, sondern müssten sich Radio Bremen als den kleinsten Sender teilen.

Natürlich würden die Politiker der Aufgabe ihrer Machtposition in den öffentlich-rechtlichen Medien Widerstand entgegensetzen und es nicht einführen. Man müsste den aber auf die Frage zuspitzen, was sie denn eigentlich gegen eine Demokratisierung hätten. Die Erfahrungen mit der Informationspolitik in der Pandemie könnte eine Fülle von Argumenten liefern.

Eine solche Initiative könnte mindestens die Idee verbreiten, dass Medien nicht der Meinungsmache von oben nach unten dienen sollten, sondern dass Information auch von unten nach oben organisiert werden kann.

Forderungen

Aus den Feststellungen dieses Buches ergeben sich die folgenden Forderungen. Sie sind in der Wir-Form formuliert, weil sie mindestens in Bezug auf die fettgedruckte Überschrift weitgehend konsensfähig sein sollten.

Wir wollen keinen Atomkrieg!

Frieden in Europa geht nur mit Russland, nicht gegen Russland. Wenn die ukrainischen Nationalisten die Krim zurückerobern wollen, sollen sie Europa nicht in dieses Abenteuer hineinziehen.

Wir wollen wieder unbequeme Fragen stellen können, ohne als Verschwörungstheoretiker diffamiert zu werden!

„... Wieso? Weshalb? Warum? Wer nicht fragt bleibt dumm!“ Ob eine Frage sinnvoll war, kann man erst wissen, wenn man die Antwort kennt. Wer nicht dumm bleiben will, muss alle Fragen zulassen.

Wir wollen zurück zur Gewaltenteilung!

Abgeordnete sollen die Regierung kontrollieren, statt von der Regierungspartei kontrolliert zu werden. Das Verfassungsgericht darf nicht mit Gefolgsleuten der Regierung besetzt werden. Die Medien als Vierte Gewalt müssen regierungskritisch recherchieren und sie dürfen keine Propaganda der Regierung verbreiten.

Wir wollen wieder als normale Männer und Frauen leben können!

Wer sich in seinem Körper nicht wohl fühlt, kann das in Selbsthilfegruppen verarbeiten, aber nicht die Normalos damit belästigen. Die Menschen haben auch ein Recht auf ihre traditionellen Geschlechterrollen, die sie seit der Steinzeit ausleben. Die große Mehrheit will eine Familie und Kinder und sie will auch ihre Kinder und Enkel ermutigen, eine Familie zu gründen und Kinder zu haben. Sie will auch ihre Sprache sprechen, ohne Genderschluckauf!

Schluss mit der Gesundheitsdiktatur!

Krankheiten und Unfälle sind höhere Gewalt. Niemand hat ein Recht auf ein ewiges Leben. Gesundheitsschutz steht nicht über den Grundrechten. Die Menschen haben ein Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper. Schluss mit der Maulkorbpflicht auch in Bussen, Bahnen und Arztpraxen! Keine Impfpflicht, auch nicht für einzelne Berufsgruppen! Die Mediziner- und Pharmalobby muss entmachtet werden.

Der Klimawandel kann nicht mehr gestoppt werden!

Koste es was es wolle können wir nicht bezahlen. Man muss vorrangig in Hochwasserschutz und Bewässerungsanlagen investieren, statt billige durch teure Energiequellen zu ersetzen.

Schluss mit der Unterdrückung Andersdenkender!

Die Delegitimierung der Staatsorgane ist legitim, wenn sich die Politiker selbst lächerlich machen. Es darf in alle Richtungen gedacht werden, auch kreuz und quer! Querdenken ist kreativ, geradeausdenken ist monoton. In einer immer monotoneren Gesellschaft ist mehr Kreativität nötig! Bei dem Schluss der dritten Strophe aus dem bereits zitierten Volkslied

...
denn meine Gedanken
zerreißen die Schranken
und Mauern entzwei:
Die Gedanken sind frei!

handelt es sich um die Beschreibung einer kreativen Zerstörung.

Die aktuelle Politik kann man in die grüne Tonne* stecken!

Dort sollte sie umweltfreundlich verrotten; wahrscheinlich wird die Politik aber irgendwann recycelt werden.

Einst sagte Kaiser Wilhelm II: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!“ Heute will die woke deutsche Politik sogar eine Atommacht mit Resolutionen beeindrucken, die Biologie der Geschlechter verändern, ein schnell mutierendes Virus besiegen und das Klima retten. Dabei kann sie in Berlin keinen Flughafen bauen und 2022 den zu erwartenden Andrang an den Flughäfen zu Ferienbeginn nicht bewältigen. Hauptsache die Frauen- und LGBTQXYZ-Quote stimmt; auf Qualifikation kommt es nicht an! Und daran soll sich die Welt ein Beispiel nehmen?

Anmerkung:

* In sozialen Medien wird die Parteivorsitzende der Grünen wegen ihres Körperumfangs als „grüne Tonne“ bezeichnet. In den 80er Jahren haben die Vorsitzenden der Koalitionsparteien (Kohl, Genscher, Strauß) ihre Treffen im Hinblick auf ihre Körperfülle selbstironisch „Elefantenrunde“ genannt. Man konnte den Begriff aber auch aus „große Tiere“ oder „Dickhäuter“ (Probleme aussitzen) ableiten. Eine solche Selbstironie dürfte Ricarda Lang nicht aufbringen.

Der Verfasser hat trotzdem den Abfallbehälter gemeint. Die Forderung, etwas in die grüne Tonne zu stecken, wäre bei einer Personalisierung des Begriffs natürlich auch eine inakzeptable sexuelle Anzüglichkeit, von der sich der Verfasser klar distanzieren möchte.

zur Person



Eine von der Universität Basel im Dezember 2020 veröffentlichte Studie (<https://osf.io/preprints/socarxiv/zyp3f/>) geht von einem gutbürgerlichen, eher akademischen Spektrum aus. 18 % der befragten Querdenker wählten bei der Bundestagswahl 2017 die Linke (statt 9,2%), 23 % die Grünen (statt 8,9%) und 15 % die AfD (statt 12,6%). Querdenker sind nach dieser Studie eher alt und akademisch ausgebildet. (<https://www.prof-mueller.net/corona/politik/unterdrueckung/>) Der Verfasser passt in dieses Muster. Er wurde früher von seiner Mutter manchmal als „ostpreußischer Dickkopf“ bezeichnet. Damit unterstellte sie, dass Eigenwilligkeit eine von der geografischen Herkunft abhängige, angeborene Charaktereigenschaft wäre. Andere Meinungen halten sie für das Ergebnis frühkindlicher Prägung. Beiden Positionen ist gemein, dass sie im Erwachsenenalter nicht mehr erlernt oder abgelegt wird.

Der Verfasser hat einen ungewöhnlichen Lebenslauf. Er ist 1960 in einer niedersächsischen Kleinstadt geboren und er bekam als Angehöriger der Babyboom-Generation nach der Schule keine Lehrstelle. Er arbeitete dann auf dem Bau und später im Schichtdienst in einer Fabrik. Er war gewerkschaftlich aktiv und engagierte sich politisch in der Gewerkschaft, der Friedensbewegung der frühen 80er Jahre, in einer Jugendzentrumsinitiative und in verschiedenen linken Organisationen.

Mit 22 erwarb er seinen Hochschulzugang über den zweiten Bildungsweg, studierte Betriebs- und Volkswirtschaftslehre und promovierte später nebenberuflich an einem Institut für Wirtschaftsinformatik. 1997 wurde er nach einer ca. 9jährigen Tätigkeit in leitenden Tätigkeiten im Finanz- und

Rechnungswesen von Unternehmen zum Professor für Rechnungswesen und Controlling an die Fachhochschule Mainz berufen.

Von 2016 bis 2020 betrieb der Verfasser die Website „www.noteninflation.de“, wo er das bildungspolitische Nischenthema behandelte, dass die Studenten für immer schlechtere Leistungen immer bessere Noten bekommen. Am 20.09.2018 waren seine Thesen Gegenstand einer Debatte im Mainzer Landtag und am 25.02.2019 wurde auf DLF-Kultur ein Radiointerview mit Prof. Müller vom 20.12.2018 zu diesem Thema ausgestrahlt.

Im April 2020 formulierte er mit den Professoren Sucharit Bhakdi, Stefan Hockertz, Stefan Homburg und Harald Walach eine Anfrage an die Bundesregierung, die als Kleine Anfrage an die Bundesregierung übernommen und von 45 Abgeordneten mitunterzeichnet wurde. In dieser Zeit begannen die prominenten Regierungskritiker mit ihrer Vernetzung und am 06.05.2020 wurde unter dem Vorsitz von Prof. Bhakdi der Verein „Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V.“ gegründet, dem die fünf Professoren angehörten. Am 30.10.2020 vertrat der Verfasser den Verein in der Enquete-Kommission 17/2 „Corona-Pandemie“ des Landtags von Rheinland-Pfalz.

Am 24.08.21 wurde der Verfasser positiv auf Covid-19 getestet und am 30.08.21 musste er sich zur Behandlung ins Krankenhaus begeben. Der Stationsarzt gab die Information, dass ein prominenter Querdenker eingeliefert wurde, an Spiegel TV weiter und am 06.09.21 wurde ein Interview mit ihm auf

RTL gesendet. Der Stationsarzt wertete seine Erkrankung im Entlassungsbericht als außergewöhnlich schweren Verlauf. Er bescheinigte ihm aber auch einen guten Gesundheitszustand. Der damals gesunde 61jährige konnte einen außergewöhnlich schweren Verlauf damit ohne schwere Atemnot und ohne Intensivstation bewältigen. Am 23.11.21 wurde in der ARD-Sendung Report Mainz ein weiteres Interview mit dem Verfasser. Weil die Hochschule Mainz die Drehgenehmigung verweigerte, wurde das Interview am Rheinufer geführt. Am 28.02.22 wurde von Spiegel TV ein drittes, während eines Montagsspaziergangs am 21.02.22 gedrehtes, Interview ausgestrahlt.

Am 04.01.2022 erhob der Verfasser beim Amtsgericht Darmstadt Untätigkeitsklage wegen der Ungleichbehandlung der Genesenen gegenüber Geimpften, nachdem das zuständige Landratsamt seinen Widerspruch gegen die Genesenenbescheinigung 3 Monate nicht beantwortet hatte. Details dazu hat er auf seine Website <https://www.prof-mueller.net/klage/gleichbehandlung/> gestellt.